

LandInForm

4/2011

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

4.2011

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Starke Gemeinschaft – lebendiges Dorf

Den Kelten auf der Spur
Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014
Vertragsnaturschutz in Österreich

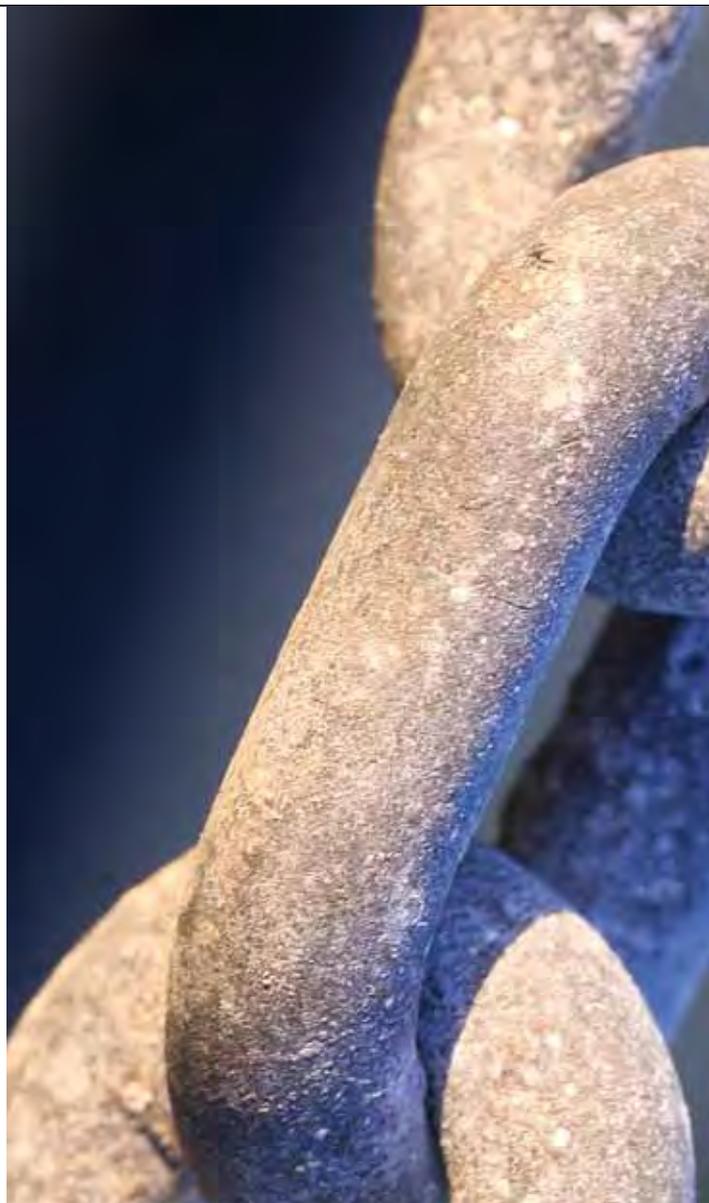
dvs 
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



Inhalt

Starke Gemeinschaft – lebendiges Dorf

Wann ist eine Gemeinde für ihre Bewohner und potenzielle Neubürger attraktiv? Es ist nicht nur die Infrastruktur, die stimmen muss. Wenn es ein aktives soziales und kulturelles Leben und ein starkes Gemeinschaftsgefühl im Dorf gibt, fühlen sich Einheimische gut aufgehoben und Neubürger schneller integriert. Die Menschen im Dorf kann man über verschiedene Wege zusammenbringen, das zeigen auch die Praxisprojekte in unserem Fokusthema.



Weitere Themen



Bild: Donnersberg-Touristik-Verband

Den Kelten auf der Spur

Der Donnersberg, mit 687 Metern der höchste Berg der Pfalz, ragt markant über die Region hinaus. Auf ihm befindet sich ein bedeutendes, sehr gut erhaltenes archäologisches Kulturdenkmal: die größte spätkeltische Siedlungsanlage Deutschlands. Mit Leader-Mitteln wird dieser Schatz für die Region touristisch nutzbar gemacht. **Seite 36**



Bild: Tom Bayer / Fotolia

Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014

Anfang Oktober 2011 hat die EU-Kommission offiziell ihre Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014 vorgestellt. Einen allgemeinen Überblick über die Neuerungen im Vergleich zur aktuellen Förderperiode und darüber, was dies konkret für die Leader-Methode bedeutet, finden Sie in diesen Beiträgen. **Seiten 44 bis 47**



Bild: gringol54 / Fotolia

Für das Netzwerk

Inside	05 Neues aus der DVS
	06 Die DVS im Internet
	06 Neue Leader-Fokusgruppe
Veranstaltungen	07 Landwirtschaft und Handwerk
	07 Waldumweltmaßnahmen
	08 Internationale Grüne Woche 2012
	09 Agrarumweltmaßnahmen
	09 Landtourismus

Im Fokus: Starke Gemeinschaft

Einführung	11 ... – lebendiges Dorf
	12 Die Zukunft der Dörfer
Instrumente	14 Echte Beteiligung schafft aktive Bürger
	16 Spielleitplanung: eine Gemeinde für Jung und Alt
	18 Freiwillige Feuerwehren im Wandel
	19 Ländliche Parlamente
	20 Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
	21 Thüringer Wettbewerb „Dörfer in Aktion“
Projekte	22 Gemeinschaften stärken soziales Klima
	24 Heckenbeck: Die Mischung macht's
	25 Eckelsheim: offen für Menschen mit Ideen
	26 Tauschbörse: Backe Apfelkuchen, suche Babysitter
	28 Bürger schaffen Raum für Zukunft
Interviews	30 Peter Wolf, Bürger aus Eckelsheim
	Manfred Kielhorn, Bürger aus Heckenbeck
	31 Lothar Meistring, Bürgermeister Löcknitz-Penkun



Bild: E. Meyerhoff

Aus der Praxis

32 Marktlücke: Hobbyviehhaltung
34 Rosenduft und Kochlust
36 Den Kelten auf der Spur

Perspektiven

Forschung und Bildung	38 Der Weg zur optimalen Flottenstruktur
	40 Motivation entsteht durch die Realisierung eigener Bedürfnisse
	42 Regionen entwickeln, Natur schützen
Politik und Gesellschaft	44 Die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014
	46 Was sich bei Leader nach 2013 ändert
	48 Wettbewerb Menschen und Erfolge
	50 Agrarumweltmaßnahmen auf dem Prüfstand
Partner und Experten	51 Landwirtschaft und Naturschutz: der österreichische Weg
Service	54 ... angelesen
	54 ... angekündigt
	56 Termine

Vertragsnaturschutz in Österreich

Vom österreichischen Vertragsnaturschutz kann Deutschland einiges lernen: Flexible Auflagen ermöglichen es, auf die Erfordernisse von Landwirt und Naturschutz gleichermaßen einzugehen und sogenannte Naturschutzpläne sensibilisieren die Landwirte.

Seite 51



Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Dorfstrukturen sind vielschichtig. Sie haben mit Zufriedenheit, Identität und vielleicht auch Glück zu tun. Aber was macht eigentlich zufrieden und glücklich? Arbeit und Geld? Probieren wir es andersherum. Was macht unzufrieden und unglücklich? Unsicherheit, Machtlosigkeit, zu wenig Geld – wenn es permanent um die Existenzsicherung geht – und zu wenige gute soziale Kontakte. Sein direktes Lebensumfeld mitgestalten und aktiv werden zu können, die Sicherheit des Miteinanders im Alltag zu spüren und bereichernden Austausch zu haben, sind also wichtige Punkte, die Lebensqualität ausmachen. Möglichkeiten, dies zu fördern und auch Neubürger einzubinden gibt es, wie die Beispiele in unserem Fokusthema zeigen: Mal wird eine Schule saniert oder gemeinsam das mangelnde kulturelle Angebot angegangen.

Der Austausch durch zufällige Treffen in entspannter Atmosphäre funktioniert in vielen Dörfern nicht mehr von selbst, gegenseitiger Unterstützungsbedarf wird deshalb nicht erkannt. Die nötigen kleinen Hilfen nebenbei müssen daher professionell organisiert werden: Glühbirnentausch gegen Apfelkuchen (siehe Beitrag S. 26-27).

Meist gehen die Initiatoren ganz bewusst, mit Strategie und als Teil einer gut verankerten gemeinschaftlichen Haltung vor. Häufig braucht es aber Kümmerer, die Prozesse anstoßen. Durchaus auch Regionalmanagements, die sich mit der Verbesserung der Lebensqualität beschäftigen.

Neben projektbezogenen Aktionen geht es aber ebenfalls darum, bereits im Vorfeld verschiedenster Aktivitäten die Bürger bei der Planung zu beteiligen, ihre Ideen einzuarbeiten und Entscheidungen abzustimmen. Dabei hilft die Methode der Spielplanung (siehe Beitrag S. 16-17). Politik und Verwaltung haben viele Möglichkeiten, engagierten Bürgern den Zugang zu ermöglichen, ihnen zuzuhören und mit ihnen zusammenzuarbeiten (siehe Beitrag S. 14-15).

Wenig Zeit, viel zu erledigen – so kurz vor Weihnachten? Ich wünsche Ihnen über die Weihnachtsfeiertage und für das neue Jahr viel Lebensqualität im Kreis von Familie und Freunden.

Jan Swoboda



Bild: Shutterstock

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:

Raufeld Medien

Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann

Tel. 030 - 69 56 65 0

www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und

Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Deichmanns Aue 29

53179 Bonn

Telefon 0228 / 68 45 34 61

Fax 0228 / 68 45 33 61

E-Mail: dvs@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Festschrift 50 Jahre Dorfwettbewerb

Seit gut fünf Jahrzehnten unterstützt der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ – früher „Unser Dorf soll schöner werden“ – die Eigeninitiative und das Engagement der Menschen auf dem Land. In dieser Zeit ist er zu einem wichtigen Impulsgeber für die ländliche Entwicklung geworden. Pünktlich zu seinem 50. Jubiläum haben das Bundesministerium für

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft 1822 e. V. eine Festschrift veröffentlicht. Diese beleuchtet die abwechslungsreiche Geschichte des Wettbewerbs von 1961 bis 2011. Beiträge aus den Landeswettbewerben und Erlebnisberichte aus verschiedenen Dörfern veranschaulichen diese Geschichte eindringlich.

Die Festschrift schließt mit einem Blick darauf, wie sich der Dorfwettbewerb der europäischen Perspektive sowie aktuellen Herausforderungen, zum Beispiel dem Klimaschutz, öffnen kann.

Die Festschrift können Sie kostenlos als PDF unter www.dorfwettbewerb.bund.de herunterladen oder in Papierform – ebenfalls kostenlos – bestellen.

Demografischer Wandel vor Ort – Ideen, Konzepte, Beispiele

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Landgesellschaften, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag gibt die DVS Ländliche Räume eine Sonderpublikation zum demografischen Wandel heraus.

Die 90-seitige Broschüre ist als Einstieg ins Thema und als praktische Hilfe gedacht. Anschaulich erklären die Autoren die Herausforderungen verschiedener Regionen Deutschlands durch Überalterung oder Abwanderung. Das Heft enthält eine Übersicht zu Fördermöglichkeiten sowie

Informationen zur Strategie des Bundes und einiger Bundesländer. Außerdem werden Instrumente für den Umgang mit dem Wandel vorgestellt, die aktuell erprobt oder angewendet werden. Am umfangreichsten ist jedoch die Rubrik „Von anderen lernen“: Mit praktischen Beispielen soll damit Mut gemacht werden, den Veränderungen aktiv vor Ort zu begegnen.

Mehr Informationen, Bestellung und Online-Version ab Januar 2012 unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen: Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Seele, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des ENRD Contact Point:
<http://enrd.ec.europa.eu/leader/cooperation-platform/leader-cooperation-offers>

Barrierefreie Dörfer

Die Leader-Region Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz möchte sich in Zukunft verstärkt mit dem Thema barrierefreie Dörfer auseinandersetzen. Hierbei sollen alle Dorffunktionen wie Wohnen, Leben, Arbeiten, Erholen, besonders aber der barrierefreie Tourismus berücksichtigt werden. Es geht zudem darum, die regionalen gesundheitswirtschaftlichen Potenziale besser zu nutzen.

Mehr Informationen:

Alfred Bauer
Telefon: 06 5 92 / 93 33 47
E-Mail: alfred.bauer@vulkaneifel.de
Ausführliche Beschreibung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/partner/kooperation

Bekleidungsherstellung als historisches Erbe

Die südwestfinnische LAG Maaseudun Keittämisyhdistys Ravakka ry sucht Kooperationspartner, in deren Regionen die Bekleidungsherstellung zum historischen Erbe gehört. Ziel ist eine gemeinsame Ausstellung und Modenschau und die Sicherung der historischen Stücke als Museumsobjekte.

Mehr Informationen:

Maritta Lindqvist
Telefon: + 358 28 23 62 00
E-Mail: toimisto@ravakka.fi

Strategieentwicklung nachhaltiger Tourismus

Die französische LAG Pays Marennes Oléron – nahe La Rochelle – sucht Kooperationspartner, die an einer gemeinsamen nachhaltigen Tourismusentwicklung interessiert sind, um daraus langfristig Kapital für die Region zu sichern. Im ersten Schritt geht es um die Sensibilisierung der örtlichen Bevölkerung für das Thema.

Mehr Informationen:

Aurélien Chaumet
Telefon: + 33 5 46 47 49 71
E-Mail: accueil-pmo@marenes-oleron.com

Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

Unter dem Stichwort **Themen** ist jetzt ein neuer Abschnitt zum demografischen Wandel im Aufbau. Anhand von regionalen Fallbeispielen werden die Herausforderungen des Wandels beschrieben und es sind Verweise zur Strategie des Bundes und Links zu den Demografienseiten und unterstützenden Einrichtungen der Bundesländer zu finden. Außerdem bietet sich dem Leser eine Übersicht von Fördermöglichkeiten. Aber auch Instrumente, mit denen Akteure vor Ort aktiv werden können, werden anschaulich vorgestellt. Praktische Beispiele zeigen, dass auch lokal und regional niemand den Kopf in den Sand stecken muss. Ab Januar kann hier auch die Sonderveröffentlichung „Demografischer Wandel vor Ort“ (siehe Seite 5) bestellt und als digitale Version heruntergeladen werden. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie.

In der Rubrik **Beispiele** sind sowohl die Projekte des bundesweiten Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ zu finden als auch eine Zusammenstellung von interessanten Projektsammlungen und Datenbanken zu vielen Themen der ländlichen Entwicklung. In der Projektdatenbank können Interessierte jetzt etwa 300 Projekte aus verschiedenen Bereichen der ELER-Förderung nachlesen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele. Sowohl auf den Leader-Themenseiten unter den Rubriken **Regionen** als auch unter **Themen** sind aktuelle Informationen und Verweise zu den Entwürfen der Rechtstexte für die Förderphase nach 2013 zu finden: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader.



[raum.de/leader](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader).

In der Rubrik **Service** unter »Veranstaltungen« sind Informationen zu den geplanten Veranstaltungen zu finden. Beispielsweise finden Interessierte hier Projekte, die am Messestand auf der Internationalen Grünen Woche 2012 gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und der Deutschen Vernetzungsstelle präsentiert werden, sowie die Veranstaltung auf dem Zukunftsforum (siehe Seite 8). Außerdem informieren wir hier über Veranstaltungen zu Agrarumweltmaßnahmen, Diversifizierung und zur

Tagung Landtourismus (siehe Seite 9). Im Veranstaltungsarchiv sind die Informationen zu den Veranstaltungen „Zielgruppenorientierte Bürgerbeteiligung“, „Landwirtschaft & Handwerk“, „Waldumweltmaßnahmen“ und „Dezentrale Energielösungen mit den Bürgern entwickeln“ neu.

Wie immer interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt. Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns:
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: dvs@ble.de

Neue Leader-Fokusgruppe gestartet

Von Anke Wehmeyer

Im Rahmen des Leader-Unterausschusses ist auf europäischer Ebene die 4. Fokusgruppe ins Leben gerufen worden – bestehend aus Mitarbeitern europäischer LAGn, Vernetzungsstellen und Ministerien. Ziel der Leader-Fokusgruppen ist es, den Mitgliedsstaaten Empfehlungen zur verbesserten Umsetzung von Leader in dieser und der nächsten Förderphase zu geben. In den Fokusgruppen 1 bis 3 wurden bereits der Leader-Ansatz generell und die Themen Innovation und Transnationale Kooperation unter die Lupe genommen. In der Fokusgruppe 4 geht es jetzt um Regionale Entwicklungskonzepte (REK) und die Frage, wie diese – den Anforderungen der neu-

en Förderperiode entsprechend – erstellt werden können (siehe auch Beitrag Seite 46 bis 47). Auch aus Deutschland beteiligt sich eine Regionalmanagerin an der Fokusgruppe. Die Ergebnisse der Fokusgruppe 4 setzen sich unter anderem aus Resultaten von Fragebögen zusammen, die an europäische LAGn und Ministerien geschickt wurden. Darin wurden Mindestanforderungen eines REK und gute Beispiele der REK-Umsetzung inklusive hilfreicher Instrumente abgefragt. Die Ergebnisse der Fokusgruppen bieten allen Leader-Akteuren einen guten Einblick in die Vielfalt und Möglichkeiten der Gestaltung des Leader-Ansatzes in ganz Europa.

Sie finden die Ergebnisse im Internet unter http://enrd.ec.europa.eu/rural-development-policy/leader/en/leader-focus-group_en.cfm

Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Rückblick

Landwirtschaft und Handwerk kooperieren

Von **Isabell Friess** und **Bettina Rocha**

Am 28. September fand in Berlin die Tagung „Landwirtschaft und Handwerk – gemeinsam erfolgreich im Ländlichen Raum“ statt. Auf der Tagung von DVS, Deutschem Bauernverband und Zentralverband des Deutschen Handwerks wurden gelungene Ansätze vorgestellt, wie Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe vor Ort zusammenarbeiten können, etwa bei Nahrungs-

mittelverarbeitung, Tourismus und Regionalvermarktung. An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen Vertreter der beiden Verbände, des Landwirtschafts- und des Wirtschaftsministeriums sowie Repräsentanten aus Wissenschaft und Praxis teil. Diskutiert wurde hier auch das Thema Fachkräftesicherung, etwa durch eine gute Vermarktung der Berufsfelder Landwirt-

schaft und Handwerk mit Blick auf Jugendliche und dem Ziel, ihnen eine attraktive berufliche Perspektive im ländlichen Raum aufzuzeigen.

Weitere Informationen unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de →
 Service → Veranstaltungen → DVS Archiv
 → 2011

Waldumweltmaßnahmen zeigen Mängel

Von **Jan Freese**

Am 14. und 15. November diskutierten in Passau rund 100 Experten aus der Forstwirtschaft, dem Naturschutz und den Verwaltungen über ihre Erfahrungen mit den Waldumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Diese wurden 2007 in die Ländlichen Entwicklungsprogramme als Anreize für private Waldbesitzer eingeführt, Naturschutzleistungen im Wald umzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel die Pflege von Nieder- und Mittelwäldern oder der Erhalt von Totholz, Biotop- und Horstbäumen.

Die Evaluierungen zeigen jedoch, dass diese Maßnahmen bisher weder in Österreich noch in Deutschland wie geplant umgesetzt werden konnten. Viele erweisen sich in der Praxis als zu kompliziert und sind nicht an die Forstbedürfnisse angepasst. Das gilt für

den Großprivatwald, insbesondere aber für den Klein- und Bauernwald.

Trotz einiger guter Beispiele aus Kärnten, dem Land Salzburg, Baden-Württemberg, Bayern und Slowenien zeigte die Podiumsdiskussion, dass die Akteure einerseits noch viel Arbeit in die Vertrauensbildung vor Ort, in Beratung und Maßnahmenentwicklung investieren müssen. Andererseits muss die EU die Förderbedingungen stärker an die forstlichen Erfordernisse anpassen. So sollte Naturschutz im Wald nicht flächen-, sondern baum- oder projektbezogen gefördert werden und die Förderzeiträume an die langfristigeren forstlichen Nutzungszyklen angepasst werden.

Weitere Informationen unter:
www.netzwerk-land.at/umwelt/veranstaltungen/waldumweltmassnahmentagung



Bild: Gitti / Pixelio

Leader-Akteure auch zukünftig gut vertreten

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Leader-Aktionsgruppen (BAG LAG) mit ihren Landesnetzwerken versteht sich als direkte Interessenvertretung der Leader-Akteure. Am 23. und 24. August 2011 trafen sich die Landesvertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft in Weimar mit dem Ziel, das Selbstverständnis und die Zielstellung der BAG LAG zu erörtern und zu festigen.

Die auf dem Treffen definierte Kernaufgabe der BAG LAG ist es demnach, den partizipatorischen bottom-up-Ansatz im ländlichen Raum zu stärken. Die Sprecher der BAG LAG werden die Interessen der Akteure auch im Diskussionsprozess um die Zukunft der Leader-Methode in der neuen EU Förderperiode vertreten. Dafür nehmen sie an

Veranstaltungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene teil. Auf dem Arbeitsgruppentreffen der mit Leader befassten Zahl-, Bewilligungs- und bescheinigenden Stellen am 21. und 22. September 2011 in Eisenach stellten sie zum Beispiel die Bedeutung der Regionalen Entwicklungskonzepte in der Praxis dar und diskutierten sie mit den anwesenden EU-, Bundes- und Ländervertretern.

Mehr als die Hälfte der 244 Leader-Aktionsgruppen in Deutschland sind mittlerweile Mitglied in der BAG LAG und in Landesnetzwerken organisiert. Der Beitritt weiterer LAGN ist wünschenswert, um den Interessen der deutschen Leader-Akteure auf EU- und Länderebene eine noch stärkere Stimme zu geben.

Weiterführende Informationen und Ansprechpartner unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/bag-lag

Mehr Informationen:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Telefon: 02 28 / 68 45 39 56
 E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Wie Gemeinden den demografischen Wandel meistern

Von Monika Wohler

Am 20. Januar 2012 öffnet die 77. Internationale Grüne Woche in Berlin ihre Tore. Gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und vier Mitausstellern ist auch die DVS wieder mit dabei. Unter dem Motto „Kleine Dörfer, große Chancen“ präsentiert sie in der Bund-Länder-Halle „LebensTraum Dorf“ Ideen und Projekte, wie der demografische Wandel erfolgreich gemeistert werden kann.



© 2011 Messe Berlin GmbH

Tatsächlich gibt es vielfältige Beispiele dafür, wie der demografische Wandel innovativ und engagiert gestaltet werden kann – Beispiele, von denen sich Besucher am Messestand und auf der LandSchaubühne ein genaueres Bild machen können. Hier erfahren sie zum Beispiel, was man in Nordbrandenburg unter einer Fernbeziehung mit dem Doktor versteht und warum das Modellprojekt „Fontane“ die Versorgung von Herz-Kreislaufferkrankten im ländlichen Raum mithilfe der Telemedizin verbessert. Wie man sich in Oberfranken auf den demografischen Wandel einstellt, zeigt Heilgersdorf mit seinem Dorfladen. Der kleine, aber sehr erfolgreiche Wirtschaftsbetrieb bietet viel mehr als nur ein breites Warensortiment mit regionalen Produkten – hier holen Ehrenamtliche ältere und gebrechliche Bürger zu Hause ab, begleiten sie zu ihrem Einkauf in den Dorfladen und ermöglichen so deren aktive Teilhabe am öffentlichen Leben.

Dass der demografische Wandel unsere Gesellschaft nachhaltig verändert, spiegelt sich auch im Rückgang der Mitgliederzahlen der freiwilligen Feuerwehren wider. Die Entwicklungsagentur Rhein-

land-Pfalz, die ihr Projekt „Perspektive Feuerwehren Cochem-Zell“ am Messestand vorstellt, integriert daher eine feuerwehrtechnische Grundausbildung in den Lehrplan einer Modellschule, um interessierte Schüler früh an die Aufgaben der freiwilligen Feuerwehr heranzuführen. Demografischer Wandel bedeutet natürlich auch, die Belange von Kindern und Jugendlichen angemessen zu berücksichtigen. Wie viel Spaß und Kreativität man dabei an den Tag legen kann, macht der Circus Ubuntu vor.

Mehr Informationen:

Monika Wohler
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 0228 / 68 45 34 62
E-Mail: monika.wohler@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Demografischer Wandel vor Ort. Ideen – Konzepte – Beispiele

Unter diesem Titel richtet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund eine Begleitveranstaltung des „Zukunftsforums Ländliche Entwicklung“ des BMELV aus. Die Veranstaltung auf der Internationalen Grünen Woche am **25. Januar 2012** im ICC **Berlin** stellt die Rolle der lokalen und regionalen Ebene bei der Bewältigung des demografischen Wandels in den Mittelpunkt. Da die Auswirkungen des demografischen Wandels vor allem vor Ort spürbar sind, müssen dort auch die Lösungen für den

Umgang mit den Veränderungen gefunden und konkrete Projekte umgesetzt werden. Die Veranstaltung soll Mut machen, sich den Veränderungen zu stellen. Praktiker aus Kommunen, Regionen und Landkreisen zeigen anhand von guten Beispielen aus verschiedenen Bereichen, wie sie vor Ort mit Veränderungen wie Abwanderung und Alterung der Bevölkerung umgehen. Wie können beispielsweise Leerstände bei alten Immobilien vermieden oder Investitionen in langlebige Infrastrukturen demografiegerecht ausgestaltet werden. Zur Sprache kommen aber auch Kommunikationsstrategien und Möglichkeiten, wie Bürger an Veränderungsprozessen teilnehmen

können. Akteure aus der Praxis, Vertreter von Verbänden und Vereinen und alle Interessierten sind herzlich willkommen (Informationen zum Zukunftsforum auf Seite 55).

Anmeldung unter:

www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Anmeldeschluss: 15. Januar 2012

Mehr Informationen:

Stefan Kämper
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

Agrarumweltmaßnahmen weiterentwickeln

Von Jan Freese

Am 8. und 9. Februar 2012 findet in Göttingen die Tagung „Weiterentwicklung der GAK-Agrarumweltmaßnahmen“ statt. Die Veranstaltung bietet Ländervertretern, Wissenschaft und Verbänden die Möglichkeit, sich frühzeitig über wichtige Fragen zur Neuprogrammierung der Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) auszutauschen. Welche Konsequenzen haben die Vorschläge der EU-Kommission zur Europäischen Agrarpolitik nach 2013 für den Agrarumweltbereich? Wie sollen die

zukünftigen Agrarumweltmaßnahmen aussehen? Wie können die Umweltziele besser erreicht werden?

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Halbzeitbewertung werden die gegenwärtig angewendeten Agrarumweltmaßnahmen vorgestellt. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, über Maßnahmen für Ackerbau und Grünland, die flankierende Beratung sowie neue Herausforderungen, Wirksamkeit von Maßnahmen und Verwaltbarkeit zu diskutieren.

Begleitet wird die Veranstaltung von einer Posterpräsentation zu anwendungsorientierten wissenschaftlichen Ergebnissen und

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Agrarumweltmaßnahmen.

Unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum können Sie sich anmelden.

Anmeldeschluss ist der 13. Januar 2012.

Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Telefon: 02 28 / 68 45 34 77

E-Mail: jan.freese@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Diversifizierungs-Workshop: Achtung, neuer Termin!

Der Termin des Workshops „Neue Wege für den landwirtschaftlichen Betrieb: Von der Geschäftsidee zum Markteintritt“ hat sich geändert. Die Veranstaltung findet nun vom 22. bis 23. Februar 2012 in Ulm statt. Sie wird von der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume und dem Verband der Landwirtschaftskammern organisiert.

Auf dem Workshop setzen sich die Teilnehmer mit den Diversifizierungsvorhaben zweier landwirtschaftlicher Betriebe im Umland von Ulm auseinander: dem Aufbau einer Erlebnisgastronomie sowie einer Kinderbetreuung auf dem Bauernhof. Ziel ist, dass die Teilnehmer nach einer Betriebsbesichtigung und eingehender Analyse der Vorhaben deren Umsetzbarkeit bewerten und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten. Diese stellen sie den Betriebsleitern in einem Abschlussgespräch vor.

Mehr Informationen:

Isabell Friess und Bettina Rocha

Telefon: 02 28 / 68 45 34 59, -38 82

E-Mail: isabell.friess@ble.de

bettina.rocha@ble.de



© BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Neue Wege im Landtourismus

Von Isabell Friess und Bettina Rocha

Welche Chancen bietet die zunehmende Lust aufs Land für den Tourismus in ländlichen Räumen? Welche Entwicklungsstrategien und konkreten Angebote sind erfolgversprechend? Und wie können die regionalen Akteure davon profitieren? Antworten darauf soll die Tagung „Lust aufs Land – Neue Wege im Landtourismus“ am 19. und 20. April 2012 im Kloster Nimbschen (Stadt Grimma) in Sachsen liefern.

Verschiedene Referenten analysieren Angebot und Nachfrage zum Landtourismus in Deutschland. Aus sechs verschiedenen Diskussionsforen können sich die Teilnehmer dann zwei Foren aussuchen. Hier wer-

den aktuelle Fragen diskutiert, etwa ob der Tagestourismus ein bisher unterschätztes Wertschöpfungspotenzial darstellt, welche Bedeutung Dörfer im touristischen Trend haben und welche neuen Wege es beim Klassiker Urlaub auf dem Bauernhof gibt. Ob Regionalmanagements als Katalysatoren der Tourismusentwicklung wirken und wie ehrenamtlich angestoßene Projekte eine wirtschaftliche Perspektive gewinnen können, sind weitere Themen. Am zweiten Tag lernen die Teilnehmer dann in zwei parallel stattfindenden Exkursionen Landtourismusprojekte aus Sachsen kennen. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit

dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie konzipiert und durchgeführt.

Unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landtourismus können Sie sich ab Ende Januar 2012 anmelden.

Mehr Informationen:

Isabell Friess und Bettina Rocha

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Telefon: 02 28 / 68 45 34 59, -38 82

E-Mail: isabell.friess@ble.de

bettina.rocha@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Starke Gemeinschaft –



Bild: Emoji / Photocase



Bild: M'Mchen / Photocase



Bild: Kong / Photocase



Bild: © BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler



Bild: Vladimir Wezsel / Fotolia



Bild: Pressmaster / Fotolia

Bild: Webdoktor / Photocase

Lebendiges Dorf

Von Juliane Mante

Wann ist eine Gemeinde für ihre Bewohner und potenzielle Neubürger attraktiv? Es ist nicht nur die Infrastruktur, die stimmen muss. Wenn es ein aktives soziales und kulturelles Leben und ein starkes Gemeinschaftsgefühl im Dorf gibt, fühlen sich Einheimische gut aufgehoben und Neubürger schneller integriert.

In der ländlichen Entwicklung wird viel darüber diskutiert, wie die Infrastruktur einer Gemeinde aufrechterhalten werden kann – sei es in Bezug auf Ärzte, Mobilität, Kindergärten, Schulen, Bibliotheken oder die Versorgung mit Lebensmitteln. Zudem soll ein Dorf nach außen hin schön sein, um einladend auf Bewohner und potenzielle Neubürger zu wirken. Das alles wird unter Lebensqualität verstanden. Um diese weiterhin aufrechtzuerhalten, müssen sich die Bürger angesichts stetig leerender öffentlicher Kassen immer stärker selbst engagieren.

Lebensqualität hat aber verschiedene Facetten und Engagement nicht nur den angenehmen Effekt einer preisweiseren Bereitstellung von Infrastruktur. Ein gutes Gemeinschaftsgefühl und ein aktives soziales Leben im Dorf sind auch für sich gesehen Indikatoren für eine hohe Lebensqualität. Dies zeigt auch die jüngst veröffentlichte Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zur Zukunftsfähigkeit von Dörfern: Je aktiver die Bürger – gemessen anhand der Anzahl eingetragener Vereine –, umso demografisch stabiler ein Dorf (siehe

Beitrag Seite 12 bis 13).

Kommunalpolitik und -verwaltung haben einen Einfluss darauf, ob ihre Bürger gern aktiv sind. Wenn sie diese bei Entscheidungen einbeziehen und tatsächlich mitgestalten lassen, brauchen sie sich um ein gutes Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit dem Ort nicht zu sorgen. Welche Möglichkeiten sich den Kommunen hierfür bieten, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 14 bis 15. So ist zum Beispiel die Spielleitplanung eine bisher selten angewandte Methode, Jung und Alt schon zu Beginn von Planungsaktivitäten in die Dorfentwicklung einzubeziehen. Dies veranschaulicht anhand von Praxisbeispielen der Beitrag auf den Seiten 16 bis 17.

Beim Thema Gemeinschaftsgefühl dürfen im ländlichen Raum auch die Feuerwehren nicht fehlen. Sie wurden lange als letzte große Stütze der Dorfgemeinschaft angesehen, während alle anderen Strukturen wegbrechen. Doch der Beitrag auf Seite 18 zeigt: Auch bei den Feuerwehren bröckelt es. Das kann für die Dorfgemeinschaft durchaus eine Chance sein: Einstmals eine Männerdomäne, öffnen sich die

Feuerwehren nun verstärkt auch anderen Dorfbewohnern wie Frauen, Kindern und Migranten.

Ein Blick in die dünn besiedelten ländlichen Regionen Estlands zeigt: Trotz oder gerade wegen der sehr weit verstreut liegenden Häuser verbindet die Dorfbewohner ein besonders starker Gemeinsinn, dies belegen eindrucksvoll viele engagierte Projekte. Von solchen Beispielen zu lernen und sich auf Augenhöhe mit Politikern auszutauschen, das ermöglichen in vielen EU-Mitgliedsstaaten die Dorfaktionsbewegungen und Ländlichen Parlamente. Eine Chance, die Deutschland bisher noch nicht genutzt hat (Seite 19). Potenzial bei den Bürgern und viele intakte, lebendige Gemeinschaften gibt es aber in Deutschland trotzdem. Das zeigen und unterstützen Wettbewerbe wie etwa der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ (Seite 20) oder der Thüringer Wettbewerb „Dörfer in Aktion“ (Seite 21). Wie vielfältig sich der Wunsch nach mehr Gemeinschaft ausdrücken kann und welche Herausforderungen daraus erwachsen, veranschaulichen auch unsere Projekte und Interviews auf den Seiten 22 bis 31.



Die Zukunft der Dörfer

Von Steffen Kröhnert

Im Rahmen einer jüngst veröffentlichten Studie hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung die Zukunftsfähigkeit von mehr als 300 Dörfern im hessischen Vogelsbergkreis sowie im thüringischen Landkreis Greiz analysiert. Dabei hat sich auch das Ausmaß des bürgerschaftlichen Engagements als Einflussfaktor herauskristallisiert.

Zwei Drittel aller ländlichen Gemeinden Deutschlands haben zwischen 2003 und 2008 mehr als ein Prozent ihrer Bevölkerung eingebüßt. Besonders dramatisch ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo 64 Prozent der ländlichen Gemeinden sogar mehr als fünf Prozent ihrer Bevölkerung verloren haben. Im Westen Deutschlands sind vor allem Gemeinden im westlichen Rheinland-Pfalz, in Südostniedersachsen, in Nordhessen und im nördlichen Bayern betroffen.

Durch die demografische Entwicklung gehen für immer mehr Orte im ländlichen Raum die Einnahmen aus Steuern, Abgaben und Ausgleichszahlungen zurück. Gleichzeitig steigen die Kosten für die Aufrechterhaltung von technischer Infrastruktur. Zusätzlich erleben die Menschen

in Schrumpfsregionen eine massive Entwertung ihrer Immobilien.

Deutschlandweit: Zentrale Lage ist entscheidend

In Westdeutschland können sich bisher vor allem Klein- und Mittelstädte sowie ländliche Gemeinden, die nicht weiter als 20 Minuten Fahrtzeit von Oberzentren entfernt liegen, demografisch stabilisieren. Je größer hingegen die Entfernung zu Großstädten mit Schulen, Krankenhäusern oder Einkaufsmöglichkeiten ist, desto stärker fällt tendenziell der Bevölkerungsrückgang aus. Ländliche Gemeinden, die weiter als 40 Minuten Fahrtzeit vom nächsten Oberzentrum entfernt liegen, verloren zwischen 2003 und 2008 im Mittel knapp zwei Prozent ihrer Einwohner.

In Ostdeutschland, wo die Einwohnerzahl insgesamt stark rückläufig ist, schrumpfen die meisten Kommunen selbst dann, wenn sie nahe an einem Oberzentrum liegen. Am stärksten leiden aber auch hier die abgelegensten Gemeinden. So büßten ländliche Orte in mehr als 60 Minuten Fahrtzeit zu einem Oberzentrum zwischen 2003 und 2008 durchschnittlich fast sieben Prozent ihrer Bevölkerung ein.

Unterschiedliche Untersuchungsregionen

Die im November 2011 erschienene Studie „Zukunft der Dörfer 2030“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat über 300 Dörfer im hessischen Vogelsbergkreis und thüringischen Landkreis



Bild: Christian Schwier / Fotolia

Auch Vereinsleben spielt eine Rolle

Die geografische und landschaftliche Lage der Orte, die Siedlungsstruktur sowie die Möglichkeit, wichtige Infrastrukturen wie Schulen, Ämter oder städtische Zentren in kurzer Fahrzeit zu erreichen, wirken sich in den Landkreisen Vogelsberg und Greiz auf die Bevölkerungsentwicklung aus. Aber auch die Frage, wie aktiv sich die Bürger um ihre eigenen Belange kümmern, hat einen Einfluss auf die demografische Stabilität. Gemessen wurde das bürgerschaftliche Engagement an der Zahl eingetragener Vereine bezogen auf die Einwohnerzahl der Orte. Hier zeigte sich im Vogelsbergkreis ein recht klarer Zusammenhang: Je höher die Vereinsdichte, desto günstiger die Bevölkerungsentwicklung. Und obwohl es im thüringischen Kreis Greiz wesentlich weniger Vereinsleben gibt als im hessischen Vogelsbergkreis, zeigte sich dort ein ähnliches Muster. Stark schrumpfende Dörfer haben die geringste, wachsende Dörfer die höchste Dichte an Vereinen. Daneben spielen noch weitere Faktoren eine Rolle – etwa die Besitzverhältnisse von Immobilien, Bevölkerungsverluste der Vergangenheit, ein sichtbarer Leerstand von Wohngebäuden, frühere Investitionsentscheidungen oder die Lokalpolitik.

Die Risikoanalyse zeigte, dass Orte im hessischen Vogelsbergkreis eher Stabilität erwarten können als Orte im thüringischen Kreis Greiz. Immerhin rund 30 Prozent der Dörfer im Vogelsbergkreis mit bis zu 500 Einwohnern wurden als zukunftsfähig eingeschätzt, im Gegensatz zu einem Zehntel der kleinen Dörfer im Landkreis Greiz. Dies liegt daran, dass die Dörfer im Vogelsbergkreis häufig größer als in Greiz sind, sie einen höheren Anteil an jungen Menschen haben und das bürgerschaftliche Engagement stärker ist.

Empfehlung: Konzentration und Rückzug

Die zunehmende Ungleichheit der regionalen Lebensbedingungen sollte politisch akzeptiert werden. Die in 50 Jahren Bevölkerungswachstum entstandenen, komplexen gesetzlichen Vorgaben zu Standards der Infrastruktur sind überholt, sie müssen an die stark rückläufigen Einwohnerzahlen angepasst werden. Damit würde man ländliche Gemeinden von unnötigen Vorschriften und Kosten entlasten und das Leben im ländlichen Raum wieder günstiger machen. Damit Gemeinden demografisch stabil und zukunftsfähig bleiben, sollten kleine Orte zu Großgemeinden zusammengeschlossen werden. Für Planungsentscheidungen, die über die Gemeindeebene hinausgehen, sind Regionalkontingente sinnvoll, also fi-

nanzielle Mittel, die den Regionen ohne detaillierte Zweckbindung zustehen. Über deren Verwendung sollte ein Beirat aus gewählten Gemeindevertretern entscheiden, nachdem er sich zuvor auf ein realistisches Gesamtkonzept zur Entwicklung der Region geeinigt hat. Dies ermöglicht eine Konzentration möglicher Investitionen auf zukunftsfähige Orte und Projekte bei gleichzeitiger demokratischer Legitimation vor Ort.

Für Orte, in denen nur noch wenige, ältere Bewohner zurückbleiben, können Programme entwickelt werden, die umzugswillige Menschen finanziell dabei unterstützen, ihren Wohnsitz in stadtnähere oder infrastrukturell besser versorgte Orte zu verlegen. Gleichzeitig kann ein Fonds den Rückbau von Dörfern und den Abriss von Schrottimmobilen finanzieren. So blieben Ortsbilder attraktiv und nicht mehr benötigte Flächen könnten an die Natur zurückgegeben werden.

Nicht zuletzt müssen die Bürger offen über die voraussichtliche Entwicklung ihrer Dörfer informiert werden, damit sie rechtzeitig wichtige Entscheidungen zu ihrer eigenen Lebensplanung treffen können.

Der Grad des freiwilligen Engagements und die Aktivität der Bürger vor Ort leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Dörfern. Der ländliche Raum braucht deshalb niedrigschwellige und unbürokratische Fördermöglichkeiten für lokale „Macher“ mit kreativen Ideen. Das Berlin-Institut regt dazu die Gründung einer „Stiftung Ländlicher Raum“ an.

Greiz auf ihre demografische Entwicklung und deren Ursachen untersucht. Auf dieser Grundlage sollen Aussagen zu deren Zukunftsfähigkeit getroffen werden.

So hat im Vogelsbergkreis mehr als ein Viertel aller Dörfer mit weniger als 500 Einwohnern von 2004 bis 2010 zwischen zehn und 22 Prozent der Bevölkerung verloren. Dabei schrumpfen hier kleinere Dörfer tendenziell stärker als größere und solche in größerer Entfernung zu städtischen Zentren und Infrastruktureinrichtungen stärker als Dörfer in deren Nähe. Im Kreis Greiz erlitt fast ein Drittel der Dörfer dieser Größe Einwohnerverluste zwischen zehn und 30 Prozent. Auf der anderen Seite blieben jedoch knapp 20 Prozent der kleinen Dörfer stabil oder gewannen sogar Bevölkerung hinzu. Während sich im Vogelsbergkreis ein natürlicher Konzentrationsprozess der Bevölkerung auf größere und zentraler gelegene Orte abzeichnet, verläuft die Dorfentwicklung im Kreis Greiz unregelmäßiger.



Zum Weiterlesen

Die im November 2011 erschienene Studie „Die Zukunft der Dörfer“ kann unter www.berlin-institut.org bestellt oder kostenlos heruntergeladen werden.

Mehr Informationen:

Dr. Steffen Kröhnert
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Telefon: 030 / 22 32 48 44
E-Mail: kroehnert@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Echte Beteiligung schafft aktive Bürger

Von Ansgar Klein

Die Kommunen, die ihre Probleme ganz selbstverständlich zusammen mit den Bürgern beraten und lösen, sie bei Entscheidungen einbeziehen und ihr Engagement fördern, brauchen sich über ein gutes Gemeinschaftsgefühl im Ort nicht zu sorgen. Wie aber können Kommunen dazu beitragen, dass sich ihre Bürger stärker engagieren?

Dass die Bürger sich gemeinsam für ihren Ort engagieren, wird auch bedingt durch strukturelle Veränderungen immer wichtiger. Der demografische Wandel macht es vielen Dörfern und Städten im ländlichen Raum schwer, ihre Infrastrukturangebote weiter aufrechtzuerhalten. Hier sind viele Angebote grundsätzlich gefährdet: Das betrifft nicht nur Bibliotheken, Dorfläden und Jugend- oder Kulturzentren, sondern auch die Fortführung von Schulbetrieb und öffentlichem Nahverkehr und sogar den Wegebau. Viele kommunale Angebote sind heute ohne Ehrenamt oder Selbsthilfe nicht, oder nicht mehr in der gewünschten Qualität möglich.

Ohne echte Beteiligung kein Engagement

Die Kommunen sind in der Tradition der Bürgerbeteiligung die „Keimzelle“ und der Kern einer vitalen Bürgergesellschaft (Lübking, 2011). Bürger engagieren sich immer dort besonders, wo sie Probleme lösen wollen, die sie selbst stark betreffen. Wenn sie sich engagieren, und zwar immerhin aus freien Stücken und allenfalls für eine Aufwandspauschale, wollen sie aber auch tatsächlich mitentscheiden. Davon profitieren auch die Kommunen: Erfahrungen zeigen, wer Engagierte wesentlich an Planungen und Entscheidungen beteiligt, findet oftmals sogar qualitativ bessere Lösungen. Wichtige Handlungsfelder kommunaler und regionaler Engagementförderung sind Schule und Bildung, Pflege, Gesundheit, Selbsthilfe, Stadt- und Dorfentwicklung, Umwelt, Sport und Kultur. Eine besondere Bedeutung nimmt das Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr und bei anderen Rettungs- und Hilfsdiensten ein.

Transparent und offen bleiben

In Dörfern kennt man sich gut. Das war schon immer ein Grund, sich stärker zu engagieren, als dies in der Anonymität

von größeren Städten möglich ist. Eine systematische Förderung der Beteiligung in den Kommunen ist heute jedoch immer noch eine Ausnahme. Bürgermeister kennen aber ihre Vereine und wissen um deren Themen und Leistungsfähigkeit. Sie sollten sich auch neuen Akteuren und Initiativen gegenüber offen zeigen und ihnen gute Rahmenbedingungen für die Beteiligung bieten. Dazu zählen, Informationen zu Problemen und Planungen transparent zu machen, zur Beteiligung an politischen Planungen einzuladen und die Tätigkeiten Engagierter durch die Verwaltung zu unterstützen. So können sich die Ressorts zum Beispiel darüber abstimmen, wie sie die erbrachten Leistungen anerkennen wollen. Anerkennung heißt auch, öffentlich zu berichten, zum Beispiel auf der kommunalen Homepage. Oft fällt es Kommunen auch leichter, Bürgerengagement anzunehmen, wenn dieses aus dem „Inneren“ der Gemeindestrukturen erwächst, etwa als Bürgertreffs der Verwaltungen, als Bündnisse zwischen vielen oder als Vorschläge von Trägerverbänden (Hummel, 2011).

Kommunales Leitbild hilft

Bürgerengagement systematisch in die kommunale Praxis einzubeziehen und auch die Eigensinnigen unter den Engagierten als Bereicherung der kommunalen Demokratie zu betrachten, ist keine einfache Aufgabe für Mandatsträger. Ebenso wenig für die Verwaltung, die ja die erste Kontaktstelle der Bürger für alle staatlichen Leistungen und Rechtsansprüche sowie Schnittstelle für alle Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Kommunale Verwaltungspraxis, Führungsstil und Betriebskonzept müssen sich gemeinsam fortentwickeln, um das Engagement der Bürger anzunehmen und zu fördern.

Dabei hilft die Entwicklung eines entsprechenden kommunalen Leitbilds: Darin sind die Bewohner nicht nur Kunden, sondern auch Mitentscheider und Koproduzenten. Es trägt der Notwendigkeit Rechnung, dass





Bild: S. Hofschlaeger / Pixelio



Bild: Jack Simanzik / Photocase



Bild: PNetzter / Fotolia

Menschen, die sich unentgeltlich, freiwillig und gemeinwohlorientiert engagieren, angemessene Rahmenbedingungen und eine tragfähige lokale Infrastruktur benötigen – also öffentliche Räume, Beratungs- und Anlaufstellen, hauptamtliche Unterstützung und finanzielle Mittel (Embacher, 2011).

Regionale Anlaufstelle schaffen

Vor allem im ländlichen Raum gewinnt aber auch die regionale Kooperation über die einzelne Kommune hinaus an Bedeutung. So kann eine gemeinsame Infrastruktur auf Landkreisebene das Engagement in der Region koordinieren. Dies kann eine regionale Freiwilligenagentur oder auch eine direkt bei der Verwaltung angesiedelte regionale Anlaufstelle sein. Hier können Vereine und Verbände mit Verwaltung, Politik und Unternehmen vernetzt werden. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass durch ein gutes Netzwerk Vertrauen und Kooperation wachsen und die Parteien ihre Ressourcen zusammenlegen, um wichtige Vorhaben gemeinsam umzusetzen.

Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, benötigen vielfältige Informationen, etwa zu aktuellen Fortbildungen, zur Kostenerstattung oder zum Versicherungsschutz, zu Fördermöglichkeiten und zu europäischen, Bundes- und Landes-Modellprojekten. Die regionale Anlaufstelle kann diese zum Beispiel über eine Homepage und die örtlichen Anzeigenblätter zur Verfügung stellen. Sie sollte jedoch auch Beratungen zu Fördermöglichkeiten, zu einem guten Freiwilligenmanagement und zu Fortbildungsangeboten für Engagierte und die sie betreuenden Hauptamtlichen anbieten. Wichtig ist zudem, interessierten Bürgern konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, wo sie sich in ihrer Region engagieren können. Wie eine regionale Anlaufstelle aufgebaut werden kann und wie sie sinnvoll arbeitet, lässt sich bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (www.bagfa.de), beim Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband

(www.caritas.de), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (www.seniorenbueros.org) oder bei der Nationalen Kontaktstelle für Selbsthilfe (www.nakos.de) erfragen. Auch der Städtetag Baden-Württemberg, der seit Jahren über 60 Städte und Kommunen bei ihrer Engagementförderung systematisch berät, ist ein guter Ansprechpartner (www.staedtetag-bw.de).

Wenn die Bürger sich für die Belange ihres Gemeinwesens stark machen und die Kommunen sie dabei aktiv und partnerschaftlich unterstützen, ist das nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung. Es aktiviert auch das Gemeinschaftsleben und schafft zufriedenerer Bürger – und macht den Ort damit umso attraktiver.

Handbuch zu kommunaler Engagementförderung

Alle Quellenangaben stammen aus dem 2011 von Ansgar Klein, Petra Fuchs und Alexander Flohé herausgegebenen „Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich“ (Cornelsen Verlag, 376 S., ISBN 978-3-7841-2025-6): Lübking, Uwe 2011: Die Notwendigkeit kommunaler Engagementförderung, 11-24. Hummel K., 2011: Engagementförderung in der Stadt- und Dorfentwicklung, 104-117. Embacher S., 2011: „Ein inneres Geländer“: Kommunale Leitbilder für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements“, 247-257.

Mehr Informationen:

Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Telefon: 0 30 / 62 98 01 10
E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de
www.b-b-e.de



Bild: Planungsbüro Stadt-Kinder

Eine Gemeinde für Jung und Alt

Von Peter Apel und Christina Peterburs

Damit sich das Gemeinschaftsleben – und damit die Lebensqualität – ländlicher Gemeinden verbessert, muss die Dorfplanung stärker auf die Beteiligung aller Bewohner setzen. Die Methode der Spielleitplanung ist prädestiniert hierfür, wird bisher jedoch selten genutzt. Wie sie funktioniert und welche Potenziale sie birgt, beschreibt dieser Beitrag.

Die Abwanderung der städtischen Bevölkerung ins Umland, die dramatische Zunahme des Verkehrs sowie ausgeräumte Landschaften führen auch in ländlichen Gemeinden dazu, dass die Kinder ihre Freizeit zunehmend im häuslichen Bereich verbringen. Um auf den demografischen Wandel zu reagieren und ihm entgegenzuwirken, braucht jedoch gerade die junge Generation attraktive Räume für Aktivitäten und Begegnungen. Dies trägt auch dazu bei, dass Dörfer nicht zu „Schlafgemeinden“ werden, sondern Wohnorte bleiben, die ein aktives gesellschaftliches Leben ermöglichen. Wie diese Räume gestaltet sein müssen, damit sie die Bedürfnisse der Zielgruppe treffen und tatsächlich genutzt werden, weiß diese selbst am besten. Dies hat auch die planende Zunft erkannt: Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist zu einem zunehmend bedeutenden Faktor der Stadt- und Dorferneuerung geworden.

Spielleitplanung schafft Begegnungsräume

Bezogen auf die Beteiligung von jungen Bewohnern bei der Stadt- und Dorfplanung

bisher in erster Linie auf Spielplätze beziehungsweise Schulhöfe, werden mit der Spielleitplanung die Kinder und Jugendlichen systematisch und langfristig in der räumlichen Planung beteiligt. Die in Rheinland-Pfalz entwickelte Spielleitplanung bringt Menschen zusammen: Fachleute aus der räumlichen Planung, der Jugendhilfe, aus Schulen, Vereinen und pädagogischen Einrichtungen. Die Kinder gewähren den Planern bei dieser Methode zum Beispiel auf Streifzügen neue und überraschende Einblicke in ihre Lebenswelt. Es sind nicht in erster Linie die geplanten und mit Geräten möblierten Spielplätze, sondern die Siedlungsränder und mit Gehölz bestandenen Zwischenflächen sowie Bachläufe, die ihnen als spannende Rückzugsräume gelten. Diese Spielraumqualitäten gilt es zu sichern und in ein kind- und jugendgerechtes Freiraumsystem einzubinden.

Die Ergebnisse der Beteiligung werden in einem Spielleitplan zusammengefasst. Dieser überträgt die raumbezogenen Interessen von Kindern und Jugendlichen auf sämtliche Freiräume in einer Gemeinde, auf Straßen, Plätze und Grünflächen. Der Plan wird ergänzt durch Maßnahmenemp-

fehlungen für die Sicherung, Weiterentwicklung und Neuanlage von Spiel-, Erlebnis- und Bewegungsräumen. Dargestellt werden zum Beispiel Trendsportanlagen für Jugendliche, generationenübergreifende Dorfplätze oder Flächen zur Erschließung von Uferzonen von Bächen, zur Entwicklung von Naturspielräumen sowie zur Anlage von Querungsstellen an Hauptverkehrsstraßen.

Jung und Alt zusammenführen

Als erfolgreich haben sich Beteiligungsformen erwiesen, die einen gemeinsamen Dialog zwischen Jung und Alt zu Fragen der zukünftigen Gemeindeentwicklung organisieren.

Überraschend ist die große Übereinstimmung zwischen den von Erwachsenen und Jugendlichen geäußerten Themenfeldern: Sicherheit, Sauberkeit und Grün. Das Zusammenführen der Generationen führt zu einer höheren gegenseitigen Toleranz und zu gemeinsamen Aktivitäten. So wirken in vielen Spielraumprojekten alle bei der Umsetzung von Starterprojekten mit.

Synergien zwischen Spielleitplanung und Dorferneuerung

Durch die hohe Übereinstimmung der Spielleitplanung mit der Dorferneuerung ergeben sich in hohem Maße Synergieeffekte. So konnte zum Beispiel die geplante Erneuerung einer Hauptverkehrsstraße durch die Ortschaft Marienthal in Rheinland-Pfalz genutzt werden, um die Interessen der Kinder und Jugendlichen dort einzubringen. Ihre wichtigsten Ideen waren zum Beispiel das Anlegen eines Dorfplatzes sowie einer interessant gestalteten Bushaltestelle mit Aufenthaltsqualitäten. So wurden originelle Sitzelemente für Jugendliche in der Haltestelle angebracht. Schräge Überdachungen und besondere Farbgestaltungen sind weitere Gestaltungsmerkmale. Für die Gemeinde Langen in Niedersachsen war die Spielleitplanung eine wichtige strategische Grundlage, um Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu akquirieren. Ohne gesamtäumliche Grundlagenplanung hätte sie diese nicht einwerben können.

Auch die Stadt Versmold in Nordrhein-Westfalen verbindet die Dorferneuerung mit der Spielleitplanung. So wurden Jugendliche ganz explizit über Streifzüge durch die dörflichen Siedlungsbereiche Peckeloh und Loxten an der Aufstellung der Dorfentwicklungskonzepte beteiligt. Die aufgrund der Beteiligung entwickelten Maßnahmevorschläge flossen direkt in das Dorfentwicklungskonzept ein. In Loxten wurde daraufhin eine Planungswerkstatt zur Umgestaltung eines Spielplatzes in einen Naturspielraum mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt.

Chancen durch interkommunale Kooperation

Sport steht an erster Stelle der Aktivitäten von Jugendlichen. Es hat sich gezeigt, dass die traditionellen Sportanlagen mit



Bild: Planungsbüro Stadt-Kinder

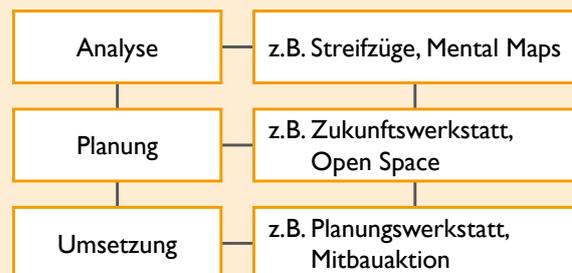
genormter ovaler Laufbahn dem Bedürfnis nach Bewegung nicht mehr ausreichend entsprechen. An oberster Stelle der Wünsche von Jugendlichen stehen Trendsportanlagen, die vielfältige Bewegungsformen wie etwa BMX-Fahren, Basketball, Hochseilklettern und Parcours mit qualitativen Ansprüchen an einen Treffpunkt kombinieren. Naturnah gestaltete Tribünen können die Anlage umschließen und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich dort aufzuhalten.

Die Anlage solcher zentraler Jugendsportparks übersteigt jedoch die Möglichkeiten von kleinen Gemeinden. Sinnvoll ist hier eine arbeitsteilige regionale Vorgehensweise bei der Entwicklung größer dimensionierter Freizeit-Infrastrukturen. So können zum Beispiel ein Jugendsportpark, ein Naturerlebnispark für Kinder oder ein Naturschwimmbad in einer Gemeinde umgesetzt werden und gleichzeitig die Mobilität der Kinder und Jugendlichen organisiert werden. Von Bürgern organisierte Bürgerbusse könnten diese zu nachgefragten Zeiten zu den zentralen Freizeiteinrichtungen bringen. Die Potenziale für eine interkommunale Kooperation sind bei Weitem nicht genutzt – sie bergen insbesondere bei begrenzten finanziellen Möglichkeiten Chancen für die Sicherung von Handlungs-spielräumen.

Die Zukunft gestalten: Alle wirben mit

Bei allen zukünftigen Fragen der Dorferneuerung gilt es, von Beginn an Vereine, Kirchenorganisationen, Jugendfeuerwehren, Schulen sowie die Dorfbewohner mit einzubinden. Nur im Dreiklang von Poli-

Verknüpfung Beteiligung und Planung



tik, Verwaltung und Bewohnern kann eine nachhaltige und zukunftsfähige Dorfentwicklung umgesetzt werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass die Spielleitplanung die Bewohner in hohem Maße dazu aktiviert, an der Entwicklung ihrer Gemeinde mitzuwirken. Der positive Beitrag kommt in dem Zitat von Thorsten Krüger, dem Bürgermeister der Gemeinde Langen in Niedersachsen, zum Ausdruck: „Spiel-leitplanung in ländlich strukturierten Gebieten ist ein ausgezeichnetes Instrument, um gerade hier den Gemeinschaftssinn zwischen Kindern, Jugendlichen, Bürgerinnen, Bürgern, der Wirtschaft, der Politik und der Kommune zu fördern. Vor allem die Kinder und Jugendlichen fühlen sich mitgenommen. Für Langen war die Spiel-leitplanung ein wichtiger Baustein für seine Entwicklung.“



Bild: Planungsbüro Stadt-Kinder

Mehr Informationen:

Peter Apel und Christina Peterburs
Planungsbüro Stadt-Kinder
Telefon: 02 31 / 52 40 31
E-Mail: info@stadt-kinder.de
www.stadt-kinder.de

Der Wandel der Feuerwehren auf dem Lande

Von Annett Steinführer

Feuerwehren in ländlichen Räumen: das hieß nie nur Brandbekämpfung oder technische Hilfeleistung. Immer schon wurde hier auch lokale Identität und Gemeinschaft gelebt – wenn auch lange Zeit nur unter den Männern des Ortes. Doch wie der ländliche Raum, so wandeln sich auch die Feuerwehren.

Die flächendeckende Verfügbarkeit von Feuerwehren ist in Deutschland in den vergangenen 150 Jahren normal geworden. Das ist bemerkenswert, denn sie werden – außer in den Großstädten – personell fast ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen. Und solange es selbstverständlich war, dass stets genügend Aktive zum Üben am Feierabend, zu nächtlichen Einsätzen und zur Standbetreuung auf dem Dorffest am Sonntag kamen, solange waren Freiwillige Feuerwehren kein Thema für die Akteure der ländlichen Entwicklung. Feuerwehren schienen bei allen Veränderungen die Felsen in der Brandung und von der Schließung vieler anderer Einrichtungen nicht betroffen. Der Vorsitzende des Thüringer Feuerwehr-Verbands Lars Oschmann betonte kürzlich, dass zwar Rathäuser oder Schulen vielerorts der Vergangenheit angehörten, aber „die Feuerwehr ist noch in jedem Ort vorhanden. Sie ist oft Motor und Herz des gesellschaftlichen Lebens im ländlichen Raum“ (Feuerwehr-Jahrbuch 2009, S. 129).

Doch längst löst sich diese Selbstverständlichkeit auf. Die Zahl der Aktiven in Freiwilligen Feuerwehren hat laut Deutschem Feuerwehrverband zwischen 1992 und 2008 um acht Prozent auf rund eine Million abgenommen. In vielen Gemeinden lassen sich Feuerwehrleute nicht mehr auf Dauer oder für Einsätze während der Arbeitszeit rekrutieren. Die Nachwuchsgewinnung wird schwieriger. Ver-

antwortlich für diese Entwicklung sind nicht nur die Abwanderung, sondern auch die veränderten Arbeitsplatzrealitäten sowie das gewandelte Freizeitverhalten der Jugendlichen.

Feuerwehr neu erfinden

Seit Jahren schon werden in den betroffenen Ortswehren, auf Ebene der Kreise und in den Verbänden die Folgen dieser Entwicklung diskutiert sowie Gegenmaßnahmen erprobt. Den Erfolg und die Hemmnisse dieser Maßnahmen untersucht ein laufendes Forschungsprojekt am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (vTI).

Auf Grundlage der im Projekt ausgewerteten Verbandspublikationen und der bislang mit Brandmeistern und anderen Schlüsselpersonen geführten Interviews lassen sich zwei Hauptstrategien zur Lösung der genannten Probleme unterscheiden. Erstens gibt es tiefgreifende organisatorische Veränderungen: Ortswehren arbeiten zum Beispiel verstärkt mit anderen Wehren zusammen und ermöglichen Doppelmitgliedschaften, auch erste Zusammenlegungen sind zu verzeichnen. „Wir müssen kooperieren“, so ein Interviewpartner, dafür seien die „alten Zöpfe“ des früheren Konkurrenzdenkens zwischen den einzelnen Ortswehren abgeschnitten worden. Nur so könne „das Überleben der Feuerwehren“ gesichert werden, betont ein anderer.



Bild: Annett Steinführer

Eine zweite Strategie richtet sich auf die aktive Ansprache neuer Zielgruppen, vor allem an Frauen, Migranten und Kinder. Dafür kommen Flyer, Plakate und die neuen Medien ebenso zum Einsatz wie die klassische Werbung auf Dorffesten. So hat sich die Zahl der Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren zwischen 1992 und 2008 um 77 Prozent auf etwa 80.000 erhöht. Neu sind vielerorts Kinderfeuerwehren für Sechs- bis Zehnjährige, die auch deshalb gegründet werden, um mit anderen Vereinen in der frühen Nachwuchsarbeit gleichzuziehen. Bei ihnen steht die kindgerechte Vermittlung von Themen rund um die Feuerwehr im Vordergrund. Mittlerweile gibt es bundesweit über 1000 Kinderfeuerwehren.

Die Feuerwehren in ländlichen Räumen werden somit bunter. Ob diese Maßnahmen langfristig ausreichen, ist nicht gewiss. Dass die neuen Feuerwehren auf das soziale Miteinander vor Ort ausstrahlen werden, dürfte hingegen sicher sein.



Bild: Schulz-Design / Fotolia

Mehr Informationen:

Dr. Annett Steinführer
Institut für Ländliche Räume
Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)
Telefon: 05 31 / 59 65 2 25
E-Mail: annett.steinfuehrer@vti.bund.de
www.vti.bund.de/lr

Zurück aufs Land

Eine von den Dorfbewohnern frisch sanierte Grundschule in Laupa, Estland.

von Silke Last und Mirko Klich

In mindestens 24 europäischen Ländern gibt es heute Dorfkationsbewegungen. Hier schließen sich Initiativen von Dorfbewohnern zusammen, die gemeinsam für ihre Dörfer aktiv sein wollen. In den dünn besiedelten Räumen Estlands zum Beispiel verbindet die Bewohner ein besonders starker Gemeinsinn, wie die Teilnehmer des Ländlichen Parlaments Estland im August 2011 erleben durften.

Zurück aufs Land – das war das Motto des IX. Ländlichen Parlaments der Dörfer Estlands, das vom 5. bis 7. August 2011 in Roosta stattfand. Eingeladen hatte die estnische Dorfkationsbewegung KODUKANT Läänemaa. Im Vorfeld tauschten sich auf einer zweitägigen Studienreise über 40 Gäste aus 17 europäischen Ländern mit lokalen Dorfkationsinitiativen aus und lernten gute Praxisbeispiele kennen. Die Eindrücke der deutschen Teilnehmer schildert dieser Beitrag.

Gemeinschaftssinn schafft Dorfzentren

In vielen Dörfern Estlands liegen die Häuser weit auseinander – verstreut zwischen Feldern und Wäldern. Auffällig ist jedoch, dass sich die Menschen hier besonders stark mit

ihrem Dorf identifizieren. Sehr wichtig sind ihnen Begegnungsorte, etwa Gemeinschaftshäuser, Festwiesen und Spielplätze, die für alle gut erreichbar sind. Zum Beispiel haben die Dorfbewohner in Metsanurme zu diesem Zweck eine neue Anlage mit Festplatz, Spielgeräten, Skulpturen, Dorfmuseum und -halle und einen Fahrrad-Trial geschaffen.

Schule und Bildung sind in Estland ein besonderes Feld bürgerschaftlichen Engagements, auf dem aktive Bürger, Kommunen und Staat in beeindruckender Weise zusammenarbeiten. In vielen Dörfern werden alte Herrenhäuser oder Gebäudekomplexe aus der Zeit kollektiver Landwirtschaft saniert und umgenutzt, insbesondere für schulische und außerschulische Kultur- und Bildungsangebote. So studieren im Ausbil-

dungszentrum in Kohila Schüler aller Altersgruppen. Das Zentrum beherbergt eine Musik- und Kunstschule, ein Erfinder-Labor, eine Töpferei und Weberei sowie weitere Bildungsangebote für Erwachsene. Diese Begegnungsorte sind die nach der Unabhängigkeit Estlands neu geschaffenen Dorfzentren.

Der in Deutschland bisher einzige Zusammenschluss einzelner Initiativen zu einer Dorfkationsbewegung ist das „Brandenburgische Netzwerk für Lebendige Dörfer“ (www.lebendige-doefer.de), das im Bundesland Brandenburg jährlich einen Tag der Dörfer organisiert. Ein bundesweites Ländliches Parlament würde aber allen Dörfern helfen, Erfahrungen auszutauschen und mit einer Stimme zu sprechen.

Dorfaktionsbewegungen und Ländliche Parlamente

Dorfaktionsbewegungen sind regionale oder nationale Zusammenschlüsse von Initiativen einzelner Dörfer. Zuerst in den 1970er-Jahren in Finnland ins Leben gerufen, breiteten sie sich von den skandinavischen Ländern nach Holland, Großbritannien, Irland und Portugal und seit den 1990er-Jahren auch in den ost- und südosteuropäischen Ländern aus. Dabei wurden sie vom Netzwerk Partnership for Rural Europe (PREPARE) unterstützt (www.preparenetwork.org). Die Ziele der sich auf lokaler Ebene engagierenden Bürger sind, Perspektiven für ihr Dorf zu erarbeiten, passende Projekte umzusetzen

und ihre Eigenverantwortung gegenüber der Gemeinde zu stärken. Außerdem wollen sie auch auf nationaler Ebene als politische Lobby wirken und schließen sich deshalb zur Dorfkationsbewegung zusammen. Einige Länder veranstalten etwa alle zwei Jahre sogenannte Ländliche Parlamente. Hier treffen sich – zunehmend auch auf internationaler Ebene – Dorfkationsakteure, um sich zu drängenden Fragen der Dorfkationsentwicklung auszutauschen. Zudem treffen sie hier Politiker „auf Augenhöhe“, um ihren Anliegen eine Stimme zu verleihen.

Mehr Informationen:

Silke Last
Brandenburgisches Netzwerk für
Lebendige Dörfer
im Verein Brandenburg 21
Telefon: 0 38 77 / 40 36 45
E-Mail: info@lebendige-doefer.de
www.lebendige-doefer.de



Dorfwettbewerb stärkt Miteinander

Von Sören Bronsert

Der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist in den letzten 50 Jahren zu einem wichtigen Instrument der dörflichen Entwicklung geworden. Sein Erfolg beruht vor allem auf dem gemeinschaftlichen Engagement der Dorfbewohner. Bewertet wird dabei auch die Intensität der sozialen und kulturellen Aktivitäten.

Einst als reiner Blumenschmuckwettbewerb gesehen, wirkt sich der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ mehr und mehr auf alle Themen der Dorferneuerung aus. Die kulturellen Traditionen und individuellen Ausgangsbedingungen eines jeden Dorfes, aber auch das Thema Nachhaltigkeit haben an Bedeutung gewonnen. Der Fokus liegt dabei besonders auf dem an die Bedürfnisse des Dorfes angepassten Erhalt der Infrastruktur im Sinne der Lokalen Agenda 21.

Soziales und kulturelles Leben unterstützen

Dabei ist die Kultur des Miteinanders auf den Dörfern eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Dorfentwicklung: Die Menschen selbst sind der Motor für Veränderungen. Die Bewertungskriterien des Dorfwettbewerbs beziehen sich deshalb nicht nur auf Dorfentwicklungskonzepte und wirtschaftliche Initiativen, sondern auch auf die sozialen und kulturellen Aktivitäten. Das Gemeinschaftsgefühl auf dem Dorf und die Identifikation mit dem Ort machen Initiativen möglich, die in der Stadt kaum denkbar sind. In Eigenregie und mit vielen ehrenamtlichen Stunden

werden Bürgerhäuser errichtet, Bürgerbusse betrieben, Sportanlagen und Kindergärten wieder in Schuss gebracht oder Grünanlagen gepflegt. Bürgerschaftliches Engagement wird großgeschrieben und zahlt sich aus. Ohne ein lebendiges Dorfleben sind die Chancen auf eine Gold-, Silber- oder Bronzemedaille im Wettbewerb sehr gering. Wie Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklung aussehen kann, zeigen die Beispiele von Siegerdörfern aus dem 23. Bundeswettbewerb 2010.

Golddorf Haidenkofen: Klein, aber oho

Mit der bodenständig-selbstbewussten Art seiner knapp über 100 Einwohner erinnert Haidenkofen in Bayern an das kleine gallische Dorf von Asterix, das es mit jedem aufnimmt. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich zu engagieren, ist bemerkenswert. Kaum ein Haidenkofener ist nicht in einem der fünf Vereine aktiv, die sich um Jugendarbeit, Altenpflege, Umwelt- und Landschaftschutz sowie die Pflege des Brauchtums kümmern. Schon die Jüngsten engagieren sich und pflegen zum Beispiel den Volleyballplatz. In den vergangenen Jahren ist es

den Bürgern gelungen, in zahlreichen Arbeitsstunden eine beachtliche Infrastruktur zu schaffen: einen Volleyballplatz, einen Holzsteg über den Fluss Laber, ein neues Feuerwehrhaus, ein Gerätehaus für die Jagdgenossenschaft und ein Vereinshaus mit Holzkegelbahn.

Silberdorf Billafingen: Taten statt warten

Der Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft und die Bereitschaft, sich für den Ort zu engagieren, sind auch in Billafingen in Baden-Württemberg ausgesprochen stark ausgeprägt. Gemeinsam analysierten die Bewohner den konkreten Bedarf im Dorf und packten an. Sie bauten ein neues Feuerwehrhaus und ein Gemeinschaftshaus. Letzteres wird heute von Sportgruppen und Vereinen, Kinder- und Jugendgruppen sowie für kulturelle Veranstaltungen genutzt. Beeindruckend ist auch die modern gestaltete Aussegnungshalle auf dem Friedhof, die schon lange auf der Wunschliste vieler Billafinger stand. 75.000 Euro hat ein eigens gegründeter Förderverein hierfür gesammelt, 6.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden sind in den Bau geflossen.



Mehr Informationen:

Sören Bronsert
Geschäftsführer Bundeswettbewerb
„Unser Dorf hat Zukunft“
Telefon: 02 28 / 99 68 45 35 37
E-Mail: soeren.bronsert@ble.de
www.dorfwettbewerb.bund.de



Dörfer in Aktion

Von Mirko Klich

In den Jahren 2010 und 2011 prämierte der Thüringer Leader-Wettbewerb „Dörfer in Aktion“ 41 Projektideen, die mit besonders großem ehrenamtlichen Engagement das gesellschaftliche Leben im Dorf aktivieren wollten. Dabei kam ein bunter Strauß an Projekten zusammen, die zum Nachahmen anregen.

Vorausgesetzt, die eingereichten Projekte erfüllten die wesentlichen Teilnahmebedingungen des Wettbewerbs „Dörfer in Aktion“ (siehe Kasten), hatten diese gute Chancen, zu den 41 Siegerprojekten zu gehören, die eine Jury aus Vertretern der Regionalen Aktionsgruppen Wartburgregion, Henneberger Land und Hildburghausen-Sonneberg, des Amtes für Landentwicklung und Flurneuordnung sowie des Thüringer Landwirtschaftsministeriums auswählten. Die Auserkorenen erhielten einen Sachkostenzuschuss von bis zu 3000 Euro. Darüber hinaus unterstützten Aktionspaten aus der Wirtschaft ausgewählte Projekte mit weiteren Leistungen.

Von Theaterspiel bis Fledermausführung

Die thematische Bandbreite der ausgewählten Aktionen reichte vom generationsübergreifenden Musizieren und Theaterspiel über die Pflege und Neubelebung dörflicher Traditionen bis zur Wiederbelebung wichtiger Orte und Gebäude durch Umnutzung. Hinzu kamen gänzlich neue Ideen und Ansätze dörflicher Entwicklung wie eine Ausbildung zu Fledermausdorfführern oder das Anlegen eines veterinärmedizinischen Kräutergartens. Mit einem Fotoprojekt wurden zum Beispiel Kinder angeregt, ihren Lieblingsort im Dorf zu fotografieren. Von den eingereichten Bildern wurden die 30 schönsten ausgewählt und als Wanderausstellung aufgebaut, die zwölf besten Bilder erhielten einen Preis. In Horschlitt, einem Ortsteil der Gemeinde

Berka/Werra, wurde die Aktion „Agrikulturhalle“ ausgezeichnet. Die Bürger organisieren hier jährlich einen bunten Abend in einer Maschinen- und Traktorenhalle der ortsansässigen Agrargenossenschaft, die diese kostenfrei zur Verfügung stellt.

Eine andere Aktion belebte die alte Tradition der Hausnamen in Völkershausen in der Rhön: 60 Hausnamensschilder wurden als Schmuckfliesen mit handschriftlichem Namenszug und dörflicher Ornamentik von den Dorfbewohnern entwickelt, angefertigt und an ihren Häusern angebracht.

In Breitung an der Werra wählte die Jury die Aktion „900 Paten für die 900-jährige Klosterbasilika“ aus. Der Förderverein ist dabei, zum runden Geburtstag der örtlichen romanischen Klosterbasilika 900 Paten zur Erhaltung und Förderung des Objekts zu gewinnen. Der aktuelle Stand der gewonnenen Paten ist auf der Homepage www.breitungen.de zu sehen.

Die Gespräche mit den Dorfgruppen nach Abschluss der Aktionen zeigen, dass sie die Projekte weiter umsetzen und vorantreiben wollen. Diese Prozesse wollen die Regionalen Aktionsgruppen auch zukünftig begleiten. Sie werden im Rahmen ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten den Wettbewerb auch in den nächsten Jahren anbieten. Darüber hinaus werben sie um politische Unterstützung für eine zukünftige, möglichst unbürokratische Regelförderung „Dörfer in Aktion“ im Rahmen des Leaderprogramms.



Bild: Mirko Klich

Wettbewerb „Dörfer in Aktion“

Angeregt vom Förderansatz „Tatort Dorfmitte“ im Saarland organisierten die Thüringer Leader-RAGs Wartburgregion, Henneberger Land und Hildburghausen-Sonneberg 2010 und 2011 in Thüringen den Wettbewerb „Dörfer in Aktion“ (www.doerfer-in-aktion.de). Eine wesentliche Teilnahmebedingung war, dass mindestens zwölf Personen mehr als 120 ehrenamtliche Arbeitsstunden in das Projekt investiert haben mussten. Insgesamt 125 Projekte wurden eingereicht. Finanziert wurde der Wettbewerb vom Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Flurneuordnung, Umwelt und Naturschutz im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung als innovatives Vorhaben. Insgesamt wurden hierfür 116.250 Euro aus ELER- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Dies waren 75 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten.



Mehr Informationen:

RAG Leader Wartburgregion e.V.
c/o IPU – Ingenieurbüro für Planung und Umwelt Erfurt
Telefon: 03 61 / 55 04 88 14
E-Mail: klich@rag-wartburgregion.de
www.rag-wartburgregion.de

Gemeinschaften stärken Infrastruktur und soziales Klima

Von Iris Kunze

Der Trend der ländlichen Abwanderung in die Stadt schreitet fort. Allerdings gibt es auch einen entgegengesetzten Trend aufs Land. Dort suchen nicht nur Aussteiger und Naturromantiker, sondern auch an alternativen Lebensformen interessierte Menschen ein Verwirklichungsfeld. Triebfeder ist unter anderem der Wunsch nach einem gemeinschaftlicheren Leben.

Es gibt zwei gegensätzliche Trends in westlichen Gesellschaften: Zum Einen suchen die Menschen vor allem als Singles im technisierten, dicht besiedelten Großstadtleben ihre Chance auf Selbstverwirklichung. Seitdem die Ökologiebewegung sich etablierte, fragt zum anderen aber auch das Bildungsbürgertum vermehrt nach Lebensformen, in denen ein gemeinschaftliches Miteinander und Raum für Selbstentfaltung gleichermaßen möglich sind. Der ländliche Raum wird als Freiraum hierfür immer interessanter. Dies spiegelt unter anderem die wachsende Zahl alternativer Gemeinschaften wider, die sich aufgrund der günstigen Boden- und Immobilienpreise vor allem in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands niederlassen. Was für Gemeinschaften sind das und lassen sie sich überhaupt als eine Gruppe sehen?

Über 200 Gemeinschaften in Deutschland

Im „Eurotopia-Verzeichnis“ (www.eurotopia.de) stellen sich derzeit etwa 200 alternative Gemeinschaften in Deutschland vor. Sie verfolgen ganz unterschiedliche Ziele. Viele sind ökologisch, kulturell, sozial und in der Bildung engagiert und betreiben entsprechend orientierte Betriebe, häufig in der Landwirtschaft. Gemeinsam ist ihnen eine gemeinschaftlich orientierte Lebensweise, die über das Zusammenleben in der Kleinfamilie hinausgeht. Viele der Gemeinschaften sind untereinander und in Netzwerken verbunden, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Das „Global Ecovillage Network“ (<http://gen.ecovillage.org>) hat zum Beispiel etwa 15.000 Mitglieder, die auch regional organisiert sind. In seinem Bildungspro-

gramm „Ecovillage Design Education“ können Interessierte in einem vierwöchigen Kurs von Grund auf lernen, wie man solch ein Dorf ökonomisch effizient und gerecht verwaltet oder wie man eine gute Nachbarschaft und ein gutes Gemeinschaftsleben aufrechterhält (www.gaiaeducation.org). Zu solchen Erfolgspraktiken gehören zum Beispiel Regeln der Entscheidungsfindung oder für die gemeinsame Nutzung von Maschinen, Autos oder Räumlichkeiten. Dass diese Fertigkeiten essentiell sind, zeigt die Tatsache, dass nur etwa zehn Prozent solcher Gemeinschaftsprojekte die ersten fünf Jahre ihres Bestehens überleben.

An der Zukunft werben in Klein Jasedow

In Klein Jasedow in Mecklenburg-Vorpommern ließ sich 1997 eine ursprünglich in Bayern ansässige Gemeinschaft mit einem Medienproduktionsbetrieb, einem Verlag sowie Konzert- und Seminarveranstaltungen nieder. Mit finanzieller Hilfe aus dem privaten Umfeld kauften sie drei ruinöse



Bild: Iris Kunze



Wohnhäuser, das einstige Kulturhaus, drei Wirtschaftsgebäude des ehemaligen Gutshauses sowie Bau- und Ackerland. Mit der Zeit gründete die Gemeinschaft auch gemeinnützige Initiativen wie die Europäische Akademie der Heilenden Künste e.V., die inzwischen zusammen das regionale Netzwerk Zukunftswerk Klein Jasedow bilden (www.zukunftswerk-kleinjasedow.de). Heute setzt das Zukunftswerk eine unglaubliche Vielfalt an verschiedenen wirtschaftlichen und gemeinnützigen Projekten um. Die in Gründung befindliche Sona Gong Manufaktur eG ist zum Beispiel eine Gongmacherei, in der klangtherapeutische Musikinstrumente hergestellt werden. Die Oya Medien eG gibt alle zwei Monate die kulturkreative Zeitschrift „Oya – anders denken, anders leben“ heraus. Die Kräutergarten Pommerland eG wurde durch die Gemeinschaft in die Region gezogen und stellt seit 2001 Teemischungen aus überwiegend selbst ökologisch erzeugten Kräutern her. Weiterhin gibt es ein Segelschiff zum Mieten, ein Tonstudio oder Musikprojekte. Das Mehrgenerationenprojekt „Maxwiesenhaus“ dient als Wohnhaus für junge und alte Menschen. Viele weitere Projekte sind geplant, etwa ein Gästehaus und ein Restaurant. Neben den mit den Aktivitäten verbundenen Arbeitsplätzen und dem gestiegenen Dienstleistungsangebot beleben die gemeinnützigen Vereine die Region mit Kultur und Begegnungen und ziehen überregional Touristen an. Jüngstes gemeinsames Projekt ist die Gründung des „Bürgerkraftwerks Lassaner Winkel“ in Form einer Genossenschaft, die das Gebiet langfristig zur Bio-Energieregion entwickeln will.

Im Garten Steyerbergs leben

Der Lebensgarten Steyerberg am Steinhuder Meer in Niedersachsen hat eine lang

leerstehende Zwangsarbeitsersiedlung aus der Zeit des Nationalsozialismus seit 1984 in eine ökologische Siedlung umgewandelt (www.lebensgarten.de). Auch diese Gemeinschaft stärkt die Infrastruktur im ländlichen Raum, etwa durch ein Architekturbüro, ein Fotostudio und verschiedene Arztpraxen. Der Aufbau einer Freien Schule ist derzeit in Planung. Ein Seminarhaus zieht überregionale Besucher an. Kulturelle Veranstaltungen und Feste werden auch von der regionalen Bevölkerung gut besucht. Bei Bauvorhaben, regelmäßigen Kochkursen und beim Kräutersammeln werden nicht nur Erfahrungen ausgetauscht, sondern auch Freundschaften und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen geschlossen. Somit ist der Lebensgarten auch ein Ort der Begegnung in der Region.

Ökonomie und Soziales profitieren häufig

Während die eingessessene Bevölkerung häufig in der Landwirtschaft tätig ist und durch die Abwanderung der jüngeren Generationen überaltert, kommen durch die Gemeinschaften junge, gut ausgebildete Bürger in das Dorf. Diese bauen durch die Möglichkeiten des Internets auf dem Land selbstständige und global vernetzte Serviceunternehmen mit neuen Arbeitsplätzen in der Region auf. Somit leisten sie einen zahlenmäßig kleinen, aber doch wichtigen Teil zur Belebung der regionalen Wirtschaftsnetze.

Diese Gemeinschaften bringen neben konkreten Arbeitsplätzen und der Stärkung der Infrastruktur, aber auch andere Werte und Lebensqualitäten mit. Nachbarschaftshilfe, Jugendtreffs und die Integration von alten Menschen schaffen häufig eine Atmosphäre von Vertrauen und Begegnung jenseits kommerzieller Interessen. Sie werten damit nicht selten das soziale Klima in ländlichen Räumen auf, die sonst häufig zu Schlafstätten städtischer Pendler werden.

Durch Offenheit Vorurteile überwinden

Wie werden solche Gemeinschaftsprojekte von den Alteingesessenen in den Dörfern aber akzeptiert? Eine Forschungsstudie (Kunze, 2009; siehe Kasten) kam durch Interviews und teilnehmende Beobachtungen über Jahre hinweg zu folgenden Ergebnissen: Zunächst erzeugen Gemeinschaften, die in der Regel andere als die traditionell dörflichen Werte und Lebensweisen verkörpern, Irritation und Skepsis bei den Alt-

eingesessenen. In den meisten Fällen zeigte sich aber, dass Misstrauen und Vorurteile durch gezielte Offenheit vonseiten der Gemeinschaften und durch lokalwirtschaftliche Kooperationen aufgelöst werden können. Gerade die Unterschiedlichkeit der Neu- und Altbürger führt zu einem fruchtbaren Ideenaustausch und zur Aktivierung des Dorflebens.



Bild: Iris Kunze



Zum Weiterlesen

Kunze, Iris (2009): Soziale Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise. Gemeinschaften und Ökodörfer als experimentierende Lernfelder für sozial-ökologische Nachhaltigkeit. ecotransfer-Verlag, Münster.

Informationen zur Forschung über Gemeinschaften:

<http://gemeinschaftsforschung.uni-muenster.de>

Mehr Informationen:

Dr. Iris Kunze
 Universität für Bodenkultur
 Institut für Landschaftsentwicklung
 Telefon: +431 (0) 47 6 54 / 72 80
 E-Mail: iris.kunze@boku.ac.at

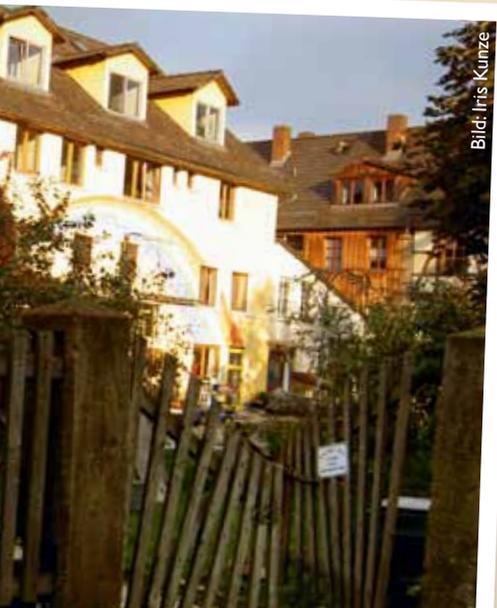


Bild: Iris Kunze

Die Mischung macht's

Von Anke Wehmeyer

In Heckenbeck im Süden Niedersachsens gibt es seit den 1980er Jahren eine positive Einwohnerentwicklung. Von den heute 461 Einwohnern sind viele aus den unterschiedlichsten Teilen Deutschlands zugezogen. Das Zusammenspiel aller – der Alteingesessenen und Zugezogenen – mit ihren ganz unterschiedlichen Hintergründen hält das Dorf lebendig.

Leerstand gibt es in Heckenbeck nicht. Immer noch ziehen neue Menschen von außerhalb zu und kontinuierlich entstehen neue Häuser. Den Anfang machte ein Arzt in den 80er Jahren, der einen Hof zum Bewirtschaften suchte. Er entschied

beteiligen sich auch die Zugezogenen. Für die Seniorenweihnachtsfeier backen Jung und Alt und Alt und Neu. Vor kurzem hat sich eine Big-Band gegründet, die sich aus einem bunten Strauß von Einwohnern zusammensetzt.

richtungen, die für die Grund- und Nahversorgung der Einwohner notwendig sind. Dazu zählen unter anderem eine ärztliche Gemeinschaftspraxis, eine Hebammen-Gemeinschaftspraxis, Physiotherapeuten und Heilpraktiker. Außerdem hat Heckenbeck einen Freien Kindergarten und eine Freie Schule mit Zulassung bis zur 10. Klasse, einen Bioladen, das Kulturzentrum, diverse Handwerksbetriebe und sogar eine Carsharing-Initiative. Landwirtschaft, Gemüseanbau und Produktverarbeitung werden sowohl konventionell als auch biologisch betrieben. Sehr viele Einwohner sind selbständig. Auch eine Bürgersolaranlage unterstreicht den Charakter eines lebendigen, engagierten und gemeinschaftlichen Dorflebens.



Bild: Bürgergemeinschaft Heckenbeck

Gemeinsam stark trotz Unterschieden

Die alternativen Ideen, Lebensformen und Projekte der Neubürger decken sich nicht immer mit dem Lebensstil der Alteingesessenen. Manchmal kommt es auch zu Konflikten, das kann schon bei der Gestaltung der Gärten anfangen. Bei einem sind sich jedoch alle Heckenbecker einig: Aktuell kämpfen sie zusammen mit umliegenden Ortschaften gegen den Bau einer Höchstspannungsleitung durch Landespolitik und Energiekonzerne in ihrer unmittelbaren Umgebung. Sie befürchten gesundheitliche Auswirkungen und die Verschandelung des Landschaftsbildes. Deshalb plädieren sie für die Verlegung der Leitungen als Erdkabel.

sich für Heckenbeck, weil er beeindruckt war von der Offenheit und Toleranz der Einwohner. Nach und nach zog Heckenbeck immer mehr Menschen an, die gern im ländlichen Raum leben wollten und denen ein gemeinschaftliches Zusammenleben mit ähnlich Gesinnten wichtig war.

Buntes Vereinsleben und...

Das Vereinsleben in Heckenbeck war schon immer ausgeprägter als in den umliegenden Ortschaften und ist auch heute ungewöhnlich bunt und vielfältig. Insgesamt gibt es zehn Vereine, die nicht nur traditionelle (Schützenverein etc.), sondern auch ökologische, soziale und kulturelle Inhalte haben. So betreibt der Verein für Kultur und Kommunikation e.V. seit 2001 das Kulturzentrum „Weltbühne“ – einen Veranstaltungsort für Kabarett, Kleinkunst, Theater und Musik. Traditionelle Feste feiern die Heckenbecker nach wie vor. Beim Osterfeuer, Krippenspiel, Laternenumzug, Erntedankfest, Maibaum aufstellen oder Schützenfest

...aktive Bürgerschaft

Im Mittelpunkt des gemeinsamen Dorflebens steht der Bürgerverein, der nach der Eingemeindung von Heckenbeck in die Stadt Bad Gandersheim 1975 gegründet wurde und sich unter anderem um die kommunalen Aufgaben kümmert. Ob über Grünflächengestaltung oder Wegebau – hier wird informiert, diskutiert, entschieden und umgesetzt. So hat der Bürgerverein in den letzten Jahren Bäume auf den Freiflächen im Dorf und an den Straßen gepflanzt. Dorferneuerungsmittel wurden bisher noch nie beantragt, die Bürger fanden immer wieder andere ehrenamtliche Lösungen. Erst in naher Zukunft wird der Verein wegen notwendiger Sanierungsarbeiten und damit verbundener materieller Investitionen auf Fördermittel aus der Dorferneuerung zurückgreifen.

Infrastruktur: baum Wünsche offen

Durch die Zugezogenen gibt es heute in Heckenbeck wieder so gut wie alle Ein-

Mehr Informationen:

Bürgergemeinschaft Heckenbeck
Telefon: 05 5 63 / 71 48
E-Mail: Detlef7Ahrens@t-online.de
www.heckenbeck-online.de

Ricarda Polzin
Ortsvorsteherin Heckenbeck
Telefon: 05 5 63 / 09 60 5 93
E-Mail: ricarda.polzin@gmx.de

Eckelsheim: offen für Menschen mit Ideen

Von Barb Mehrens und Bettina Rocha

Inmitten der reizvollen rheinhessischen Weinlandschaft liegt die 480-Seelen Gemeinde Eckelsheim. Es ist aber nicht nur die Landschaft, die den Ort lebenswert macht. Wichtig ist den Bewohnern ein aktives Leben miteinander. Dabei wirkt sich ihr Ideenreichtum auch positiv auf die örtliche Wirtschaft aus.

Eckelsheim liegt am Meer... und in Rheinland-Pfalz. Zugegeben, das Meer ist seit Millionen Jahren verschwunden, aber es hat in der rheinhessischen Weinlandschaft seine Spuren hinterlassen. Das ehemalige Brandungskliff bei Eckelsheim ist ein spektakuläres Relikt aus dem Tertiär. Eckelsheim ist vor allem ein Winzerdorf: Von den vierzehn ansässigen Winzern vermarkten acht ihren Wein selbst. Daneben gibt es einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb und einige Gewerbetreibende, darunter eine Kfz-Werkstatt, eine Schlosserei, eine Sattlerei und eine Schreinerei. Die meisten Bewohner pendeln jedoch zur Arbeit nach Bad Kreuznach, Alzey oder Mainz. Es gibt einen Schulbus, aber keinen öffentlichen Nahverkehr. Im drei Kilometer entfernten Wöllstein finden sich verschiedene Geschäfte, Banken und Apotheken.

Aktiv – ob mit oder ohne Satzung

Von den 480 Einwohnern sind etwa 200 in über 20 Vereinen und Gruppierungen aktiv – vom Sportverein über den Verein zur Dorfmusik bis zur Initiative Dorfwicklung Eckelsheim (IDEE). Der Verein entstand vor über 20 Jahren mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen des Dorfes gemeinsam mit den Bürgern voranzubringen. Zu diesem Zweck treffen sich regelmäßig rund 20 Eckelsheimer. Die Bürger entschieden hier zum Beispiel gegen ein Neubaugebiet, um der Zersiedlung der Landschaft in ihrer Gemarkung Einhalt zu gebieten. Um sich zu engagieren oder einer Leidenschaft zu frönen, bedarf es aber nicht unbedingt einer formellen Vereinigung. So kommen zum Beispiel die Interessensgemeinschaft Dorbackofen oder die Boulespieler ganz ohne Satzung und Sitzung aus. Zum Boule spielen trifft man sich sonntags 16.00 Uhr hinter der Kirche. „Das ist eine Kommunikationsbörse: Hier werden

Pläne geschmiedet, man unterhält sich, was nächste Woche so los ist und einen Schoppen gibt es auch“, erklärt Thomas Fischer, Hotelier aus Eckelsheim.

Kultur ganz großgeschrieben

Eines der größten Projekte war die Restaurierung eines alten Bauernhofes zum „Kulturhof“, einem Restaurant mit vielseitigem Veranstaltungsangebot. Die Eckelsheimer Kulturhof GbR mbH ist der einzige Arbeitgeber im Dorf, denn alle anderen Betriebe sind reine Familienbetriebe. Die derzeit 31 überwiegend Eckelsheimer Eigentümer haben – zusätzlich zu Fördergeldern und Krediten – ihr eigenes Geld in den Kulturhof investiert. Als die Bewohner bei einem ihrer Treffen feststellten, dass die Kultur im Dorf zu kurz kommt, entstand die Idee, auch die Ruine der Beller Kirche am Ortsrand als Kulturort zu etablieren. Sie gründeten den Förderverein „Bella Kultura“ und renovierten die Kirche mit Hilfe von

Geldern aus verschiedenen EU-Förder-töpfen. Seit 1982 finden in der Kirchenruine Konzerte und Theateraufführungen unter freiem Himmel statt, dazu gibt es Wein der örtlichen Winzer. Überhaupt lassen sich die Eckelsheimer viel einfallen – einmalig bisher sind auch die Barriquefassstrommler beim jährlichen Tag des offenen Dorfes.

Die Wirtschaft profitiert

Abgesehen von den Winzerfamilien sind die Neubürger oft die aktivsten. Es gibt natürlich auch Eckelsheimer, denen all die Veränderungen und Aktivitäten zu viel sind. Festzuhalten bleibt jedoch: Ohne die Aufgeschlossenheit und den Gemeinschaftssinn des Großteils der Bewohner hätte das Dorf so manches Projekt nicht verwirklichen können. Dies hat auch einen ganz konkreten Nutzen: Das vielseitige kulturelle Angebot, die Gastronomie und die insgesamt 36 Betten ziehen viele Besucher an – das ist nicht zuletzt für die direktvermarktenden Winzer sehr wichtig.



Bild: Gemeinde Eckelsheim

Mehr Informationen:

Barb Mehrens
Planungsbüro Mehrens
Telefon: 02 61 / 9 14 19 43
E-Mail: info@planungsbuero-mehrens.de
www.planungsbuero-mehrens.de

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Backe Apfelbuchen, suche Babysitter

Von Harald Müller

Die Leader-Region Altbayerisches Donaumoos möchte dem Schwinden der nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen in vielen ländlichen Gemeinden etwas entgegensetzen. In einer professionell organisierten Tauschbörse lernen die Menschen wieder, anderen zu helfen und Hilfe anzunehmen.

Das Leben in der ländlichen Region Altbayerisches Donaumoos unterscheidet sich nicht sehr von dem in anderen ländlichen Gebieten: Es gibt immer weniger Mehr-Generationen-Familien, die Gemeinden verkümmern zu „Schlafgemeinden“ ohne gesellschaftliches Leben, immer mehr Neubaugebiete erschweren die Integration von Neubürgern und der demografische Wandel macht sich durch Überalterung und Bevölkerungsrückgang bemerkbar. All dies führt zum Schwinden von verwandtschaftlichen, freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen. Zwischenmenschliche Wertschätzung und ein fairer Austausch von Leistungen und Waren sind aber für ein harmonisches Zusammenleben sehr wichtig. Deshalb ist es erklärtes Ziel der Leader-Region Altbayerisches Donaumoos (siehe Kasten), nachbarschaftliche Hilfe zu fördern. Sie möchte die Menschen in ihren Fähigkeiten und Talenten bestärken und sie motivieren, ihre Begabungen an andere weiterzugeben.

Langer Atem zahlt sich aus

Bereits in der vorangegangenen LEADER+-Förderphase wollte die Lokale Aktionsgruppe Altbayerisches Donaumoos das Nachbarschaftshilfeprojekt starten, trotz intensiver Bemühungen und verschiedener Workshops gelang dies jedoch nicht. Erst in der aktuellen Förderphase von Leader innerhalb des ELER war die Zeit reif: Von der Mitgliedskommune Schrobenhausen forciert, erfolgte nach intensiver Vorplanung durch den Arbeitskreis „Soziales“ die Präsentation vor den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden. Diese sollten als Ko-finanzierer gewonnen werden. Von den 18 Kommunen erklärten sich schließlich elf bereit, am Projekt „Nachbarschaftshilfe – Wir füreinander“ (www.wirfuereinander.de) mitzuwirken.

Als Koordinator und damit auch als Projektträger wurde der Caritasverband e. V. Neuburg-Schrobenhausen gewonnen, der das Projekt eigenverantwortlich und ohne

Zugewinnabsicht durchführt. Durch die Präsenz des Caritasverbands und seiner vielfältigen sozialen Angebote in der Region wird die bestmögliche Integration und Vernetzung aller Personen und Einrichtungen gewährleistet.

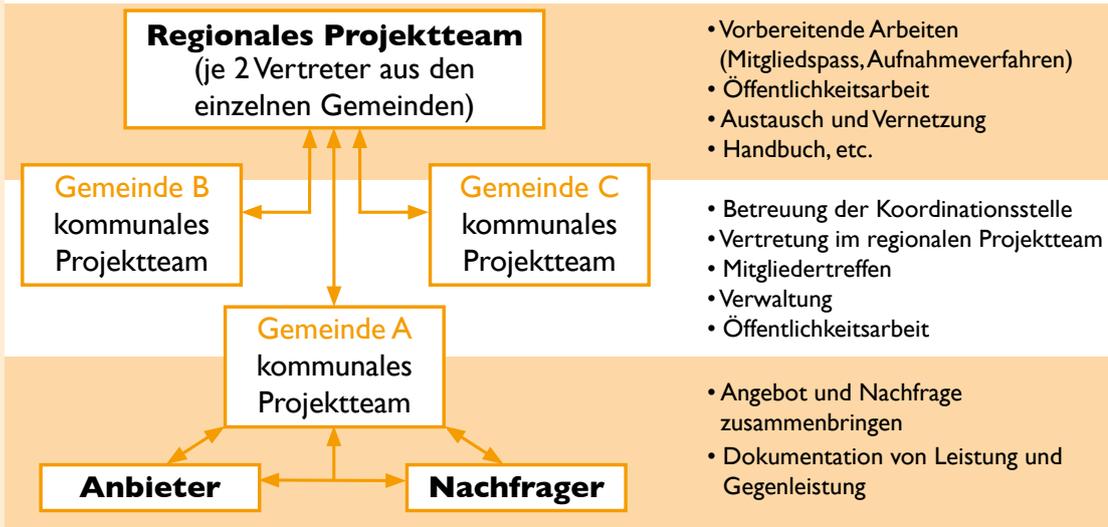
In allen Kommunen wurden durch Gemeindeblätter und die Tagespresse engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger gesucht und gefunden, die als Projektteams vor Ort eine Nachbarschaftshilfe aufbauen wollten. Parallel dazu – und mit Unterstützung des Leader-Managers – formulierte das LAG-Management eine Projektbeschreibung, führte die notwendigen Beschlüsse herbei und stellte schließlich den Förderantrag. Im Juli 2010 war es dann so weit: Die Nachbarschaftshilfe „Wir füreinander“ ging an den Start. Rund 100 Personen – Ehrenamtliche, Ehrengäste und Wegbereiter – trafen sich zu einer zentralen Auftaktveranstaltung in Schrobenhausen. Es folgten kleinere, aber ebenso wichtige Veranstaltungen in den beteiligten Kommunen, mit denen



Bild: LAG Altbayerisches Donaumoos e. V.

Wir – füreinander

Wir – Füreinander



die Öffentlichkeit informiert wurde. Mittels Fragebögen, Veröffentlichungen in Gemeindeblättern und lokaler Presse sowie durch Mund-zu-Mund-Propaganda wurden außerdem vor Ort Angebot und Nachfrage eruiert.

Von Babysitten bis Rasenmähen

Die Nachbarschaftshilfe unterstützt nun im Sinne einer „Tauschbörse“ Angebot und Nachfrage für Dienstleistungen und Handreichungen zwischen den Menschen. Ob Einzelperson, Familie, Verein, Firma oder Organisation: Es kann jeder mitwirken, der etwas von seiner Zeit zur Verfügung stellen und anderen helfen möchte. Vom klassischen Rasenmähen über den Begleitservice für Arztbesuche bis zum gelegentlichen Vorhangaufhängen und Babysitten ist alles dabei. Eine ältere Dame meldete sich zum Beispiel mit der Bitte, ob nicht jemand kommen und in ihrer Wohnung zwei Glühbirnen wechseln könnte. Sie könne nicht mehr auf Leitern steigen und einen professionellen Elektriker zu holen, wäre doch zu aufwendig. Dafür würde sie gerne mal einen Geburtstagskuchen backen. Schnell fand sich ein Helfer für ihr Anliegen.

Professionell organisierter Tausch

Kommunale Projektteams aus ehrenamtlichen Mitarbeitern entscheiden vor Ort, welche Angebote sie vorhalten wollen. Alle Angebote und Nachfragen erfassen sie in einer Datenbank und tauschen diese bei Bedarf auch über kommunale Grenzen hinweg per Internet aus. Dabei orientieren sie sich am lokalen Bedarf, stimmen aber auch den überregionalen Bedarf ab. Sie organisieren örtliche Tauschtreffs und sind für die kommunale Öffentlichkeitsarbeit, etwa im Gemeindeblatt, zuständig. Die Teams sind in der Regel einmal wöchentlich in den Rathäusern der Mitgliedsgemeinden anwesend, um An-

rufe entgegenzunehmen und die gemeinsame Internetseite zu überprüfen und zu aktualisieren. Alle drei Monate treffen sich die Teams zum Erfahrungsaustausch. Dabei werden zum Beispiel Versicherungsfragen geklärt und lokale beziehungsweise gemeinsame regionale Aktivitäten besprochen. So organisierten die Teams zum Beispiel Informationsveranstaltungen für Angehörige von Demenzkranken und Handykurse für Senioren, koordinierten zudem öffentliche Auftritte auf Messen, Ausstellungen etc.

Caritas sichert nachhaltigen Erfolg

Um ein erfolgreiches Projektmanagement zu garantieren, wurde im Kreisverband der Caritas eine zusätzliche Stelle für eine Sozialpädagogin geschaffen. Die Übernahme der Projektbetreuung und -leitung und die damit verbundene Förderung durch Leader im Rahmen der Projektdauer sichern dieser Sozialpädagogin einen unbefristeten Teilzeitarbeitsvertrag. Dieser wird über den Förderzeitraum hinaus Bestand haben. Übergreifendes Ziel des Projekts ist es, zunächst unter der Federführung des Caritasverbandes ein regionales Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum aufzubauen. Ob es sich als sinnvoll und notwendig erweist, während der Förderlaufzeit oder nach deren Ablauf eine organisatorische Form (Verein, Arge) zu gründen, oder die Nachbarschaftshilfe weiterhin unter der Ägide der Caritas zu belassen, wird sich erst im Projektverlauf zeigen.

Solidarität erlebbar machen

Den Initiatoren und Projektbegleitern war von vornherein bewusst, dass dieses Projekt einen langen Atem benötigen und in den Kommunen unterschiedliche Verläufe nehmen würde. So gibt es zwar in allen beteiligten Gemeinden ausreichend Mitbürger, die Hilfen und Unterstützung anbieten. In man-

chen Orten ist die Zahl der Hilfesuchenden aber eher überschaubar. Der Bedarf ist zwar vorhanden, doch herrscht noch eine gewisse Scheu, diesen auch zu artikulieren. Lediglich in den städtisch geprägten und größeren Gemeinden ergibt sich bereits ein reger Austausch an Angebot und Nachfrage. Wichtig ist es, den Menschen in der Region das Schamgefühl zu nehmen und ihnen zu zeigen, dass es keine Schwäche ist, andere um Hilfe zu bitten. Im Gegenzug können sie ihre Talente einbringen, um anderen zu helfen, frei nach dem Motto „Jeder hat etwas zu bieten – alle haben Talent“. Über kurz oder lang wird jede Gemeinde ein Instrument der gegenseitigen Unterstützung brauchen, um durch gelebte Solidarität attraktiv zu bleiben und die Folgen des demografischen Wandels zu lindern. Besser man fängt rechtzeitig an, Antworten zu finden.

Die Leader-Region Altbayerisches Donaumoos

Zwei Städte, zwei Marktgemeinden und 14 Gemeinden verbinden sich zum Landkreis Neuburg-Schrobenhausen in Bayern. Zusammen mit der Marktgemeinde Hohenwart im Landkreis Pfaffenhofen bilden sie die Leader-Region Altbayerisches Donaumoos. Ihren Namen hat die LAG dem Naturraum Donaumoos entlehnt, der sich schon in der letzten Förderperiode als identitätsstiftend bewährt hat. „Besser Leben im Altbayerischen Donaumoos“ ist eine der Zielsetzungen des Regionalen Entwicklungskonzeptes der Leader-Region. „Besser Leben“ heißt mehr Lebensqualität, und die ist stark gebunden an soziale Beziehungen.

Mehr Informationen:

Harald Müller
Leader Aktionsgruppe
Altbayerisches Donaumoos e.V.
Telefon: 08 4 54 / 91 41 26
E-Mail: info@altbayerisches-donaumoos.de
www.altbayerisches-donaumoos.de

Bürger schaffen Raum für Zukunft

Von Dana-Alice Gehrman

Der demografische Wandel und die geänderten Familienstrukturen weg von der Großfamilie haben negative Auswirkungen auf das soziale Leben im Ort. Dem wollten die Bürger von Thüle in Nordrhein-Westfalen entgegenwirken. Mit größtenteils ehrenamtlicher Arbeit und finanziellen Eigenmitteln schufen sie das Haus der Zukunft, eine Begegnungsstätte für alle Generationen.

Thüle ist mit rund 1900 Einwohnern ein Ortsteil der Stadt Salzkotten im nordrhein-westfälischen Landkreis Paderborn. Die Bevölkerungszahl in Salzkotten ist in den letzten Jahren zwar konstant geblieben, denn immer noch siedeln sich hier junge Familien an. Somit gibt es noch eine große Nachfrage nach Betreuungsangeboten im Kindergartenalter und nach Plätzen in der Grund- und weiterführenden Schule. Trotzdem wird auch Salzkotten langfristig mit dem deutschlandweiten Trend konfrontiert sein, dass die Bevölkerung weniger und älter wird. Auf diese Entwicklung wollen sich die Bürger in Thüle rechtzeitig einstellen: Die Dorfgemeinschaft, die Grundschule, der Kindergarten, die Stadt und einige Vereine hatten schon seit Langem ein großes Interesse, generationenübergreifende Angebote zu schaffen.

Grundschulgebäude mit Mängeln

Anstoß für das Projekt „Haus der Zukunft – Thüle“ gab jedoch der Spielmannszug Thüle. Er suchte schon seit Jahren neue Räumlichkeiten für die eigene Vereinsarbeit und die musikalische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen. An der Bischoff-von-Ketteler-Grundschule fehlte es zudem an Räumen für eine Übermittagsbetreuung mit einem Essensangebot für die Grundschul Kinder. Das bestehende zweigeschossige Grundschulgebäude aus dem Jahre 1957 mit einer Nettogrundfläche von 650 Quadratmetern besaß neben alten undichten Holzfenstern ungedämmte Wände und Betonteile, die zu hohen Wärmeverlusten führten. Ein weiteres Problem, das es zu lösen galt. So suchten die Vereinsmitglieder des Spielmannszuges im Jahre 2007 das Ge-

spräch mit der Stadt Salzkotten und der Grundschule. Diese drei Partner banden wiederum den Heimatverein ein, der schließlich die Dachorganisation für das Projekt übernahm. Die Partner informierten durch eine Bürgerversammlung die Dorfgemeinschaft und alle weiteren örtlichen Vereine. So wurde das Projekt in die Breite getragen und fand übergreifend Förderer und Unterstützer.

Bürger packen an

Um das Grundschulgebäude sanieren zu lassen und gleichzeitig daran anzubauen, bedurfte es jedoch rund 420.000 Euro. Eine Summe, die die Stadt nicht allein hätte aufbringen können. Daraufhin fand sich die gesamte Thüler Dorfgemeinschaft zusammen, um das Projekt gemeinsam anzupacken. Im März 2009 konnten sie endlich mit der Sanierung der Grundschule und dem Bau des Hauses der Zukunft beginnen. Die Bürger leisteten mehr als 4564 Arbeitsstunden auf der Baustelle, von de-

nen die unermüdlich arbeitenden Handwerker Klaus Winkler, Franz-Josef Wecker und Josef Menne allein etwa 2300 Stunden absolvierten. Viele Bürger halfen auch bei der Verpflegung der fleißigen Handwerker. Der Heimatverein Thüle stellte 50.000 Euro für das Projekt zur Verfügung. Weitere 30.000 Euro steuerte der Spielmannszug bei. Zuschüsse gab es außerdem von der Stadt in Höhe von 100.000 Euro und aus dem EU-Programm Leader plus mit 120.000 Euro. Den Rest – ganze 120.000 Euro – brachten die Thüler selbst auf. So wurde das Haus der Zukunft größtenteils durch Eigenleistungen und Barmittel finanziert.

Raum für alle Generationen

Im Mai 2011 konnte schließlich das neue Zentrum für Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit eingeweiht werden. Der neu geschaffene Anbau der Grundschule erstreckt sich jetzt auf drei Etagen und umfasst 352 Quadratmeter. Im Kellerge-



schoss befinden sich neben einem Proberaum ein Abstellraum und Sanitäreinrichtungen. Besonders der Proberaum war dringend notwendig, denn die Zimmer im Vereinslokal des Spielmannzuges Thüle waren für die Jugendarbeit nicht mehr zeitgemäß. Eine speziell für die 75 aktiven Musiker und 30 Jugendlichen eingebaute Akustikdecke unterstützt die Musikanten. Durch die entstandene räumliche Nähe zum Spielmannszugverein bietet das Haus nun zusammen mit dem Musikverein Thüle auch Musik-Workshops und eine musikalische Früherziehung an.

Neben einem Lehrerzimmer ist im Erdgeschoss ein weiterer Mehrzweckraum entstanden. Im Dachgeschoss stehen eine Küche sowie zwei Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Diese werden für die Mittagsbetreuung der Schulkinder genutzt, aber auch für Freizeitangebote wie das Kindertheater. In Kooperation mit den Landfrauen bietet das Haus hier zudem Kochkurse für Familien an. Weitere Angebote sind eine Beratung in Kooperation mit dem entstehenden Familienzentrum und Tanzkurse in Kooperation mit der Tanzkette Thüle sowie Freizeitangebote für Senioren.

Über das große Raumangebot freuen sich auch die Eltern und ihre Kinder, die Nachfrage nach einer Ganztagsbetreuung ist stark gestiegen. Zurzeit nutzen 32 Kinder die Hausaufgabenbetreuung, das gemeinsame Spielen und das Mittagessenangebot. Durch die zusätzlichen Räumlichkeiten ist nun auch eine Notfall- und Ferienbetreuung für die Schulkinder und deren Geschwister möglich. So wird jungen Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.

Klimaschutz beachtet

Bei der Verknüpfung des Altbaus der Grundschule mit dem Neubau wurde auch auf eine umfassende Dämmung und Luftdichtheit der Gebäudehülle geachtet, sodass sich das Gebäude nun energietechnisch auf dem neuesten Stand befindet. Dies führte dazu, dass das Haus der Zukunft den 1. Platz beim E. KOMMUNAL Wettbewerb 2008 gewann. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro wird nun in weitere energieeffiziente und umweltschonende Maßnahmen investiert.

Räumliche Nähe aktiviert Gemeinschaftsleben

Das Projekt verhalf dem schon vorhandenen, sehr ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagement der Thüler Dorfgemeinschaft zu einer neuen Qualität. Das Gebäude steht nun allen Vereinen und Gruppen offen. Die Schule, das Haus der Zukunft, die



Bild: Stadt Salzkotten

Kirche, die Feuerwehr und der Kindergarten liegen so zentral und dicht beieinander, dass sich hieraus viele Synergieeffekte ergeben. Zum letzten Schützenfest holten die Schützen die Schulkinder zum Beispiel direkt von der Schule ab und ließen sie zum Schützenplatz mitmarschieren. Der Thüler Schützenverein bastelte den Kindern außerdem ein Schützenhaus der Zukunft. Darin finden jetzt die Spielgeräte Platz, die die Kinder zur Pausengestaltung nutzen. Diese mussten sie bisher erst aus dem Keller holen.

Die räumliche Nähe und zentrale Lage erleichtert zudem Neubürgern einen leichten Zugang zur Dorfgemeinschaft und Vereinswelt. Außerdem erhoffen sich die Bürger, dass das Haus der Zukunft den Zusammenhalt der Generationen langfristig festigen wird, denn durch die veränderten Familienstrukturen verschwinden die selbstverständlichen Begegnungen zwischen Jung und Alt. Dabei gehen die Erfahrungen der Älteren – wie Erziehungswissen und Alltagskompetenzen – verloren. Damit dies nicht geschieht, ist das Haus der Zukunft in Thüle insbesondere als Ort der Begegnung der Generationen gedacht.



Mehr Informationen:

Stadt Salzkotten
Ludwig Bewermeier
Telefon: 0 52 58 / 50 71 | 46
E-Mail: ludwig.bewermeier@salzkotten.de



Bild: privat

Peter Wolf ist gebürtiger Eckelsheimer (siehe Beitrag S. 25), seine Familie ist seit vielen Generationen dort ansässig. Der Winzer ist in vielen Dorfvereinen engagiert und bei zahlreichen Dorfkaktivitäten beteiligt. Er gehört zu den Hauptinitiatoren der Eckelsheimer Kulturhof GbR mbH und des Fördervereins Bella Kultura.

„Wenn die Menschen interessiert und tolerant sind, entsteht vieles von allein“



Bild: privat

Manfred Kielhorn ist im niedersächsischen Heckenbeck aufgewachsen und wohnt noch immer dort (siehe Beitrag S. 24). Er arbeitet als Pressesprecher bei der Stadt Bad Gandersheim und betreibt die Öffentlichkeitsarbeit für das Open-Air-Theater „Gandersheimer Domfestspiele“. In Heckenbeck ist er 2. Vorsitzender des Schützenvereins, aktiver Tischtennispieler im Sportverein und Mitglied in weiteren Dorfvereinen.

Was macht ein Dorf als Wohn- und Lebensraum attraktiv?

Peter Wolf: Eckelsheim ist so klein, dass es überschaubar ist. Man hat Beziehungen zu fast jedem Bewohner, die Leute helfen sich gegenseitig, abends trifft man sich zu verschiedenen Aktivitäten. Und die Ruhe hier: Sonn- und feiertags haben wir hier keinen Autoverkehr, keinen Straßenlärm. Das alles macht diesen Ort für mich so attraktiv.

Manfred Kielhorn: Für mich sind eine gute Verkehrsanbindung und Infrastruktur und eine intakte Grund- und Nahversorgung wichtig – zum Beispiel genügend Ärzte, ein Dorfladen, gut erreichbare Schulen und Handwerksbetriebe. Aber auch eine intakte Dorfgemeinschaft mit attraktiven Vereins- und Freizeitangeboten. Und die attraktive landschaftliche Lage spielt eine Rolle.

Welche Strategien sollten Gemeinden verfolgen, die Neubürger gewinnen wollen?

Peter Wolf: Man muss nach außen hin ein attraktives Dorf sein. Wenn wir im Fernsehen oder in der Zeitung sind, sehen viele Leute: Das ist ein wunderbares Dorf in schöner Lage und mit reizvoller Dorfgestaltung. Und wenn dann noch die Gemeinschaft stimmt, ist das hoffentlich Anreiz genug, hierher zu kommen und eventuell sogar hier zu wohnen. Das Dorf sollte viele Aktivitäten anbieten, nicht nur im Sport- oder Feuerwehrverein, sondern auch im Kulturleben. Wir merken schon, dass dies vielen Neubürgern wichtig ist. Denen macht es sehr viel Spaß, zum Beispiel bei unserer Kulturstätte am Rande des Dorfes, der Ruine der Beller Kirche, mitzuarbeiten.

Manfred Kielhorn: Die Gemeinde sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, die sie hat und leisten kann. Zum Beispiel einen guten Rahmen für die Bebauung schaffen, damit das Dorf im Kern attraktiv bleibt. Sie sollte auch eine Beratung anbieten, wie der Erhalt älterer Gebäude finanziert werden kann. Und eine Wirtschaftsberatung, um Betrieben eine Neuansiedlung so einfach wie möglich zu machen. Ganz wichtig ist auch, über Initiativen und Bürgeraktivitäten zu informieren, und über Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Wie können Gemeinden ein gutes Gemeinschaftsgefühl und aktives Dorfleben entwickeln beziehungsweise aufrechterhalten?

Peter Wolf: Indem man immer mit den Nachbarn spricht – und zwar über das Dorf. Dann kommen einem so viele Gedanken und Ideen, dass man immer was gemeinsam machen kann. Durch das Zusammenreden und Zusammenfeiern ist vieles bei uns entstanden. Wir haben zusammengesessen und gedacht: „Ach, uns fehlt noch eine schöne Gastronomie.“ Das haben wir dann geschafft. Oder: „Es fehlt noch Kulturleben.“ Auch das haben wir geschafft. Viele Neubürger haben auch gesagt: Es ist so schön, hier zu wohnen, weil die Leute so offen und zugänglich sind, man kann überall mitmachen und ist willkommen. Das ist die beste Strategie.

Manfred Kielhorn: Alle sollten daran interessiert sein, sich aktiv auszutauschen und kennenzulernen. Und die Bürger sollten Toleranz leben, sowohl gegenüber der traditionellen Dorfkultur als auch gegenüber neuen Initiativen. Die Gemeinde sollte attraktive Angebote schaffen und erhalten, die sowohl von Alteingesessenen als auch Neubürgern genutzt werden können. Sinnvoll ist es, die Kirche im Ort einzubinden. Durch Kindergottesdienst, Konfirmandenunterricht und Erwachsenenarbeit ergeben sich hier schnell Gemeinsamkeiten zwischen den Bürgern.

Die Gespräche führten Anke Wehmeyer und Barb Mehrens

„Unsere Dorffeste sind nicht nur gut besucht, sondern auch interkulturell“



Bild: privat

Lothar Meistring ist ehrenamtlicher Bürgermeister und Amtsvorsteher der Gemeinde Löcknitz-Penkun in Mecklenburg-Vorpommern, elf Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernt. Durch eine offensive Anwerbekampagne hat der Ort bis heute 245 polnische Staatsbürger als neue Einwohner gewonnen. Diese stärken die Infrastruktur und sind gut in das Gemeindeleben integriert.
 Kontakt: Telefon: 03 97 54 / 52 4 40; E-Mail: meistring@web.de; www.loecknitz-online.de

Herr Meistring, die Einwohnerzahlen in Löcknitz steigen seit 2004 stetig. Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Dem allgemeinen Trend in Vorpommern folgend, sanken auch in Löcknitz von 1990 bis 2004 die Einwohnerzahlen von 3699 auf 2939. Erst mit dem Beitritt von Polen 2004 in die EU und 2007 zum Schengener Abkommen ist eine Kehrtwende eingetreten. Seitdem steigen unsere Einwohnerzahlen langsam wieder an. Heute hat Löcknitz wieder 3050 Einwohner. Dafür sorgt eine durchschnittliche Geburten-

rate von 25 Kindern pro Jahr. Natürlich ist uns diese Entwicklung nicht einfach in den Schoß gefallen. Mit der EU-Erweiterung haben wir an die guten Kontakte zu unseren polnischen Partnern von vor 1990 angeknüpft und diese ausgebaut. Wir setzten frühzeitig auf die Anwerbung neuer Einwohner und richteten dafür in Szczecin extra ein Büro ein. Heute leben 245 polnische Bürger

aus dem grenzüberschreitenden Ballungsraum mit den Alteingesessenen in Löcknitz zusammen. Wir haben bewusst einer Separation vorgebeugt und das Dorfleben gemeinsam neu gestaltet. Viele Einrichtungen, wie zum Beispiel die Wohnungsverwaltung, sind zweisprachig. Außerdem machen wir unsere Gemeinde für den Zuzug von Senioren aus der Region attraktiver.

Wie klappt das deutsch-polnische Zusammenleben in Löcknitz?

Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen funktioniert gut. Natürlich gibt es auch zwischenmenschliche Konflikte. Doch diese gibt es überall. Wir setzen auf einen intensiven sozialen und kulturellen Austausch, um Vorurteile abzubauen. Dies gelingt uns über verschiedene Einrichtungen im Ort. Das fängt natürlich automatisch bei den Kindergärten und den Schulen an, wo deutsche und polnische Kinder zusam-

men aufwachsen. Das Deutsch-Polnische Gymnasium hat zum Beispiel Partnerschulen beiderseits der Grenze und organisiert einen regen Schüleraustausch, etwa durch Klassenfahrten. Die Geschäftsstelle der Euroregion Pomerania organisiert in Löcknitz über Workshops und Feste vor allem den deutsch-polnischen Kinder- und Jugendaustausch. In allen Vereinen sind Deutsche und Polen gleichermaßen organisiert. Es gibt kei-

ne getrennten Aktionen in unserem Dorf. Ob Ostermarkt, Burgfest, Adventsmarkt, Schützen- und Gemeindefest oder Mieterfeste – die Dorffeste gestalten und bestreiten alle gemeinsam. So sind unsere Dorffeste nicht nur gut besucht, sondern auch interkulturell. Ein internationales Jugendlager kümmert sich seit Jahren regelmäßig um die Kriegsgräberpflege und Geschichtsarbeit auf deutsch-polnischem Gebiet.

Wie hat der Einwohnerzuwachs die Infrastruktur in Löcknitz beeinflusst?

Ohne die positive Entwicklung der Einwohnerzahlen hätte Löcknitz seine gute Infrastruktur nicht erhalten können. Auch wären wir als Dorf niemals Grundzentrum mit besonderen Versorgungsaufgaben geworden. Vom Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten wir für diese Aufgaben zusätzliche finanzielle Mittel. Löcknitz hat als Dorf eine eigene Bibliothek, einen Jugendclub, zwei Kindergärten und vier Schulen. Diese können wir nur erhalten, wenn ausreichend Kinder vorhanden sind.

Dies ist in der Gemeinde Löcknitz-Penkun der Fall. Erst vor Kurzem haben wir eine Kindertagesstätte für 2,6 Millionen Euro neugebaut, da sich die Kinderzahlen verdoppelt haben. Dank eines polnischen Arztes hat sich bei uns die medizinische Versorgung verbessert; eine Komplettlösung haben wir aber noch nicht gefunden. Die Einwohnerentwicklung beeinflusst natürlich auch das Leerstandsmanagement positiv. Bis heute haben wir circa drei Prozent Leerstand in Löcknitz, obwohl

es keinen Rückbau gab. Zusätzlich weisen wir kleinere Baugebiete im Innen- und Außenbereich des Dorfes aus. Vergleichbare Orte müssen mit einer zehn bis zwölfprozentigen Leerstandsquote leben.



Das Gespräch führte Sören Bronsert

Marktlücke: Hobbyviehhaltung

Von Juliane Mante

Die Agrargenossenschaft Großräschen in Brandenburg ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert: Unter ungünstigen Ackerbaubedingungen baut das Unternehmen auf 2200 Hektar eine heutzutage ungewöhnliche Vielfalt an Kulturarten an. Seine Ernte vermarktet es überwiegend an Hobbyviehhalter in der Region.

Die Agrargenossenschaft Großräschen im Lausitzer Seenland im südlichen Brandenburg hat eine bewegte Vergangenheit. Ehemals geführt als Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) Pflanzenproduktion wurde sie nach der Wende 1991 in eine eingetragene Genossenschaft umgewandelt, während die ebenfalls ansässige LPG Tierproduktion wegen zu hoher Schulden liquidiert wurde. Heute bewirtschaftet die Genossenschaft rund 2200 Hektar Ackerland und 112 Hektar Grünland, mit einem Pachtanteil von 64 Prozent.

Braunkohleabbau mit Folgen

Die Agrargenossenschaft liegt im Lausitzer Braunkohlerevier, in dem noch vier Abbaugebiete aktiv sind, während der überwiegende Teil der Tagebaue bereits aufgegeben wurde. Die Restlöcher dieser ehemaligen Tagebaue werden im Lausitzer Seenland gegenwärtig geflutet und in Seen umgewandelt. Bis 2018 soll so Europas größte künstliche Wasserlandschaft und Deutschlands viertgrößtes Seengebiet entstehen und als Tourismusregion entwickelt werden. Der Braunkohleabbau bringt neben vielen

negativen ökologischen und sozialen Folgen auch Probleme für die Landwirtschaft mit sich: Rund 40 Prozent der genossenschaftlichen Ackerfläche, also 860 Hektar, sind ehemalige Tagebauflächen, auch Kippenflächen genannt. „Diese Böden brauchen Jahrzehnte, bis sie für die Landwirtschaft wieder normal nutzbar sind“, erklärt Hans-Joachim Kupz, Geschäftsführer der Agrargenossenschaft. Um ihren Humusgehalt zu erhöhen, baut das Unternehmen hier Luzerne an und erhält dafür 70 Euro pro Hektar und Jahr Fördermittel aus dem brandenburgischen Agrarumweltprogramm KULAP. „Als die Tierproduktion nach der Wende aufgegeben wurde, konnten wir die Luzerne nicht mehr als Viehfutter verwenden. Zeitweise haben wir sie noch im Trockenwerk zu Pellets für Viehfutter verarbeiten lassen beziehungsweise in die Biogasanlage geschafft. Dies brachte aber zu wenig ein.“, so Hans-Joachim Kupz. Eine weitere Folge des Braunkohleabbaus sind die ungünstigen Grundwasserstände in der Region: „Um den Kohleabbau zu ermöglichen, wurde der Grundwasserspiegel abgesenkt. Zusammen mit den in der Region typischen Sandböden bedeutet das bei wenig Niederschlag ganz schnell Tro-

ckenheitsstress“, führt Kupz weiter aus. „Aber auch mit dem gegenteiligen Problem werden wir mehr und mehr zu kämpfen haben. Durch die Flutung der Tagebaurestlöcher steigt nun der Grundwasserspiegel auf vielen Flächen auf das alte Niveau. Das dazugehörige Grabensystem ist aber nicht mehr funktionstüchtig. Hier müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um das Oberflächen- und Grundwasser wieder neu zu regulieren.“

Direktvermarktung: Futtermittel für Hobbytierhalter

Auf den Ackerflächen des Betriebes fällt die ungewöhnliche Kulturartenvielfalt auf: In den Fruchtfolgen finden sich neben Getreide und Raps auch Luzerne, Lupine, Erbsen, Körner- und Silomais, Sonnenblumen, Kartoffeln, Möhren und weitere Futterpflanzen. Wie schafft es aber die Genossenschaft, mit dieser ungewöhnlichen Vielfalt und den suboptimalen Voraussetzungen im Ackerbau schwarze Zahlen zu schreiben? Direktvermarktung ist hier das Stichwort: 35 Prozent seines Umsatzes erwirtschaftet das Unternehmen über den Verkauf ab Hof sowie über einen Lieferservice. Dabei hilft der be-

Die Agrargenossenschaft Großräschen eG im Lausitzer Seenland in Brandenburg.



sondere Umstand, dass es in der Region traditionell eine starke Hobbytierhaltung gibt. Hafer, Weizen, Sommergerste, Kartoffeln und Möhren vermarktet das Unternehmen komplett selbst in der Region. Dabei werden die Kartoffeln und Möhren „pur“ verkauft, aus den Leguminosen, dem Getreide und den Sonnenblumen lässt die Genossenschaft in einer nahe gelegenen Mühle verschiedene Futtermischungen fertigen, etwa für Kühen, Legehennen, Tauben, Kaninchen, Schweine und Pferde.

Bereits seit 1992 fährt ein Lieferwagen auf einer festen Route 14-tägig beziehungsweise zum Teil wöchentlich mit seinem Futtermittelsortiment die Dörfer ab. Wurde anfangs nur auf Bestellung geliefert, fährt das Auto mittlerweile feste Stationen an, an denen auch spontan gekauft wird. Der Fahrer hält jedoch auch nach Bedarf: Oft signalisieren die Viehhalter durch einen leeren Kartoffelsack am Zaun oder andere Erkennungszeichen, dass sie ihren Vorrat auffrischen wollen. „Unsere Futtermittellieferung ist schon zu einer festen Instanz geworden. Es kam schon vor, dass wir aus verschiedenen Gründen die übliche Route oder Lieferfrequenz nicht einhalten konnten. Dann kamen sofort die Anfragen, wo das Auto bleibt“, freut sich Hans-Joachim Kupz. „Wir stehen zwar auch auf drei regionalen Wochenmärkten, aber den mit rund 100.000 Euro größten Teil am Umsatz bei der Direktvermarktung bringt der Lieferwagen ein.“

Gut besuchter Hofladen

In einer großen Verkaufshalle vertreibt die Genossenschaft seit den 90er-Jahren auch direkt ab Hof in 2,5- bis 50-Kilogramm-Säcken Getreide, Kartoffeln, Lupinen und Saatgut. Diese Verkaufshalle wurde 2008 mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (ELER), Schwerpunkt einzelbetriebliche Investitionen, zu einem Hofladen mit breitem Verkaufssortiment erweitert. Die Gesamtinvestitionssumme betrug 248.472 Euro, davon wurden 93.960 Euro aus dem ELER bezuschusst.

Das Sortiment der neuen Verkaufsstelle ist in etwa mit einer Kombination aus dem Sortiment einer Zoohandlung (ohne Kleintiere) und dem eines Garten- oder Baumarkts (ohne Baustoffe) vergleichbar. Neben einer großen Vielfalt an Futtermitteln und -mischungen gibt es alles, was das Gärtner- oder Kleintierhalterherz begehrt, jedoch zu einem niedrigeren Preisniveau als in Zoohandlungen oder Baumärkten. Dementsprechend gut besucht ist der Hofladen: Die Kunden kommen aus einem Einzugsgebiet von etwa 50 Kilometern. Einzig die Gartentechnik wurde zu wenig nachgefragt und das Angebot in diesem Bereich nach einer Probephase deshalb wieder zurückgeschraubt.



Bild: ELER-BB / Michael Fahrig

2008 hat die Agrargenossenschaft ihre ursprüngliche Verkaufshalle mithilfe von ELER-Mitteln (einzelbetriebliche Investitionen) zu einem Hofladen mit breitem Verkaufssortiment erweitert.

Zusätzliche Standbeine sorgen für Sicherheit

Weitere 30 Prozent ihres Umsatzes erwirtschaftet die Genossenschaft über Dienstleistungen für Dritte, etwa in den Bereichen Landschaftspflege, Abriss- und Erdarbeiten, Sanierung, Transporte und Winterdienst. Die TSG Technik und Service GmbH, eine Tochter der Agrargenossenschaft, stellt den hierfür benötigten Maschinenpark zur Verfügung.

Die restlichen 35 Prozent des Umsatzes verteilen sich auf die Vermarktung über den Handel, die Saatgutproduktion für Getreide, Eiweißpflanzen und Gräser und auf den Betrieb einer Biogasanlage. Auf insgesamt 464 Hektar produziert das Unternehmen Saatgut, davon rund 170 Hektar Gräser.

Eine sehr gute Einnahmequelle ist die Verpachtung von 356 Hektar ehemaligen Kippenböden an einen externen Großinvestor. Dieser hat auf den Flächen der Agrargenossenschaft im September 2011 den weltweit größten Solarpark mit einer Leistung von insgesamt 150 Megawatt Peak eröffnet. Der speist seitdem Strom für rund 50.000 Haushalte in die öffentlichen Energienetze ein. „Für uns ist aber nicht nur der vergleichsweise hohe Pachtzins von Vorteil“, erklärt Hans-Joachim Kupz. „Im Rahmen eines Pflegevertrages mulchen wir außerdem die Reihen zwischen den Solarmodulen und sorgen dafür, dass sich die Humusschicht verbessert. Damit haben wir die ideale Zwischenutzung ehemaliger Tagebauflächen für eine spätere ackerbauliche Nutzung.“

Insgesamt 27 Arbeitskräfte beschäftigt die Genossenschaft. Damit ist sie ein wichtiger Arbeitgeber in der ansonsten strukturschwachen Region. „Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und haben gezielt nach Möglichkeiten gesucht, unsere Mitarbeiter durchgängig übers Jahr zu beschäftigen“, betont Hans-Joachim Kupz. „Und da wir so breit aufgestellt sind, gelingt uns dies auch erfolgreich.“



Bild: ELER-BB / Michael Fahrig

Mehr Informationen:

Agrargenossenschaft Großräschen eG
 Telefon: 03 57 53 / 51 82
 E-Mail: hj.kupz@agrargrossraeschen.de

Rosenduft und Kochlust

Bild: Rosenduft und Kochlust GmbH



Bild: Rosenduft und Kochlust GmbH

Von Sverre Steen

Auf einem stilvollen Landsitz zwischen Schlei und Ostsee bieten Nadine Kramm und Sverre Steen seit März 2011 elegante Gästezimmer, atmosphärische Menüabende und regionale Koch- und Gartenkurse an. Das aus Leader-Mitteln geförderte Projekt der zwei Existenzgründer kommt bei den Gästen gut an.

Die Gäste der Koch- und Gartenschule „Rosenduft & Kochlust“ im schleswig-holsteinischen Holzdorf genießen täglich wechselnde Menüs aus Zutaten der Region und lernen – im Hühnerhain, im Bauerngarten und in der Landhausküche –, leckeres saisonales Essen zuzubereiten. Fünf individuell gestaltete und teils barrierefreie Gästezimmer mit Blick auf die ursprüngliche Kulturlandschaft, Rosen und alten Baumbestand geben Raum zur Erholung.

Auf neuen Trend gesetzt

Nadine Kramm und Sverre Steen haben das Projekt vor dem Hintergrund des

wachsenden Interesses an Slow Food, Well Food und Bio ins Leben gerufen. Der Strukturwandel im Gastgewerbe spiegelt diesen Trend wider – weg von touristischen Massenmärkten hin zu anspruchsvolleren Zielgruppen und zu Reisen, die Sinn schaffen und Inhalte vermitteln sollen. Auch laut Dehoga Branchenstudie (2008) wird der Wunsch immer größer, sich im Urlaub aktiv zu betätigen und gesund zu ernähren. Die integrierte Koch- und Gartenschule greift diese Trends auf, indem sie das Prinzip „vom Acker auf den Teller“ erlebbar macht. Sie will veranschaulichen, wie gesunder Genuss im Alltag umgesetzt werden kann.

Am Anfang stand der Businessplan

Zu Beginn der Planungsphase war die Erarbeitung des Unternehmenskonzeptes beziehungsweise des Businessplans für die zukünftigen Betreiber sehr hilfreich. Dabei stellten sie sich zum Beispiel folgende Fragen:

- Sind wir persönlich und fachlich dafür geeignet? Wo liegen unsere Stärken, wo unsere Schwächen?
- Was genau wollen wir anbieten und wie? Brauchen wir Mitarbeiter? Wie viele?
- Welche Räumlichkeiten und wie viel Land brauchen wir, um das alles zu machen? Was müssen wir anschaffen, wie viel investieren?
- Welche Genehmigungen müssen wir ein-

holen (Bauamt, Lebensmittelaufsicht etc.)?

- Wie sieht der Markt aus? Füllen wir eine Lücke? Wer sind unsere Kunden und was wünschen sie sich? Wie viel sind sie bereit, dafür zu bezahlen?
- Rentiert sich das Ganze? Wie können wir es finanzieren?
- Und, ganz wichtig: Wo wollen wir das Ganze ansiedeln? Passt es in die Region? Ergänzt es sich mit anderen Projekten? Gibt es Kooperationspartner? Ist die Gemeinde mit dem Projekt einverstanden? Was sind die mittelfristigen Ziele für die Entwicklung der Region? Kann unser Projekt dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen und dabei helfen, Wirtschaftskraft aufzubauen?

Die Antworten auf diese Fragen halfen, die Projektidee zu konkretisieren und eine Region zu finden, in der sie Rosenduft & Kochlust ansiedeln wollten. Es folgte die Suche nach der passenden Immobilie. Diese fand sich sehr schnell im etwa 40 Kilometer nördlich von Kiel gelegenen Holzdorf. Gleich darauf knüpften Nadine Kramm und Sverre Steen die ersten Kontakte zur LAG Aktivregion Schlei-Ostsee, welche von der Idee einer Koch- und Gartenschule von Anfang an begeistert war. Einige Präsentationen und Gutachten später stand fest, dass die beantragten Fördermittel bewilligt würden und die praktische Arbeit beginnen konnte.

Bild: Rosenduft und Kochlust GmbH



Hand in Hand mit Experten

Zu Beginn standen zunächst eine Reihe von baulichen Maßnahmen an Gebäude und Außenanlagen, die sich über knapp vier Monate hinzogen. Der sehr eng gesetzte Zeitrahmen funktionierte, weil die zwei Existenzgründer Hand in Hand mit vielen Helfern arbeiteten: einem Architekten, einem beratenden Ingenieur, Handwerksbetrieben, Vergleichsbetrieben, einem Steuerberater, einer Marketing-Beratung (kofinanziert durch den Gründercoaching-Zuschuss von der KfV-Bankengruppe) sowie einer Einrichtungsberatung. Für die Umsetzung des Projektes und die erforderlichen baulichen Maßnahmen gab es Leader-Mittel in Höhe von 88.990 Euro. Die Gesamtinvestitionskosten betragen 267.000 Euro.

Die schlimmste Hürde, die es zu Beginn zu überwinden galt, betraf den Energiestandard des Gebäudes. Er musste um ein Vielfaches verbessert werden, um die Förderkriterien zu erfüllen. Dies war nicht nur teuer, sondern kostete auch wertvolle Zeit. Die vielleicht wichtigste Lektion für die beiden Gründer: So viel Expertenrat wie möglich einholen – und zwar möglichst persönlich –, das spart langfristig Geld und verhindert Probleme.

Breites Angebot

Das Konzept von Rosenduft & Kochlust basiert heute auf drei Standbeinen: Neben den hochwertigen Gästezimmern gibt es das ganze Jahr über vielfältige Kurse und ein exklusives Speisenangebot für die Hausgäste. So öffnet zum Beispiel das Restaurant jede Woche zum „Friday's Dinner“ mit wöchentlich wechselnder Menükarte. Kräuter, Obst und Gemüse sowie Getreide, Mehl und Milchprodukte kommen von kleinen Betrieben aus der Region. Größtenteils biologisch wirtschaftende Landwirte liefern Rind- und Schweinefleisch, Lamm und Geflügel. Im Herbst und Winter kommt regionales Wild auf die Speisekarte. Auch der Fisch stammt aus der Region, also aus Schlei, Noor und Ostsee.

Nadine Kramm bietet bis zu zehn halb- bis eintägige Kochkurse pro Monat an, die sich thematisch auch an der Saison orientieren, etwa „Vorspeisen, Suppen & Salate im Herbst“ oder „Festliche Weih-

nachtsküche“. Neben der Zubereitung der Speisen lernen die Teilnehmer in Gartenkursen aber auch, wie man die Zutaten dafür anbaut.

Das Team ergänzt sich gut

Sverre Steen und Nadine Kramm leiten das Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH, beiden kommen ihre Ausbildung sowie ihre beruflichen Erfahrungen in ihrem Projekt sehr zugute. Nadine Kramm blickt zum einen auf eine wissenschaftliche Laufbahn mit Lehrtätigkeit in den Bereichen ländliche Entwicklung und Biodiversität zurück. Außerdem ist sie Absolventin der renommierten Ballymaloe-Kochschule in Irland und hat Kocherfahrung in Vier- und Fünf-Sterne-Betrieben. Sverre Steen absolvierte eine fünfjährige Business-Ausbildung mit Spezialisierung auf Marketing. Lange Zeit arbeitete er im norwegischen Familienbetrieb und hat hier viele Erfahrungen in Kauf und Verkauf sowie in der Kundenbetreuung gesammelt.

Mit der Koch- und Gartenschule haben sie zwei zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, die beiden Mitarbeiterinnen stammen aus der Region.

Das Konzept geht auf

Berufliche Selbstständigkeit birgt Risiken. An erster Stelle steht immer die Angst, dass das Konzept trotz eingehender Marktstudien von den Konsumenten nicht wahr- oder angenommen wird. Im ersten halben Jahr nach der Eröffnung bestätigten sich aber glücklicherweise die Annahmen der beiden Gründer: Rosenduft & Kochlust erfreut sich großer Beliebtheit, nicht zuletzt dank der aktiven Pressearbeit, die sie betreiben. Kochkurse, Übernachtungen und das Restaurant funktionieren gut, die Teilnehmer- und Gästezahlen steigen. Und es zeigt sich immer wieder: Die Gäste wissen Besonderheit, schönes Design, persönlichen Kontakt und gute Qualität zu schätzen. Auch ein wachsender Stamm von regelmäßigen Gästen bestätigt dies.

Für die nächsten Jahre möchten sich Nadine Kramm und Sverre Steen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und das perfektionieren, was sie anbieten. Erst dann ist es vielleicht an der Zeit, über Veränderungen oder Vergrößerungen nachzudenken.



Bild: Rosenduft und Kochlust GmbH

Bild: Rosenduft und Kochlust GmbH

Mehr Informationen:

Rosenduft und Kochlust GmbH
 Telefon: 04 3 52 / 91 20 03
 E-Mail: info@rosenduftundkochlust.de
 www.rosenduftundkochlust.de

Den Kelten auf der Spur

Von Judith Schappert



Bild: Donnersberg-Touristik-Verband e.V.

Der Donnersberg, mit 687 Metern der höchste Berg der Pfalz, ragt markant über die Region hinaus. Auf ihm befindet sich ein bedeutendes, sehr gut erhaltenes archäologisches Kulturdenkmal: die größte spätkeltische Siedlungsanlage Deutschlands. Mit Leader-Mitteln wird dieser Schatz für die Region touristisch nutzbar gemacht.

Schon vor 2000 Jahren war der Donnersberg nicht nur in topografischer Hinsicht eine imposante Erscheinung: Eine großflächige Stadtanlage auf seinem lang gestreckten Bergrücken war ab etwa 130 v. Chr. bis in die Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr. der Hauptort für das flachere Land der nordöstlichen Vorderpfalz und das Alzey-Wormser Umland im Norden.

Die abwechslungsreiche, von Ausläufern des Pfälzer Berglandes geprägte Landschaft um den Donnersberg ist auch heute noch vornehmlich von dörflichen Ansiedlungen geprägt. Lichte Laubwälder wechseln sich ab mit offenen Acker- und Wiesenflächen. Die Kelten lebten hier in Einzelgehöften, aber auch in größeren Dorfansiedlungen.

Eine baum beachtete Besonderheit

Das spätkeltische Oppidum (lateinisch für „kleinere Stadt“) auf dem Donnersberg gehört mit einer Innenfläche von insgesamt 240 Hektar und einer umlaufenden Ringmauer von 8,5 Kilometern Länge zu den

größten Anlagen dieser Art in Deutschland. Die außergewöhnlich gut erhaltenen Ringwälle und Eingangstore sowie einige bauliche Besonderheiten im Innenraum wie die Viereckschanze und der sogenannte „Schlackenwall“ tragen zu seiner Bedeutung als überregional bedeutendes archäologisches Kulturdenkmal bei. Highlights aus den Grabungen und Lesefunden sind unter anderem ein maskenverzierter Achsnagel und ein figürlich verzierter keltischer Trinkhornendbeschlag. Aufgrund der mangelnden wissenschaftlichen Erschließung der keltischen Überreste beziehungsweise der fehlenden Veröffentlichungen von Ergebnissen bisheriger Untersuchungen der Archäologie erhielt der Donnersberg bisher jedoch nicht die notwendige überregionale Beachtung.

Touristisches Gesamtkonzept entwickelt

Anfang der 1980er-Jahre wurde an originaler Stelle ein Modell der Umfassungsmauer im Maßstab 1:1 geschaffen und ergänzend

dazu ein Lehrpfad angelegt. Es gab jedoch lange kein touristisches Gesamtkonzept zum Thema „Kelten“. Dieses entwickelten schließlich zwischen 1999 und 2000 viele regionale Akteure gemeinsam in einem touristischen Leitbildprozess, der mit Leader-Mitteln gefördert wurde. Projektträger war der Donnersberg-Touristik-Verband e.V. (DTV). In Frau Dr. Andrea Zeeb-Lanz, der zuständigen Ansprechpartnerin der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesarchäologie, fand der Donnersbergkreis außerdem eine engagierte und fachlich fundierte Mitstreiterin.

Wie die Kelten lebten

Teile dieses touristischen Gesamtkonzeptes waren ein Keltendorf und ein Keltengarten, die 2004 und 2005 in Steinbach, circa vier Kilometer vom Donnersberg entfernt, mit Fördermitteln der EU und des Landes Rheinland-Pfalz errichtet wurden. Beim Keltendorf handelt es sich um das idealisierte Modell einer keltischen



Bild: Donnersberg-Touristik-Verband e.V.



Bild: Donnersberg-Touristik-Verband e.V.



Bild: Donnersberg-Touristik-Verband e.V.

Siedlung aus der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts v. Chr. Durch die Präsentation keltischer Handwerkstechniken und durch Angebote zum Mitmachen wie Pfeilbau, Bogenschießen oder Wollverarbeitung wird hier versucht, die keltische Lebensweise erlebbar zu machen. Die sechs Gebäude vermitteln einen guten Eindruck von den Handwerkstechniken, die die Kelten zum Hausbau einsetzten. Zu sehen sind Holzpfosten- und Fachwerkkonstruktionen, die mit entsprechenden Zapfungen in traditioneller Holzbautechnik gefertigt worden sind. Für die Dacheindeckungen wurden Holzschindeln verwendet. Die Fassaden sind mit Lehm verputzt. Hier sind zwischen 40 und 50 Gästeführer und weitere Mitarbeiter im Einsatz. Der Betrieb und die Unterhaltung des Keltendorfes finanzieren sich aus den Eintrittsgeldern sowie aus Teilnehmerbeiträgen für Aktionstage.

Der Naturschutzbund (NABU) entwickelte zusammen mit der Kreisverwaltung Donnersbergkreis und dem Donnersberg-Touristik-Verband den Keltengarten in Steinbach. Betreut durch den NABU stellt der Keltengarten die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Landwirtschaft zur Zeit der Kelten dar und greift Elemente der keltischen Formensprache auf.

Ergänzt werden diese beiden touristischen Einrichtungen mit regelmäßigen Veranstaltungen und Aktionen sowie Fachvorträgen.

Archäologie zum Anfassen

Für die Förderphase 2007 bis 2013 wurde der Donnersbergkreis als Leader-Region „LAG Donnersberger und Lautrer Land“ anerkannt. Da das Thema „Kelten“ ein wichtiger touristischer Baustein in der gesamten Region ist, passte auch die Projektidee zu einem „Keltischen Erlebnis- und Informationszentrum auf dem Donnersberg“ in das Regionale Entwicklungskonzept. Dieses verfolgt das Ziel des touristischen

Gesamtkonzeptes: Der keltische Donnersberg soll weiter erforscht werden, auch um ihn touristisch noch stärker aufwerten zu können. Im Frühjahr 2010 wurde dieses Projekt bewilligt. Nun gilt es, die archäologischen Einzelobjekte zu pflegen, die obertägigen Denkmäler instand zu setzen, die Erforschung des keltischen Oppidums voranzutreiben und mit Teilrekonstruktionen zu beginnen. Außerdem sollten die keltischen Funde besucherfreundlich präsentiert, die touristischen Hinweisschilder erneuert und die Infrastruktur verbessert werden. Um das Thema einem breiten Publikum zugänglich zu machen, setzen die Projektentwickler auf das Edutainment-Prinzip bei der Präsentation der keltischen Geschichte und auf experimentelle Archäologie und Museumspädagogik.

Frühzeitiger Start und fähige Mitstreiter

Da schon im August 2009 der vorzeitige Maßnahmenbeginn erteilt wurde, konnte bereits im Herbst 2009 mit neuen Ausgrabungen in einem ersten Wallabschnitt begonnen werden. Schon während der Ausgrabung hatten interessierte Gäste die Möglichkeit, mehr über das Projekt und die Kelten zu erfahren.

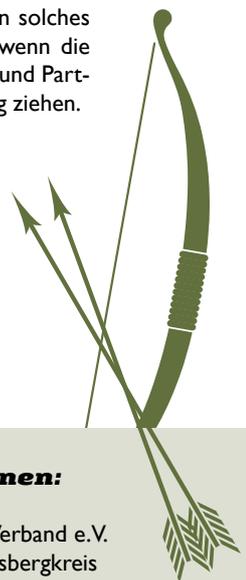
Grundsätzlich wird bei der Schaffung des „Erlebniszentrums keltischer Donnersberg“ auf die bestehende Infrastruktur zurückgegriffen, um unnötige Kosten, Baumaßnahmen und eine unnötige Beeinträchtigung des naturnahen Landschaftsbildes zu vermeiden. Die Gesamtausgaben des Projektes belaufen sich auf rund 360.500 Euro und werden mit 166.600 Euro über den ELER gefördert. Begleitet wird das Projekt auch durch die örtliche Presse; die öffentlichen Besichtigungstermine werden sehr gut angenommen.

Projekträger ist die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden. Sie kooperiert mit

dem Landkreis Donnersbergkreis, dem DTV sowie der Außenstelle der Direktion Landesarchäologie in Speyer. Ein weiterer wichtiger Partner ist die Landesforstverwaltung, da die Ausgrabungen im Staatsforst stattfanden und auch der Keltenweg hier hindurchführt. Die Zusammenarbeit verläuft sehr gut.

Die Arbeit geht weiter

Das Leader-Projekt „Keltisches Erlebnis- und Informationszentrum auf dem Donnersberg“ wird voraussichtlich im Sommer 2012 abgeschlossen sein. Natürlich ist damit die Arbeit am Gesamtprojekt nicht abgeschlossen: Dann geht es an die weitere Vermarktung und Vernetzung, die Ausbildung von Gästeführern sowie die Erarbeitung von weiteren Erlebnisbausteinen. Eine weitere Projektidee ist die Anlegung eines keltischen Skulpturenweges mit verschiedenen Künstlern, um eine attraktive Wanderwegeverbindung von Steinbach zum Donnersberg zu schaffen. Ein solches Projekt ist aber nur umsetzbar, wenn die verschiedenen Projektbeteiligten und Partner weiterhin gut an einem Strang ziehen.



Mehr Informationen:

Judith Schappert
Donnersberg-Touristik-Verband e.V.
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Telefon: 06 3 52 / 17 12
E-Mail: jschappert@donnersberg.de

Der Weg zur optimalen Flottenstruktur

Von Matthias Gather und Anne Grothmaak

Der öffentliche Nahverkehr wird in vielen ländlichen Regionen zunehmend unrentabel, denn die Fahrgastzahlen sinken kontinuierlich. Im Rahmen eines Forschungsprojekts der Fachhochschule Erfurt wurde ein Planungstool entwickelt, mit dem kleine und mittlere Verkehrsunternehmen ihre Flottenstruktur dennoch rentabel gestalten können.

Bereits seit einigen Jahren werden angesichts des demografischen Wandels und neuer politischer Rahmenbedingungen Veränderungen in der Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) diskutiert. Die gravierende Änderung der Altersstruktur und inzwischen spürbar rückläufige Schülerzahlen erschweren es, ein gutes öffentliches Verkehrsangebot in ländlichen Regionen aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt, dass den Unternehmen tendenziell weniger Einnahmen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stehen.

Forschungsprojekt sucht Lösung

Immer wieder steht daher die Frage im Raum, ob es ökonomisch sinnvoll ist, außerhalb des Schülerverkehrs große Fahrzeuge einzusetzen, die mancherorts nahezu leer unterwegs sind. Ist der Einsatz kleinerer Busse nicht kostengünstiger und umweltfreundlicher? Sind unkonventionelle

Fahrzeuge wie der Buszug (Bus mit Anhänger) eine Alternative, um flexibel und damit kostenoptimierend auf Verkehrsspitzen reagieren zu können?

Das Forschungsvorhaben „Flexible Flottenstrukturen im regionalen Straßenpersonenverkehr“ (FloReSt) (2008-2011) der FH Erfurt hatte zum Ziel, in Kooperation mit fünf mittelständischen Thüringer Verkehrsunternehmen und dem Verband Mitteldeutscher Omnibusunternehmer e. V. eine Planungshilfe für kleine und mittlere Verkehrsunternehmen zur Gestaltung ihrer Flottenstruktur in ländlichen Räumen zu entwickeln.

Komplexes Kostengefüge

Zu diesem Zweck analysierten die Wissenschaftler zum einen die Kostenstruktur der beteiligten Verkehrsunternehmen. Anhand der Kosten- und Aufwandsabschätzung wurde aufbauend auf der Potenzialabschätzung zunächst der Aufwand für Fahrzeuge, Fahrpersonal und Fahrleistung ermittelt. Die

Kosten wurden klassisch in variable und fixe Kosten eingeteilt. Eine eindeutige Zuordnung der Kosten auf den Linienverkehr ist unter anderem aufgrund der Mischnutzung von Betriebshöfen und den vielfältigen Tätigkeiten des Verwaltungspersonals schwierig. Deshalb wurden die variablen Kosten in laufleistungs- und fahrzeuganzahlabhängige Kosten eingeteilt. Neben den Unternehmensdaten liegen den Berechnungen auch Angaben aus der VDV-Schrift 881 „Verfahren zur Ermittlung von Personal-Kennzahlen für die Instandhaltung und Bereitstellung von Linienbussen“ (2006) zugrunde. Um den Aufwand und damit die Kosten für ein bestimmtes Betriebszenario abschätzen zu können, wurden darüber hinaus durchschnittliche Leistungsgrößen ermittelt.

Die Fahrzeugkategorien Standardlinienbus, Midibus, Kleinbus und Busanhänger wurden aus der Fahrzeuglänge abgeleitet. Jeder Fahrzeugtyp verursacht je nach Betrachtungsweise spezifische Kostenfunktionen (Abbildung 1). Es wird unterstellt, dass das Fahrgastaufkommen in der Spitzenstunde

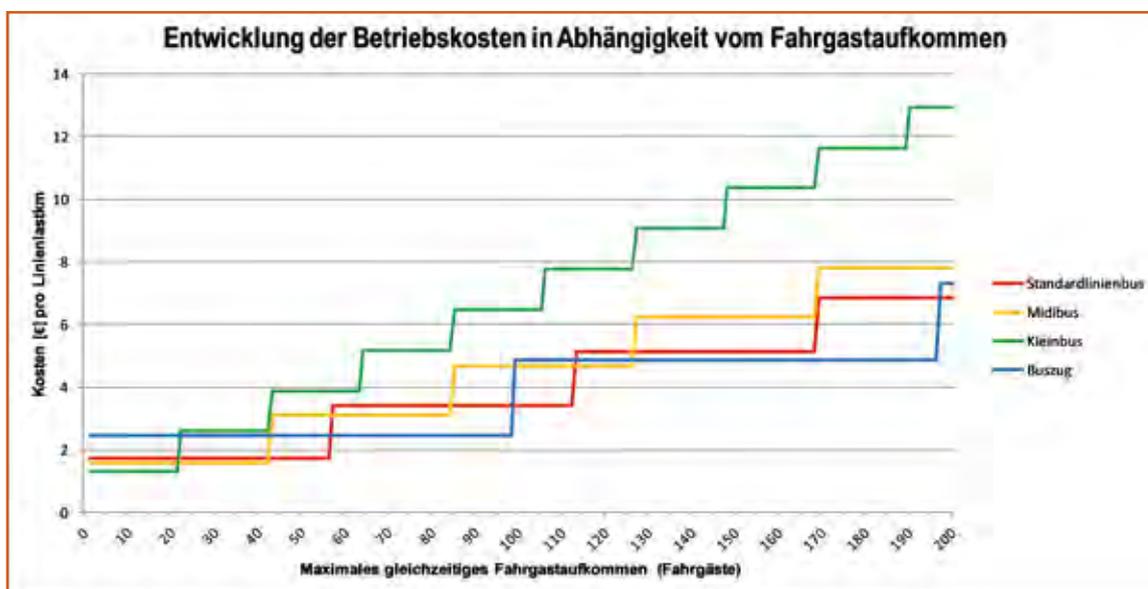


Abb. 1: Betriebskostenentwicklung abhängig vom Fahrgastaufkommen (eigene Berechnung auf Basis der Daten der Partnerunternehmen, Stand 2009)

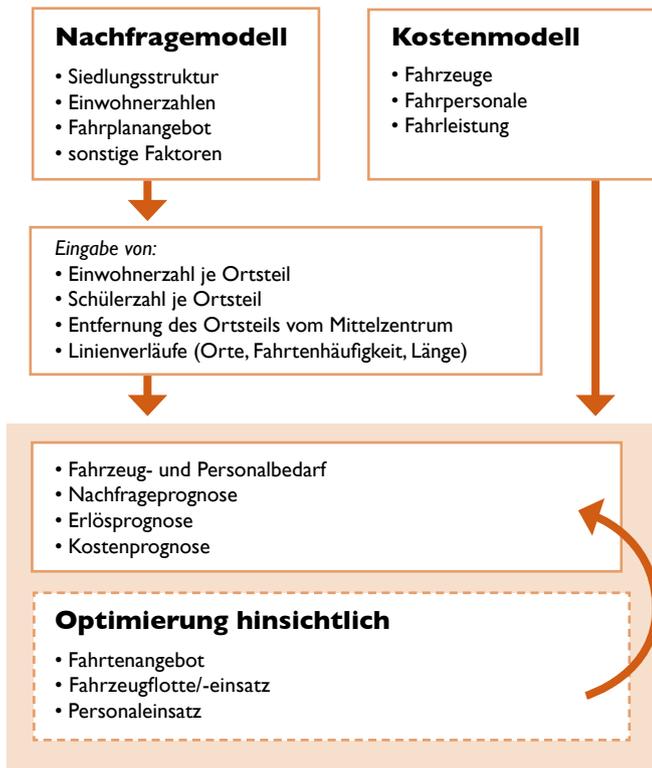


Abb. 2: Schematische Darstellung des FloReSt-Berechnungstools

betrieblichen und strukturellen Rahmenbedingungen jeweils individuell einbezogen werden. Im Ergebnis entstand daher ein Handwerkszeug, mit dessen Hilfe Verkehrsunternehmen die jeweiligen Berechnungen für ihr Gebiet selbst anstellen können. Ein schematischer Ablauf der Vorgehensweise innerhalb des Modells findet sich in Abbildung 2.

Das FloReSt-Berechnungstool ermöglicht es dem Anwender, nach Eingabe seiner siedlungsstrukturellen Spezifika (Einwohner, Linienverläufe, Verkehrsangebot) linienbezogen das Fahrgastpotenzial zu schätzen. Für die Aufwands- und Kostenabschätzung sind die im Projekt ermittelten Kostensätze und Leistungsgrößen bereits hinterlegt. Der Nutzer kann diese bei Bedarf an seine Unternehmensdaten anpassen, muss aber für diesen Teil nichts eingeben. Aufbauend auf dem Fahrgastpotenzial in der Spitzenstunde berechnet das Modell die benötigte Fahrzeuganzahl in Standardlinienbussen. Dabei können unterschiedliche Fuhrparkvarianten durchgespielt und deren Gesamtkosten verglichen werden.

mehr oder weniger gleichzeitig anfällt. Überschreitet das Fahrgastaufkommen eine bestimmte Schwelle (Kapazität des jeweiligen Fahrzeugs), muss ein zusätzliches Fahrzeug eingesetzt werden. Dementsprechend entstehen sprungfixe Kosten, wobei es für jeden Fahrzeugtyp einen vom Fahrgastaufkommen abhängigen optimalen Einsatzbereich gibt.

Einfluss der Raumstruktur

Mit einer Raumstrukturanalyse galt es, die strukturellen Besonderheiten der Bedienegebiete – wie etwa Siedlungsstruktur, Pendlerverflechtungen, Tourismus – einzubeziehen. Ziel dieser Analyse war die Abschätzung von Fahrgastpotenzialen außerhalb des Schülerverkehrs. Sie wurde mit Hilfe von Korrelations- und Regressionsanalysen durchgeführt. Untersucht wurden als mögliche relevante Faktoren der Verkehrsnachfrage die Einwohnerzahlen je Ortsteil, Pendlerdaten, das Fahrplanangebot im straßen- sowie schienengebundenen ÖPNV, die touristische Bedeutung sowie die Entfernung vom Mittelzentrum. Im Ergebnis bestätigten sich besonders die Einwohnerzahlen und das Fahrtenangebot als statistisch gesicherte Einflussgrößen auf die ÖPNV-Nachfrage im Untersuchungsgebiet.

Die Resultate der Raumstruktur- und der Kostenanalysen fanden Eingang in ein Excel-Berechnungstool, das aus einer Fahrgastpotenzial- und Erlösabschätzung sowie einer Kosten- und Aufwandsabschätzung besteht.

Der Buszug als mögliche Alternative

Wie kann nun ein Verkehrsunternehmen flexibel und kostengünstig auf sinkendes Fahrgastaufkommen reagieren? Eine oft geäußerte Forderung lautet, für Schwachverkehrszeiten Kleinbusse einzusetzen. Da ein Einsatz dieser Fahrzeuge aufgrund ihrer geringen Kapazität in der Spitzenstunde nur in den wenigsten Fällen wirtschaftlich ist, muss der Kleinbus in der Regel zusätzlich zum Standardlinienbus angeschafft werden. Das bedeutet zum einen, dass das Fahrgastaufkommen in der Nebenverkehrszeit „ausreichend gering“ sein muss, der Kleinbus aber auch eine bestimmte Mindestfahrleistung erbringen muss, um rentabel zu sein.

Prinzipiell können dem Buszug – allein schon durch die Einsparung zusätzlichen Fahrpersonals, – geringere Kosten unterstellt werden, denn hier wird in Spitzenzeiten einfach ein zusätzlicher Anhänger angekoppelt. Abhängig von der Auslastung des zu ersetzenden zweiten Standardlinienbusses außerhalb der Verkehrsspitzenzeiten sowie der Jahreslaufleistung des Anhängers ist allerdings genau zu prüfen, ob die Anschaffung wirklich wirtschaftlich ist.

Rechentool als Planungshilfe

Im Projektverlauf wurde deutlich, dass es keine allgemeingültige Lösung einer optimalen Flottenstruktur geben kann. Vielmehr müssen die

Buszug als flexible Fahrzeuglösung



Rechentool und Handbuch im Internet

Der vollständige Abschlussbericht, das Berechnungstool sowie ein dazugehöriges Handbuch können unter www.verkehr-und-raum.de → Projekte → Thematische Gliederung → Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge → FloReSt) sowie unter www.omnibusverband.de → ÖPNV und Linienbus → Studie FLOREST heruntergeladen werden.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Matthias Gather
 Anne Grothmaak
 Fachhochschule Erfurt
 Fachgebiet Verkehrspolitik und Raumplanung
 Telefon 03 61 / 67 00 - 6 54, - 7 58
 E-Mail: matthias.gather@fh-erfurt.de
www.fh-erfurt.de/vt/gather

Motivation entsteht durch die Realisierung eigener Bedürfnisse

Von Horst Luley und Wolfgang Fänderl

Integrierte ländliche Entwicklung lebt von der Beteiligung regionaler Akteure. Welche Probleme dabei auftreten und wie Beteiligungsprozesse gelingen können, war Thema des Workshops „Zielgruppenorientierte Bürgerbeteiligung“ am 6. und 7. September 2011 in Gotha. Dabei haben sich die Praxiserfahrungen der Teilnehmer sinnvoll mit Ergebnissen aus der Forschung ergänzt.

Je stärker es gelingt, verschiedene Personen und Gruppen aus der Bevölkerung zu aktivieren, desto größer sind die Erfolgchancen in den verschiedenen Phasen eines regionalen Entwicklungsprozesses – sei es zu Beginn bei der Suche nach besonderen regionalen Potenzialen, der gemeinsamen Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzepts oder dem anschließenden Entwickeln neuer Projektideen. Auch die Wirkung umgesetzter Projekte wird durch die zielgerichtete Einbeziehung geeigneter Akteure entscheidend vergrößert.

Das Stimulieren und Organisieren solcher Beteiligungsprozesse über die gesamte Programmperiode hinweg wird vor allem von den Regionalmanagements erwartet. Diese sehen sich hierbei aber oft mit Problemen konfrontiert. So können sich zum Beispiel Projektträger nach der Bewilligung für die restliche Förderperiode unmotiviert zurückziehen, oder es bleibt unklar, wie neue und größere Bevölkerungsgruppen praktisch miteinbezogen werden können.

Praxis trifft auf Forschung

Die Frage ist also, wie man den typischen Problemen eines Beteiligungsprozesses begegnen kann. Zum Thema Beteiligung liegen eine Reihe von Veröffentlichungen vor; es gibt Lehrbücher zu partizipatorischen Methoden und Anleitungen zur Moderation in mittleren und großen Gruppen, Material zum Engagement von Ehrenamtlichen und vieles mehr (siehe Kasten). In dem Workshop in Gotha, der von der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume in Auftrag gegeben und von den Autoren umgesetzt wurde, trafen diese Erkenntnisse aus der Forschung auf die Erfahrungen der Workshopteilnehmer. Die intensive Arbeit an Fallbeispielen hat neue Perspektiven auf das Thema eröffnet. In diesem fruchtbaren Prozess erarbeiteten Teilnehmer und Organisatoren fünf Erfolgsfaktoren für die Organisation von Beteiligungsprozessen.

Von positiven Erfahrungen lernen

Es gibt im Kreis der Regionalmanager eine Fülle von positiven Erfahrungen zu gelungener Beteiligung. Diese gilt es gemeinsam herauszuarbeiten und daran anzusetzen. Dies unterbleibt in der Praxis jedoch häufig. Viel Kraft wird in die Anfangsphase des Aktivierens gelegt, während weitere Phasen wie Realisierung und Integration kaum betrachtet werden. Es lohnt sich jedoch, die Hinweise aus erfolgreich verlaufenden Beteiligungsprozessen aufzunehmen. Dazu gehört es unter anderem, bei potenziellen Mitgestaltern entsprechend nachzufragen, Identifikation zu stiften, „Türöffner“ und „Zugpferde“ zu begeistern, die Arbeiten aufzuteilen und Mitstreiter zu würdigen.

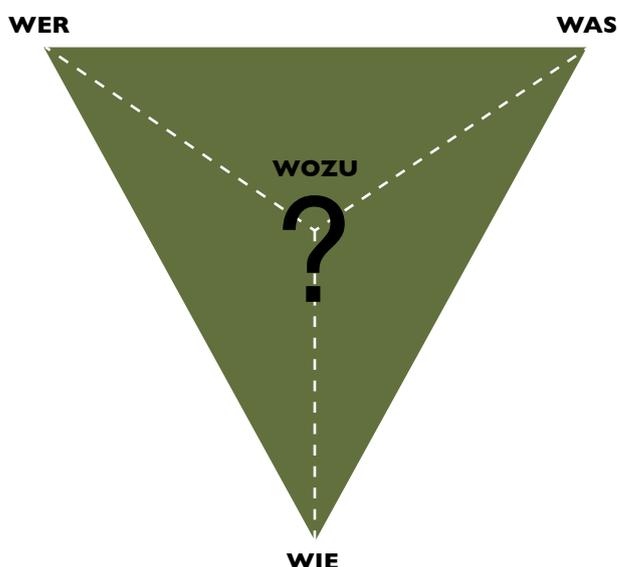
Fragen und Zuhören lernen

Einen einfachen und stabilen Kompass für Beteiligungsprozesse bietet das „Vernetzungstetraeder“ (siehe Abbildung 1). Damit ist es möglich, gemeinsame Ziele während der Arbeit wiederholt zu prüfen. Es ist dabei immer wieder zu beantworten, wer an was wie beteiligt werden kann und möchte. Entscheidend ist auch das Wozu, die Frage nach dem tieferen Sinn der Beteiligung. Die Antworten können nur die nach ihrer Beteiligung gefragten Menschen und ihre Institutionen geben, der Regionalmanager wird hingegen nur die entsprechenden Fragen stellen. Erst wenn sich dieser in die Menschen hineinversetzen kann, sie zu Wort kommen und ihre eigenen Beweggründe erläutern, wird die Motivation deutlich, bei der Beteiligung ansetzen kann. Menschen folgen selten äußerer Zweckmäßigkeit, sie haben vielmehr eigene Motive, die sie antreiben und auf die gebaut werden kann: Es kann der Wunsch nach Anerkennung sein, das Bedürfnis, Wissen weiterzugeben oder einen Missstand zu beheben.

Mitstreiter ergänzen einander

Beteiligungsprozesse können systematisch aufgebaut werden. Sie sind vorstellbar als Kreise von Personen, die gezielt erweitert werden. Dabei sollte der Initiator zum Beispiel nicht – wie es häufig geschieht – einfach Mitstreiter suchen, die ihm ähnlich sind. Vielmehr sollten es Partner sein, die seine Qualifikation ergänzen und inhaltlich die Breite des Beteiligungsthemas abdecken. Den Anfang macht ein Initiativkreis, in dem die Schlüsselpersonen unterschiedlicher Interessengruppen zusammenkommen, die den Prozess anschieben wollen. Diese suchen dann nach Personen, die den Prozess operativ umsetzen können, den sogenannten Projektkreis. Dort werden konkrete Schritte über den gesamten Pro-

Abb. 1: Einen einfachen und stabilen Kompass für Beteiligungsprozesse bietet das „Vernetzungstetraeder“



jektzeitraum geplant und umgesetzt. Auf einer ersten Großveranstaltung mit einem erweiterten Kreis an Interessenten werden Informationen weitergegeben, Kontakte geknüpft, Lösungen erarbeitet und Aktionskreise entwickelt. Um Nachhaltigkeit zu erwirken, werden auch entsprechende Auswertungstreffen auf den verschiedenen Beteiligungsebenen empfohlen.

Komplexität bewusst gestalten

Der Aufbau von Beteiligungsprozessen und sich erweiternder Kreise von Personen ist ein komplexer Vorgang. Komplexität kann nur bewältigt werden, indem die Beteiligten mit hoher Selbstverantwortung mitgestalten können. Deshalb braucht die Einbindung weiterer Personen und Organisationen sowie die Erweiterung von Beteiligungsoptionen immer wieder die Bündelung wesentlicher Inhalte und Aktionen. Dieses zyklische Öffnen und Bündeln der Komplexität heißt aber nicht nur reden, sondern vor allem erfolgreich handeln. Für die Mitwirkenden sollte schon frühzeitig ein Stück von dem umgesetzt und damit spürbar werden, was man erreichen will. Der Aufbau einer Spielstraße beginnt folgerichtig mit Spielen, die Veranstaltung zum Mehrgenerationen-Projekt ist ein Treffen mehrerer Generationen.

Regionalmanager weiterbilden

Wollen Regionalmanager nun systematisch Beteiligungsprozesse anregen und orga-

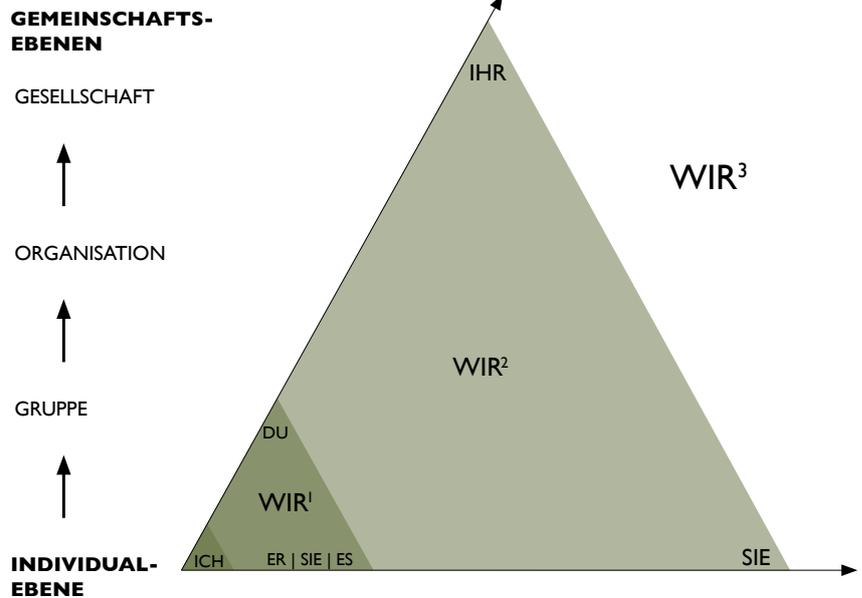


Abb. 2: Regionalmanager brauchen ein Grundverständnis von Beteiligungsprozessen, die von der Individualebene über die Gruppen- bis zur Organisationsebene gedacht werden.

nisieren, Beteiligungskreise stufenweise erweitern und Komplexität bewältigen, benötigen sie eine Reihe von Kompetenzen. Sie brauchen ein Grundverständnis von Beteiligungsprozessen, die von der Individualebene über die Gruppen- bis zur Organisationsebene gedacht werden (siehe Abbildung 2). Sie benötigen zudem ein Repertoire an Methoden und Fertigkeiten, um diese Schritte gestalten zu können, sodass allen Beteiligten direkt wie indirekt Wertschätzung entgegengebracht wird. Und sie sollten sich durch eine große Klarheit bezüglich der eigenen Rolle als „externe“

Begleiter auszeichnen, die dafür sorgt, dass Beteiligungsprozesse im oben skizzierten Sinne vorangebracht werden. Motivation, Beteiligungsinteressen und die Intensität der Partizipation liegen bei den regionalen Akteuren.

Je nach Hintergrund, Ausbildung und Erfahrung ist es für Regionalmanager wichtig, sich weiterzuentwickeln, kollegial zu unterstützen und ergänzende Ressourcen einbinden zu können. Beteiligung ist in der regionalen Arbeit nicht nur Möglichkeit, sondern Notwendigkeit.



Zum Weiterlesen

Nützliche Hinweise und kostenlose Downloads zu Grundlagen und Methodik bei Beteiligungsprozessen und freiwilligem Engagement finden Sie auf der Internetseite www.netzwerk-gemeinsinn.net

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Horst Luley
Hochschule für nachhaltige
Entwicklung Eberswalde
Fachgebiet Soziale Prozesse und
Regionalentwicklung
Telefon: 03 3 34 / 65 73 24
E-Mail: horst.luley@hnee.de
www.hnee.de/run

Wolfgang Fänderl
Vernetzungsberatung
Telefon: 089 / 95 42 29 11
E-Mail: wolfgang@faenderl.net
www.vernetzungsberatung.de

Regionen entwickeln, Natur schützen

Von Liselotte Unsel

Was hat die seltene Schmetterlingsart „Berghexe“ mit Regionalentwicklung zu tun? Beide können voneinander profitieren, wenn die Akteure aus Naturschutz und Regionalentwicklung zueinanderfinden. Wie eine solche Kooperation erfolgreich zustande kommt, hat der Deutsche Verband für Landschaftspflege untersucht.



Bild: LPV Neumarkt/Oberpfalz, Bayern

Gute Öffentlichkeitsarbeit gewinnt Bewohner und Gäste einer Region gleichermaßen – hier Dreharbeiten über den Erhalt der Silberdistel auf Kalkmagerrasen.

Die Entwicklung ländlicher Regionen verfolgt seit den 1990er-Jahren einen integrierten Ansatz: Sie setzt branchen- und sektorenübergreifend an, und viele Engagierte und Interessierte der Region können mitarbeiten und mitgestalten. Dahinter steht die langjährige Erfahrung der Landschaftspflege- und anderer Naturschutzverbände, dass Projekte und Vorhaben, die auf den Stärken der Region aufbauen und diese nachhaltig weiterentwickeln sollen, nicht im Alleingang, sondern nur gemeinsam von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern gelöst werden können.

Naturschutzziele wirken weiter

Landwirtschaft und Naturschutz, Tourismus und Landschaft, Ökologie und Soziales: Re-

gionen können von der Zusammenarbeit dieser Bereiche profitieren. Naturschutz birgt ein breites Potenzial für die Regionalentwicklung. Die logische Konsequenz daraus ist seine Integration in regionale Entwicklungsprozesse und umgekehrt. Hierfür gibt es zwei grundsätzliche Ansätze: Zum einen kann der Naturschutz die „Gründungsvoraussetzung“ für das Zusammenfinden einer Region sein. Das ist etwa bei Natur- und Nationalparks, Biosphärenreservaten oder Naturschutzgroßprojekten der Fall. Viele dieser Regionen haben in den letzten Jahren begonnen, die gesamte Region in die Entwicklung einzubeziehen und ihre Ziele auf andere Bereiche, wie Tourismus oder Landwirtschaft, auszuweiten.

Zum anderen gibt es Projekte, an denen verschiedene Sektoren einer Region beteiligt sind und in denen der Naturschutz zwar

berücksichtigt wird, aber nicht primäres Entwicklungsziel ist. In solchen Projekten kommt der Natur- und Landschaftsschutz oft zu kurz, da seine Bedeutung – etwa für die Lebensqualität der Bewohner oder den sanften Tourismus – unterschätzt wird.

Schritte zur Integration

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL) hat in einem vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Forschungsprojekt (2009 bis 2011) fünf Erfolgsfaktoren identifiziert, die für eine bessere Integration von Naturschutzprojekten in die Regionalentwicklung förderlich sind:

Erfolgsfaktor 1: Chancen des Entwicklungsprozesses nutzen

Vorhaben, die im Zuge des regionalen Ent-



Bild: LPV Mittelfranken, Bayern



Bild: LPV Mittelfranken, Bayern

Seit über 10 Jahren entbuschen Bürger den Hesselberg in Mittelfranken für die Berghexe, eine seltene Schmetterlingsart.

wicklungsprozesses gefördert werden sollen, müssen in dessen Strategie eingepasst sein. Gerade in Prozessen, in denen Naturschutz nicht vorgegebener Baustein ist (etwa in ILE oder Leader), ist es unumgänglich, dass Naturschutzakteure aktiv mitarbeiten. Nur so kann erreicht werden, dass Naturschutzbelange zumindest mit einem eigenen Handlungsfeld und zugeordneten Projekten vertreten sind und der Naturschutz als übergreifende Aufgabe verankert werden kann.

Primär können Vorhaben in der Startphase in das Entwicklungskonzept eingebaut werden. Projekte, die bei dessen Erstellung noch nicht absehbar waren, können aber auch später bei geeigneten Rahmenbedingungen in der laufenden Umsetzung beantragt werden. Hier kann es sich also lohnen, „am Ball“ zu bleiben.

Erfolgsfaktor 2: Nutzen für die Region kommunizieren

Naturschutz gilt bei den Entscheidern auf kommunaler Ebene oft nur als Kostenstelle ohne wirtschaftlichen Ertrag. Hier ist es erforderlich, dass Naturschützer den Wert von Natur und Landschaft besser kommunizieren. Einige Studien der letzten Jahre haben hier gute Grundlagen geliefert (siehe Kasten). So ist das Image von Regionen maßgeblich auch vom Landschaftsbild abhängig. In engem Zusammenhang damit stehen Tourismus einerseits sowie Identifikation und Lebensqualität der Bevölkerung andererseits. Letztere sind als weiche Faktoren für die Standortqualität einer Region – und somit für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen – von Bedeutung.

Erfolgsfaktor 3: Qualifizierung der Akteure

Regionale Entwicklungsprozesse sind in ihrer Vorbereitung und Umsetzung oft recht vielschichtig. Die Spielregeln erscheinen vor allem Neueinsteigern kompliziert, kaum zu durchschauen oder zu erfüllen. Auch die Beantragung von Mitteln aus verschiedenen Fördertöpfen und die hohen bürokratischen Hürden wirken auf Naturschutzakteure abschreckend. Andererseits ist für erfahrene Regionalmanager oft nicht nachvollziehbar, warum den Akteuren etwa die Einordnung ihrer Projektanträge in

die Entwicklungsstrategie Schwierigkeiten bereitet. Hier sind der direkte Austausch und ein klares Signal der Unterstützung von Naturschutzakteuren und Regionalmanagement für beide Seiten hilfreich.

Erfolgsfaktor 4: Integration bestehender Strukturen

Regionale Entwicklung benötigt Organisations- und Arbeitsstrukturen für die Beteiligung der Bewohner. Dabei sollen vorhandenes Wissen und Strukturen genutzt werden, um einer Beteiligungsmüdigkeit der Akteure vorzubeugen. Die lokalen Akteure müssen sowohl in Fach- oder Themengruppen als auch in themenübergreifenden Gremien zusammenarbeiten. Dabei ist die Zahl möglicher Akteure in einer Region begrenzt. Auch um diese nicht zu „verschleißen“, sollten alle Seiten darauf achten, Strukturen zusammenzuführen und Belastungen zu reduzieren. Eine klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche oder gemeinsame Sitzungen von internen und regionalen Gremien kann die Beteiligten entlasten.

Erfolgsfaktor 5: Vernetzungsleistung des Projekts herausstellen

Regionale Entwicklungsprozesse leben davon, lokale und regionale Potenziale zu aktivieren. Dazu ist die intensive Vernetzung von Projekten, Akteuren, Organisationen und Einrichtungen ebenso wie von Handlungsfeldern oder Strategien erforderlich, damit Synergieeffekte sichtbar werden. Je besser also ein Projekt mit anderen Projekten oder bestehenden Initiativen vernetzbar ist, desto besser stehen seine Chancen auf eine Förderung. Hier liegt auch die Verantwortung der Naturschutzgruppen – nur so können mehr Naturschutzprojekte in der Region Spuren hinterlassen.

Überregionale Rahmenbedingungen anpassen

Doch eine gute Zusammenarbeit der Akteure kann ins Leere laufen, wenn der Rahmen nicht gut gesetzt ist. Für dessen Gestaltung sind die EU-Kommission, Bund und Bundesländer zuständig, die Auswirkungen sind aber vor allem vor Ort in den Regionen deutlich zu spüren. Folgende Faktoren würden aus der Sicht des DVL

die Integration von Naturschutzprojekten in regionale Entwicklungsprozesse unterstützen:

- Naturschutz sollte als Querschnittsaufgabe im Regionalen Entwicklungskonzept verankert werden.
- Für effektive Naturschutzprojekte im regionalen Zusammenhang sollten höhere Fördersätze gelten, zum Beispiel in Leader oder ILE.
- Naturschutzorganisationen sind als gesetzte Mitglieder der Entscheidungsgremien zu etablieren.
- Regionalmanagement muss als permanente Aufgabe in den Förderstrukturen verankert werden, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.

Leitfaden erschienen

Der kürzlich erschienene Leitfaden des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege bietet Naturschutzakteuren und Regionalmanagern einen Einstieg in das Thema, wie Naturschutz und Regionalentwicklung miteinander integriert werden können. Der Leitfaden wurde – wie auch das Projekt, als dessen Ergebnis er entstand – vom Bundesamt für Naturschutz gefördert. Er ist gegen Versandkosten zu beziehen beim:

Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL)
 Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach
 E-Mail: bestellung@lpv.de

Zum Weiterlesen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin, 2009:
 Ökologisch wirtschaften: Zukunftsperspektiven ländlicher Räume.
 Kostenloser Download unter: www.eu-natur.de
 ➔ Dokumente ➔ Ländliche Entwicklung

Mehr Informationen:

Liselotte Unseld
 Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V.
 Telefon: 09 81 / 46 53 35 45
 E-Mail: unseld@lpv.de
www.landschaftspflegeverband.de

Den Bereich Wissenstransfer und Beratung möchte die EU-Kommission mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 stärken.

Die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014

© BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Von Jan Freese

Anfang Oktober 2011 hat die EU-Kommission offiziell ihre Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2014 vorgestellt. Einen Überblick über die Neuerungen im Vergleich zur aktuellen Förderperiode gibt dieser Beitrag.

Der Agrarhaushalt ist der größte Einzelposten des EU-Haushalts und bettet sich in die im Sommer 2010 verabschiedete Gesamtstrategie Europa 2020 ein. Vorgeschlagen ist im mehrjährigen Finanzrahmen für die Gemeinsame Agrarpolitik ein Budget von 387 Milliarden Euro für 2014 bis 2020 für alle Mitgliedsstaaten, davon circa 90 Milliarden Euro für die 2. Säule, die ländliche Entwicklung. In der 1. Säule, den Betriebsprämien in Form von Direktzahlungen, sollen für Deutschland mit 5,1 Milliarden Euro pro Jahr etwa vier Prozent weniger Finanzmittel bereitstehen. Die Finanzausstattung der 2. Säule ist für Deutschland noch unklar. Die GAP wird über vier nun vorliegende Verordnungsvorschläge umgesetzt: die Direktzahlungs-Verordnung (DZ-VO), die Verordnung zur Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER-VO), die Gemeinsame

Marktordnung (GMO) und die Horizontale Verordnung mit Finanz-, Kontroll- und Cross Compliance-Vorschriften (HZ-VO).

Große EU-Förderfonds zusammengedacht

Um eine bessere Verzahnung zu erreichen, wird es ab 2014 erstmals auf Ebene der Mitgliedsstaaten einen Gemeinsamen Strategischen Rahmen (GSR) für die ländliche Entwicklungspolitik (ELER), Regionalentwicklung und Kohäsion (EFRE), Sozial- (ESF) sowie Meeres- und Fischereifonds (EMFF) geben. Der Gemeinsame Strategische Rahmen wird mittels eines Partnerschaftsvertrags zwischen EU-Kommission und Mitgliedsstaaten vereinbart und ersetzt die bisherigen nationalen Strategien für jeden einzelnen Fonds.

Neuerungen in der 1. Säule

Die Direktzahlungen in der 1. Säule, die weiterhin zu 100 Prozent durch die EU finanziert sind, sollen zukünftig innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten gerechter verteilt werden. Außerdem sollen nur noch aktive Landwirte mit mindestens fünf Prozent Einkommen aus der Landwirtschaft und nicht Firmen oder andere Flächenbesitzer, wie etwa Golfclubs, Förderungen erhalten. Gleichzeitig werden 2014 die alten Zahlungsansprüche eingezogen, die zum Teil über Regelungen in Pachtverträgen an Nichtlandwirte übertragen wurden. Im Gegenzug werden neue Zahlungsansprüche aktiven Landwirten zugeteilt. Besonders gefördert werden sollen Junglandwirte

und Kleinbetriebe. Eine Kappung soll dafür sorgen, dass Förderbeträge über 150.000 Euro je Betrieb – abzüglich der betrieblichen Personal- und Sozialausgaben – schrittweise gekürzt und auf 300.000 Euro begrenzt werden.

Umweltpolitisches Kernelement der Reform ist das sogenannte Greening der Direktzahlungen. Damit meint man die Kopplung von 30 Prozent der Prämie an die Einhaltung von drei Regelungen auf betrieblicher Ebene: Eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge auf den Ackerflächen (fünf bis 70 Prozent Anteil je Kultur) muss eingehalten werden, das betriebliche Grünland muss erhalten werden und sieben Prozent der Ackerfläche müssen als ökologische Vorrangfläche für Hecken, Stilllegungen oder ähnliches bereitgestellt werden.

Außerdem wurden die Cross Compliance-Regelungen (CC) überarbeitet: Aus dem Katalog der gegenwärtig gültigen 18 CC-Standards (Grundanforderungen an die Betriebsführung) sollen Regelungen zu Klärschlamm, zur Verwendung von Hormonen und zur Meldung von Krankheiten gestrichen werden. Im Gegenzug sollen die EU-Wasserrahmenrichtlinie und neue Pflanzenschutz-Regelungen aufgenommen werden. Die derzeitigen Grundsätze zum guten ökologischen und landwirtschaftlichen Flächenzustand (GLÖZ) sollen durch eine Festlegung von prozentualen Anteilen für die Bodenbedeckung auf Ackerland, den Schutz von Böden mit hohem Kohlenstoffgehalt und den Schutz von Feuchtgebieten ergänzt werden (HZ-VO 93ff).



Bild: SiepmannH / Pixelio

Prioritäten der Ländlichen Entwicklung nach 2013:

- Priorität 1: Wissenstransfer, Bildung und Beratung
- Priorität 2: Wettbewerbsfähigkeit
- Priorität 3: Lebensmittelketten und Risikomanagement
- Priorität 4: Förderung von Ökosystemen
- Priorität 5: Förderung der Ressourceneffizienz
- Priorität 6: Arbeit und Entwicklung im ländlichen Raum
- Methodische Priorität: Leader, Europäische Innovationspartnerschaften, Zusammenarbeit



© BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Neuerungen in der 2. Säule

Die veränderte Ausrichtung des ELER drückt sich am besten in den sechs statt bisher drei thematischen Prioritäten aus (siehe Kasten) sowie in der Stärkung der kooperativen und regionalen Ansätze – Leader (Artikel 42), Zusammenarbeit (Artikel 36) und Europäische Innovationspartnerschaften (Artikel 53).

Die bisherigen Maßnahmen aus den drei Schwerpunkten Landwirtschaft und Qualifikation, Umwelt- und Naturschutz sowie ländliche Entwicklung finden sich neu sortiert in der ELER-VO wieder. Herausgefallen scheint nur die Möglichkeit der Vorrufstandsförderung von Landwirten. Weiterhin kann es Sonderprogramme für Junglandwirte, Kleinbetriebe, Bergregionen und lokale Wertschöpfungsketten geben. Die Kommission hält am Neuzuschnitt der benachteiligten Gebiete anhand objektiver biophysikalischer Kriterien fest, sodass in Deutschland einige Regionen aus der Förderung fallen würden. Für solche Regionen soll es aber eine Übergangunterstützung geben.

Wissenstransfer, Risikomanagement und Kooperation

Besonderes Augenmerk wird bei der GAP-Reform auf die Bereiche Wissenstransfer und Beratung gelegt. Dies spiegelt sich in den ELER-Artikeln 15 und 16 wider, zudem schreibt die Horizontale Verordnung jedem Mitgliedsstaat die Einrichtung einer umfassenden Betriebsberatung (Art. 12 ff HZ-VO) vor.

Neben dem ausgebauten Leader-Ansatz (siehe Beitrag Seite 46-47) sowie den Europäischen Innovationspartnerschaften wird mit dem Artikel 36 der ELER-VO (Zu-

sammenarbeit) die Kooperation zwischen Akteuren stärker als bisher gefördert. Neue Anreize für Innovationen sollen etwa eine Innovationsreserve (ELER-VO Art. 66) und ein Preis für lokale Zusammenarbeit (ELER-VO Art. 56 ff) bereitstellen. Neu sind auch verschiedene Maßnahmen des Risikomanagements wie Versicherungen für die tierische und pflanzliche Erzeugung und Einkommensabsicherungsmöglichkeiten (ELER-VO Art. 37-40).

Agrarumwelt, Ökolandbau, Naturschutz

Von der Ökologisierung der GAP sind die bewährten Agrarumweltmaßnahmen insofern betroffen, als deren Auflagen zukünftig zusätzlich auch über den neuen CC- und Greening-Auflagen liegen müssen. Der Verordnungsentwurf sieht außerdem weder einen erhöhten Fördersatz noch ein Mindestbudget für Umweltmaßnahmen vor, auch dies wird Auswirkungen haben. Neu ist zudem, dass auch Gruppen von Landwirten sowie Gruppen von Landwirten mit anderen Landnutzern Agrarumweltförderung erhalten können. Weiterhin möglich ist die Gewährung eines Transaktionskostenzuschusses von 20 Prozent (30 Prozent für Gruppen), der einen erhöhten Kommunikations- und Informationsaufwand für die Beantragung und Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen vergütet.

Der Ökolandbau bekommt einen eigenen Artikel und ist keine Untermaßnahme der Agrarumweltmaßnahmen mehr. Ökologisch wirtschaftende Betriebe sollen darüber hinaus von den Greening-Auflagen ausgenommen werden und diese automatisch erfüllen. Die Investitionsmaßnahmen „Natürliches Erbe“ finden sich unter Artikel 18 wieder. Naturschutzplanungen können unter Arti-

kel 21 gefördert werden. Neu ist der Artikel 31, der Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und Wasserrahmenrichtlinie bündelt. Ebenso finden sich weiterhin die Maßnahmen des Tierschutzes und vielfältige Umweltmaßnahmen für den Wald- und Forstbereich.

Ländliche Entwicklung

Die vertrauten Maßnahmen zur Daseinsvorsorge und Dorfentwicklung, zur Diversifizierung, Fremdenverkehrs- und KMU-Förderung sowie zur Bildung finden sich weiterhin, allerdings anders sortiert, in der neuen ELER-VO. Kleinunternehmen und Kommunen sollen zukünftig auch Maßnahmen des ELER zugänglich sein, die bisher im Schwerpunkt I nur den land-, forst- und ernährungswirtschaftlichen Akteuren vorbehalten waren.

Generell aber bietet der Bereich der ländlichen Entwicklung, der die Lebensqualität und Arbeitsmöglichkeiten in ländlichen Räumen stärken soll, wenig neue Perspektiven, um zum Beispiel Fragen des demografischen Wandels mit neuen Maßnahmen angehen zu können.

Diese Vorschläge der EU-Kommission werden 2012 von den Wirtschafts- und Sozialpartnern, den Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament diskutiert. Welche Form die dann verabschiedeten Verordnungen haben und wie sie durch den Bund und die Bundesländer umgesetzt werden, ist heute noch kaum abzusehen.

Zum Weiterlesen

Zu den Verordnungsentwürfen: <http://ec.europa.eu/agriculture> → Die GAP → GAP nach 2013. Detailliertere Analysen zu den Auswirkungen der Vorschläge auf die bisherigen Förderschwerpunkte des ELER finden Sie auf den Seiten 46-47 (Leader) und in den folgenden Ausgaben von LandInForm.

Mehr Informationen:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



© BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Was sich bei Leader nach 2013 ändert

Von Anke Wehmeyer und Frank Bartelt

Nach den Vorschlägen der EU-Kommission soll ab 2014 ein Gemeinsamer Strategischer Rahmen zukünftig die Strategien der EU-Mitgliedsstaaten für alle großen EU-Förderfonds zusammenführen. Dies wird auch Auswirkungen auf Leader im ELER haben. Was sich darüber hinaus bei Leader ändern wird, beschreibt dieser Beitrag.

Der Gemeinsame Strategische Rahmen (GSR) bildet zusammen mit den Partnerschaftsverträgen auf nationaler Ebene den Förderüberbau und soll die Koordination und Integration der EU-Politiken zur Umsetzung von Europa 2020 gewährleisten. Der GSR gilt für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds, den ELER und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Strategischer Rahmen prägt Leader

Der nationale Strategieplan, der bisher den Rahmen von ELER – und damit auch Leader – in Deutschland für die Bundesländer geregelt hat, entfällt mit der Einführung des GSR. Die zukünftige Ausgestaltung der Förderung lokaler Strategien – wie Leader im Rahmen des ELER – wird zukünftig maßgeblich durch den GSR geprägt sein.

Der Partnerschaftsvertrag als nationale Konkretisierung des GSR liegt in Deutschland in der Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums, das gemeinsam mit den Ressorts, die für die im GSR enthaltenen Fonds zuständig sind, eine ressortübergreifende, integrierende nationale Strategie als

wesentlichen Inhalt des Partnerschaftsvertrages entwickeln wird. In den Verträgen werden unter anderem auch Koordinierungsmechanismen und Arrangements für die territoriale Entwicklung beschrieben. Dazu gehört auch Leader.

Chancen durch Multifondsansatz

Lokale Strategien sollen nach dem Multifondsansatz in Zukunft über alle am GSR beteiligten Fonds umgesetzt werden können, nach dem Prinzip: ein Gebiet, eine Strategie, mehrere Finanzierungsquellen. Eine zwingende Verpflichtung zur Umsetzung lokaler Strategien mit der Leader-Methode gibt es allerdings nur im ELER, mit dem bisherigen Mindestsatz von fünf Prozent. Wird der Multifondsansatz genutzt, soll ein Gremium – bestehend aus Vertretern aller Fonds – aufgestellt werden, welches für die Auswahl der Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) in den Mitgliedsstaaten beziehungsweise den Bundesländern zuständig ist. Dieses Auswahlgremium soll dann auch bestimmen, welcher Fonds in der Region die leitende Funktion übernimmt. Der Leitfonds übernimmt gewisse „Overheadkosten“ für die Verwaltung, das Netzwerk und den Betrieb der LAG. Mit diesem Multifondsansatz würden die Lokalen Aktionsgruppen in Zukunft die Möglichkeit bekommen, viele Themen in einem Regionalen Entwicklungskonzept zu bündeln und dadurch sinnvolle Synergien zu nutzen. Mit der Auswahl der lokalen Strategie wäre eine feste Zuweisung von Finanzmitteln, gegebenenfalls mehrerer GSR-Fonds, verbunden.

Trotz der Verankerung in den GSR bleibt Leader im Rahmen des ELER Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dies hat zur Folge, dass die administrative Abwicklung, Kontrolle und Sanktionierung sich weiterhin den Vorschriften der GAP unterwerfen muss. Die Umsetzung lokaler Ansätze im Rahmen des EFRE, des ESF oder des EMFF würde nach deren Regeln

erfolgen. Allerdings enthält die GSR-Verordnung Elemente, die die dortigen Regeln stärker an die entsprechenden Regeln der GAP annähern.

Die Arbeit wird anspruchsvoller

Die Regionalen Entwicklungskonzepte (REK) erhalten einen höheren Stellenwert. Sie sollen als Kerninstrument der Umsetzung von Zielen auf verschiedenen Ebenen dienen. Diese Ziele sind sowohl die der EU 2020-Strategie (siehe Kasten), des Partnerschaftsvertrages zwischen EU und Mitgliedsstaat, des ländlichen Entwicklungsprogramms als auch der Region. Zusätzlich gibt es eine Bindung an die sechs Förderprioritäten, die im Artikel 5 der ELER-Verordnung (siehe Kasten Seite 45) aufgeführt sind. Bei der Projektauswahl sind die LAGn lediglich an Ihre eigenen Strategien gebunden.

Die inhaltlichen Anforderungen an die Regionalen Entwicklungskonzepte werden nach den Vorschlägen der EU-Kommission anspruchsvoller. Neben einer Beschreibung des integrierten und innovativen Charakters der Strategie fordert sie eine Prioritätensetzung der Ziele einschließlich klarer und messbarer Vorgaben für die Ergebnisse. Außerdem soll ein REK beschreiben, wie die Bevölkerung an der Erarbeitung mitgearbeitet hat, wie die Umsetzung in Bezug auf Verwaltung und Monitoring vorgesehen ist und welche Vorkehrungen zur Evaluierung der Strategie getroffen werden. Den LAGn soll die Kompetenz eingeräumt werden, die Höhe der öffentlichen Förderung projektweise im REK festzulegen. Die größte Herausforderung ist ein Finanzierungsplan, der gegebenenfalls auch die geplanten Zuweisungen jedes der GSR-Fonds enthalten soll. Des Weiteren soll ein Aktionsplan ausführen, wie die Ziele des REK in Aktionen umgesetzt werden sollen.

Generell wird von der LAG eine stärkere Einbindung und Beteiligung des Privatsektors gefordert. Für das LAG-Management





Die Leader-Methode soll nach den Vorschlägen der EU-Kommission ab 2014 nicht nur über den ELER und den Fischereifonds, sondern auch über den ESF und EFRE umgesetzt werden können.

bedeutet die neue Förderphase also, dass es noch professioneller arbeiten muss. Kommt dazu noch der Multifondansatz, wird zusätzliches Personal notwendig sein.

Größere finanzielle Anreize

Die EU-Kommission sieht aber auch stärkere finanzielle Anreize für Leader vor, etwa höhere EU-Kofinanzierungssätze. So sollen „entwickelte Gebiete“ bis zu 80 Prozent und „weniger entwickelte Ge-

biete“ bis zu 90 Prozent Kofinanzierung erhalten können. Weniger entwickelt sind Gebiete dann, wenn ihr Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter 75 Prozent des EU-27-Durchschnitts liegt. Für „entwickelte Gebiete“ – zu denen wohl in Deutschland die meisten gehören – bedeutet das also 30 Prozent mehr Geld als über die ELER-Regelförderung ohne Leader. Im Gegensatz zur aktuellen Förderperiode hebt die EU-Kommission außerdem die Förderung der Anbahnung von gebietsübergreifen-

den und transnationalen Kooperationsprojekten heraus. Für die Finanzierung der Managementkosten einer LAG sind höchstens 25 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben (EU-Fördermittel plus öffentliche Kofinanzierung) vorgesehen. In der aktuellen Förderperiode sind dies noch 20 Prozent. Auch die Vorbereitung der REK – Kapazitätsaufbau, Schulung, Vernetzung – soll in Zukunft über Leader gefördert werden können.

Die Ziele der EU-2020 Strategie

1. Beschäftigung: 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.
2. Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovation: Drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU sollen für FuE und Innovation aufgewendet werden (öffentliche und private Investitionen).
3. Klimawandel und Energie: Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990 oder sogar um 30 Prozent, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent.
4. Bildung: Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter zehn Prozent und Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulausbildung auf mindestens 40 Prozent.
5. Armut und soziale Ausgrenzung: Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Mehr Informationen:

Frank Bartelt
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Unterabteilung Ländliche Entwicklung
Telefon: 02 28 / 99 52 93 6 41
E-Mail: frank.bartelt@bmelv.bund.de

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Eigeninitiative stärkt Infrastruktur

Von Corinna Kennel und Marie Neumüllers



Von Bürgerbus über Dorfladen bis Jugendbildungsstätte: Am 29. Juni 2011 zeichneten das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag die Gewinner der ersten Runde des Wettbewerbs „Menschen und Erfolge“ aus. Die zweite Wettbewerbsrunde läuft bereits.

Eine gute Infrastrukturversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für die Attraktivität ländlicher Räume als Wohn-, Arbeits- und Erholungsstandorte. Unter den Vorzeichen des demografischen Wandels wird es aber vor allem in dünn besiedelten Regionen immer schwieriger, ansprechende Angebote aufrechtzuerhalten. In vielen Gegenden wird die Infrastruktur immer mehr abgebaut und ausgedünnt – mit ganz praktischen Auswirkungen auf den Alltag der dortigen Bewohner und Besucher.

Gute Lösungen zum Nachahmen

Aber es gibt auch Alternativen – entwickelt von Akteuren vor Ort, die am besten wissen, wie eine bedarfsgerechte, flexible und an die regionalen Gegebenheiten angepasste Infrastrukturversorgung aussieht. Diese Lösungsansätze möchte der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ ans Licht der Öffentlichkeit holen und zum Nachahmen empfehlen. Der Wettbewerb ist Bestandteil der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), unter deren Dach verschiedene Aktivitäten des Ministeriums zum Erhalt der Attraktivität der ländlichen Räume gebündelt werden.

Die erste Runde des Wettbewerbs, der als Modellvorhaben der Raumordnung jährlich durchgeführt wird, wurde im Sommer 2011 mit der Auszeichnung von 15 Preisträgern und sechs Anerkennungen abgeschlossen. 585 Beiträge aus dem gesamten Bundesgebiet wurden eingereicht – von Akteuren aus Politik und Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Unternehmen sowie Einzelpersonen. Die Fortsetzung läuft bereits (siehe Kasten).

Große Themenvielfalt

Die eingereichten Wettbewerbsbeiträge spiegeln die große Themenbandbreite im Zusammenhang mit Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen wider. So stellen mehr als 100 Beiträge das Gemeinschaftsleben in ländlichen Gemeinden in den Mittelpunkt. Infrastruktur wird hier vor allem als soziales Netz interpretiert, für das sich alle Beteiligten starkmachen, um so die Gemeinschaft lebendig zu erhalten. Fast ebenso viele Beiträge widmen sich dem Thema „Bauen und Sanieren“. Dem behut-

samen Umgang mit Einzelgebäuden und Gebäudeensembles wird eine hohe Bedeutung für die Attraktivität der Dörfer und kleinen Städte beigemessen. Umbau, Modernisierung und zeitgemäße Nutzung des baukulturellen Erbes der jeweiligen Region schaffen Ankerpunkte der lokalen Identität. Die zahlreichen Beiträge zum Thema „Bildung“ zeugen vom hohen Stellenwert, den Bewohner ländlicher Räume einem vielfältigen Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot für Jung und Alt beimessen. Auch „Mobilität“ und „Erreichbarkeit“ sind Themenfelder, denen erhöhte Aufmerksamkeit gilt. In vielen Wettbewerbsbeiträgen wird dabei ein direkter Bezug zum verbesserten Zugang zu Nahversorgungseinrichtungen hergestellt. Mobilitätsdienstleistungen (zum Beispiel Bürgerbusse und Fahrdienste) und mobile Dienstleistungen (zum Beispiel Lieferservices, medizinische Versorgung, mobile Verwaltung) sollen die notwendigen Wege für alle Bevölkerungsgruppen so einfach wie möglich oder sogar überflüssig machen.

Drei ausgezeichnete Projektbeispiele veranschaulichen diese Themenvielfalt.

Der Verein Grüne Schule grenzenlos im sächsischen Zethau betreibt eine internationale Jugendbildungsstätte, um der Abwanderung von Kindern und Jugendlichen vorzubeugen.



Bild: Grüne Schule grenzenlos e. V.



Bild: Jürgen Forscht

Mitarbeiter des Dorfladens Heilgersdorf in Bayern.

Dorfladen Heilgersdorf

In Heilgersdorf im bayrischen Kreis Coburg schlossen vor einigen Jahren sämtliche Einzelhandelsgeschäfte. Diesen Zustand wollten die Heilgersdorfer nicht hinnehmen und gründeten 2008 einen Dorfladen (<http://heilgersdorf.dorfladen-franken.de>). Laden, Café, Dorfgemeinschaftszentrum und Veranstaltungsort, sozialer und kultureller Treffpunkt, Fahrdienst und Lieferservice – innerhalb kürzester Zeit entwickelten sie ein um-

fassendes Nahversorgungsangebot. Bürgerschaftliches Engagement ist das Fundament dieses Erfolgs. Neben praktischer Arbeit beim Betrieb des Hol- und Lieferservices oder bei der Sanierung des Gebäudes äußert sich dies auch finanziell: In der Anschubphase brachten die Einwohner einen Kapitalstock von rund 40.000 Euro auf.

Grüne Schule grenzenlos

Das sächsische Zethau ist stark von der Abwanderung junger Familien – und damit Kindern und Jugendlichen – betroffen. Die örtliche Grundschule schloss 2008. Der Verein „Grüne Schule grenzenlos“ stemmt sich gegen diese Abwärtsspirale und betreibt eine internationale Jugendbildungsstätte (www.gruene-schule-grenzenlos.de). Kinder und Jugendliche aus der Region treffen hier auf ihre Nachbarn aus dem europäischen Ausland und arbeiten gemeinsam an verschiedenen Projekten zur Dorfentwicklung. Unterstützt von vielen ehrenamtlichen Helfern konnte zum Beispiel der Dorfplatz umgebaut und neuge-

staltet werden, sodass das Dorf wieder einen identitätsstiftenden Mittelpunkt bekam. Der „Grünen Schule grenzenlos“ gelingt es dabei hervorragend, an die dörfliche Tradition anzuknüpfen, das Dorfgemeinschaftsgefühl wieder zum Leben zu erwecken, aber gleichzeitig den Horizont nicht an den Ortsgrenzen enden zu lassen.

Wichtiges Resultat: sozialer Zusammenhalt

Stellvertretend für den überwiegenden Teil der Wettbewerbsbeiträge zeigen diese Beispiele, was Engagement und Eigeninitiative der Akteure vor Ort bewirken können. Dort, wo die Infrastrukturangebote bereits als defizitär empfunden werden, sind gut funktionierende Alternativen entstanden. Die ausschlaggebende Motivation ist aber nicht nur der Wille zur Behebung konkreter Missstände, sondern auch der Wunsch nach Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Lokale Solidarität, Nachbarschaft und Heimatgefühl sind Qualitäten, die das Leben auf dem Land ausmachen und die durch das Engagement erhalten beziehungsweise wiederhergestellt werden können. Davon kann auch die Politik lernen: Politische Ansätze müssen dieses Engagement ermöglichen und unterstützen. Dazu gehören die möglichst unbürokratische und flexible Bereitstellung von Fördermitteln genauso wie Hilfestellungen bei Netzwerkbildung und Wissenstransfer.

Dass die Anpassung der Infrastruktur in manchen Bereichen und manchen Orten auch ein schmerzhafter Abschied von Gewohntem sein wird, ist wohl nicht zu vermeiden. Der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ aber macht Mut. Er zeigt, wie auf lokaler Ebene im Zusammenspiel vieler engagierter Akteure Zukunftsperspektiven für die Infrastrukturversorgung in ländlichen Räumen entwickelt werden können.

Bürgerbus Emsdetten Saerbeck e. V.

Zwei Buslinien, 30 Haltestellen, vierstellige Fahrgastzahlen, 170 Vereinsmitglieder – so sehen die Aktivitäten des Bürgerbus Emsdetten Saerbeck e. V. (www.buergerbus-emsdetten.de) in Zahlen ausgedrückt aus. Seit 2007 verkehrt der Bürgerbus in und zwischen den Kommunen Emsdetten und Saerbeck in Nordrhein-Westfalen. Das Grundprinzip ist einfach: Bürger fahren für Bürger, freiwillig und unentgeltlich. Drei bis vier Stunden ehrenamtliche Arbeit pro Woche investieren die Fahrer in den Bürgerbus und können so Mobilität zu einem sehr günstigen Preis anbieten. Wichtig für den Erfolg ist die gute Kooperation zwischen allen Beteiligten. Das ist neben dem Verein, der für das Alltagsgeschäft zuständig ist, und den beiden Kommunen, die das Projekt aktiv unterstützen, auch der regionale ÖPNV-Anbieter. Damit wird nicht zuletzt sichergestellt, dass die Angebote des regulären ÖPNV und des Bürgerbusses im Sinne der gegenseitigen Ergänzung optimal aufeinander abgestimmt sind.

Der Bürgerbus Emsdetten Saerbeck in Nordrhein-Westfalen.



Bild: Bürgerbus Emsdetten Saerbeck e.V.

Der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ wird fortgesetzt. Die Auslobung 2012 hat den Schwerpunkt Mobilität. Einsendeschluss ist der 24. Februar 2012. Erläuterungen zu den einzelnen Handlungsfeldern, Teilnahmeunterlagen und nähere Informationen zum Wettbewerb finden Sie unter www.menschenunderfolge.de.

Mehr Informationen:

Corinna Kennel und Marie Neumüllers
Wettbewerbsbüro Menschen und Erfolge
c/o Urbanizers
Telefon: 030 / 88 92 22 9 24
E-Mail: wettbewerb@urbanizers.de
www.menschenunderfolge.de

Rechnungshof prüft Agrarumweltmaßnahmen

Von Jan Freese

Rechtzeitig zur Diskussion um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik hat der Europäische Rechnungshof im September 2011 seinen Prüfbericht über die Konzeption und Verwaltung der Agrarumweltmaßnahmen vorgelegt. Dafür hat er in acht Mitgliedsstaaten umfangreiche Prüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind ernüchternd.

Bild: Frieps / Fotolia

Im Rahmen der Ländlichen Entwicklung werden in Deutschland jedes Jahr rund 630 Millionen Euro für Agrarumweltmaßnahmen ausgegeben. Landwirte nehmen an diesen Programmen freiwillig teil und bekommen die Kosten ersetzt, die ihnen durch die Einhaltung höherer Umweltstandards entstehen. Über die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird seit Langem leidenschaftlich gestritten. Viele Wissenschaftler fanden oft keine oder nur eine geringe positive Wirkung der Maßnahmen auf die biologische Vielfalt.

Ziele klarer definieren, Maßnahmen besser begründen

Zwar attestiert der Rechnungshof der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten in den 20 Jahren seit Bestehen der Agrarumweltprogramme erhebliche Fortschritte. Er bemängelt jedoch, dass die Umweltwirkungen der Maßnahmen durch ein immer noch fehlendes Monitoring und durch zu unkonkret formulierte Ziele kaum festgestellt werden können.

Schon bei der Konzeption der Agrarumweltmaßnahmen werde laut Bericht oft nicht geprüft, ob die Ziele auch mit anderen Maßnahmen zu erreichen wären. Die Länder würden ihre Erwägungen bei der Erstellung der Programme nicht ausreichend erläutern. Etwa warum sie sich für anspruchsvolle teure Maßnahmen statt für einfache günstige entscheiden, für landesweite Maßnahmen statt regional beschränkte (Gebietskulissen) oder wann sie Auswahlkriterien verwendeten beziehungsweise wann nicht. Auch machten die Programme zu wenig Aussagen darüber, wie viele Maßnahmen welcher Art eine Region benötigte, um im Vorfeld klar identifizierte Umweltbelastungen nachweisbar zu reduzieren.

Auflagen und Prämien regional anpassen

Auch wenn die Beratung der Landwirte angemessen ist und die Beihilfen oft die richtigen Anreize setzen, stellt der Bericht bei der Höhe der Zahlungen erhebliche Mängel fest. Die Prämienhöhen seien zu wenig an lokale Standortgegebenheiten an-

gepasst. So kann es zum Beispiel sein, dass die Maßnahmen zur Begrenzung der Düngermenge in extensiv genutzten Regionen nicht zu einer Verhaltensänderung führen, da sowieso wenig gedüngt wird. Dennoch erhalten Antragsteller die Prämie. Hingegen werden diese Maßnahmen in Regionen mit intensiver Nutzung aufgrund einer zu geringen Prämie gar nicht umgesetzt.

Der Rechnungshof kritisiert auch, dass viele Maßnahmen zu wenig ambitioniert seien. Vereinzelt war die landwirtschaftliche Praxis sogar schon weiter als die Auflagen der Agrarumweltmaßnahmen, etwa bei der Reduzierung der Düngemenge. Generell erkennt der Rechnungshof aber an, dass auch wenig anspruchsvolle Maßnahmen ihren Wert haben, da sie preiswert sind und oft eine weite Verbreitung finden. Es fehle aber die Konzentration der Mittel auf Maßnahmen und Standorte, die eine hohe Wirksamkeit versprechen, obwohl dies mit Prioritätenkatalogen oder Maßnahmenkulis- sen möglich wäre.

Der Bericht bemängelt des Weiteren, dass die EU-Kommission und die Verwaltungen zu wenig Energie in die Verbreitung guter Praxisbeispiele und bewährter Verfahrensweisen steckten. Landwirte bekämen zu wenig Rückmeldungen über Sinn und Erfolg der Maßnahmen.

Die abschließenden Empfehlungen des Rechnungshofberichtes lauten entsprechend: Ziele klarer definieren, Monitoring ausbauen, Maßnahmen besser begründen, Prämienhöhen genauer und differenzierter berechnen und einen größeren Anteil des Budgets für anspruchsvollere Maßnahmen bereitstellen. Darüber hinaus hält der Bericht viele weitere interessante Details und anschauliche Beispiele bereit:

<http://eca.europa.eu> → Veröffentlichungen
→ Prüfungsberichte → Sonderberichte → Nr. 7/2011

Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 61
E-Mail: jan.freese@ble.de

Landwirtschaft und Naturschutz: der österreichische Weg

Von Juliane Mante und Rainer Oppermann

Vom österreichischen Vertragsnaturschutz kann Deutschland einiges lernen: Flexible Auflagen ermöglichen es, auf die Erfordernisse von Landwirt und Naturschutz gleichermaßen einzugehen und sogenannte Naturschutzpläne sensibilisieren die Landwirte. Die österreichischen Bundesländer finanzieren die Naturschutzberatung über den Erhalt des natürlichen und kulturellen Erbes nach Artikel 57 der ELER-Verordnung.

Wie die deutschen, entscheiden auch die österreichischen Bundesländer selbst, welche Agrarumwelt- oder Vertragsnaturschutzmaßnahmen sie anbieten und national sowie seitens der EU (ELER) kofinanzieren lassen wollen. Im Gegensatz zu Deutschland hat Österreich jedoch ein bundeseinheitliches Agrarumweltprogramm, das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL). Darüber hinaus können die Bundesländer nur Vertragsnaturschutzmaßnahmen eigenständig planen und festlegen, die auf eine bestimmte Region (Gebietskulisse) beschränkt sind. Wie in Deutschland beantragen auch die Landwirte in Österreich die ÖPUL-Förderung im Rahmen des Mehrfachantrages zusammen mit den Direktzahlungen. Die letzten ÖPUL-Neuanträge waren österreichweit für das Jahr 2009 möglich.

Vertragsnaturschutz: Flexibilität großgeschrieben

Das ÖPUL 2007–2013 beinhaltet als Fördertatbestand zum Vertragsnaturschutz

die „Erhaltung und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller oder gewässerschutzfachlich bedeutsamer Flächen“ (WF). Das Besondere am österreichischen Ansatz: Der bundesweite Auflagenkatalog beinhaltet keine fixen Maßnahmen, sondern Einzelaufgaben, die – entsprechend den naturschutzfachlichen und betrieblichen Erfordernissen – zur passenden Maßnahme zusammengestellt werden. Zum Beispiel können Düngermengen, Schnittzeitpunkte oder die Beweidungsintensität an die Erfordernisse der Fläche und des Landwirts angepasst werden. Je nach Auflagenstrenge spiegelt sich diese Staffelung auch in der jeweils gezahlten Prämienhöhe pro Hektar wider.

Außerdem können die österreichischen Bundesländer einmal jährlich einzelne WF-Auflagen vom Bund genehmigen lassen, etwa um spontan die Bekämpfung eines besonders stark auftretenden Problemunkrauts zu ermöglichen.

Der Weg bis zur Förderung

Möchte ein Landwirt am Vertragsnaturschutz teilnehmen, meldet er der zuständigen Bezirksbauernkammer im Frühjahr diejenigen Flächen, die seiner

Einschätzung nach hierfür geeignet sind. Die Kammer informiert über eine zentrale Datenbank die Naturschutzbehörde des jeweiligen Bundeslandes. Das weitere Vorgehen hängt davon ab, zu welchem Typ die angebotene Fläche gehört. Vertragsnaturschutz wird in Österreich nämlich auf drei Flächentypen umgesetzt: Blauflächen (WFB), Rotflächen (WFR) und Gelbflächen (WFG). Bei den Blauflächenmaßnahmen handelt es sich um fertige Auflagenpakete für Flächen, die in einer bestimmten Region (Gebietskulisse) liegen und ein festgelegtes Ziel verfolgen, etwa den Schutz besonders gefährdeter Arten.

Bei den Rot- und Gelbflächen schickt die Naturschutzbehörde einen freiberuflichen Berater auf den Betrieb. Der hat bis zum Herbst Zeit, die Flächen zu begutachten, mit dem Landwirt mögliche Maßnahmen zu verhandeln und ein Pflege- und Entwicklungskonzept zu erstellen. Gelbflächen unterscheiden sich von den Rotflächen nur darin, dass ihr Standort jährlich variieren kann. Damit ermöglichen sie dem Betrieb noch mehr Flexibilität. Sie können aber nur zusammen mit einem Naturschutzplan (siehe unten) gewählt werden. Der Landwirt bekommt als Ergebnis eine

Projektbestätigung, in der die entwickelten Maßnahmen detailliert beschrieben sind. Auf dieser Basis kann er entscheiden, ob er im darauffolgenden Frühjahr zusammen mit dem Direktzahlungsantrag die Förderung für die vorgeschlagenen WF-Flächen und -Maßnahmen beantragen möchte.

Naturschutzpläne sensibilisieren Landwirte

Eine weitere Besonderheit im ÖPUL ist das Ziel, das Erreichen von Naturschutzzielen durch einen betriebsbezogenen Naturschutzplan als zusätzliche, aber freiwillige Leistung zu stärken. Hat ein Landwirt Interesse daran, begutachten die Berater nicht nur die gemeldeten WF-Flächen, sondern prüfen auch weitere Flächen des Betriebes auf ihr naturschutzfachliches Potenzial. Entscheidet sich der Landwirt für den Naturschutzplan, muss er innerhalb des fünfjährigen Förderzeitraumes auf mindestens drei Schlägen Vertragsnaturschutzmaßnahmen umsetzen. Das ÖPUL definiert für diese Schläge jedoch keine Mindestgröße. Außerdem muss der Landwirt an mindestens zwei anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen zu Naturschutzthemen teilnehmen. Er erhält dann zum einen 50 Euro Prämie pro Hektar Vertragsnaturschutzfläche zusätzlich. Da der Naturschutzplan den Landwirt für den Naturschutz sensibilisieren soll, bekommt er zum anderen nach der Beratung eine Betriebsmappe. Diese enthält – ansprechend aufbereitet – Informationen zu den naturschutzfachlichen Besonderheiten der Region und des Betriebes. „Mittlerweile bieten alle österreichischen Bundesländer den Naturschutzplan an. Er unterscheidet sich zwischen den Bundesländern kaum, lediglich die Ausgestaltung der Betriebsmappe

kann variieren“, erklärt Sandra Klingelhöfer, Leiterin des Förderbereichs der Abteilung Naturschutz des Bundeslands Niederösterreich.

Finanziert über ELER

Österreich hat einen Weg zur Finanzierung seiner Naturschutzberatung eingeschlagen, den bisher kaum ein deutsches Bundesland nutzt. Die Erstellung der Pflege- und Entwicklungskonzepte als auch des Naturschutzplans durch die Berater wird über Artikel 57 der ELER-Verordnung (Erhaltung des natürlichen und kulturellen Erbes) kofinanziert. Die Finanzierung wird zu 50 Prozent von der EU, zu 30 Prozent vom Bund und zu 20 Prozent vom Land getragen.

Bezahlt werden die Berater jedoch lediglich für die Konzept- beziehungsweise Planerstellung beim Erstbesuch des Betriebes. Eine weitere Betreuung ist – zumindest finanziell – nicht vorgesehen. „Wenn ein Landwirt hinterher naturschutzfachliche oder auflagenbezogene Fragen hat, hilft ihm der Berater in der Regel aber trotzdem weiter“, meint Christian Golias, Ansprechpartner für den Vertragsnaturschutz in der niederösterreichischen Naturschutzbehörde. „Die Landwirte können sich bei Problemen aber auch an uns wenden und wir versuchen dann, eine Lösung zu finden.“ Für die Erstellung der Betriebsmappe wird in Niederösterreich eine Software genutzt, die Textbausteine zu typischen Tier- und Pflanzenarten und regionalen Besonderheiten enthält, die kombiniert und manuell ergänzt werden können. Sie ermöglicht auch die automatische Erstellung eines einheitlichen Layouts der Mappen.

Knackpunkte bei der Beratung

„Ein Problem, das wir manchmal haben, ist die ausreichende Qualifizierung der freiberuflichen Berater“, meint Sandra Klingelhöfer von der niederösterreichischen Naturschutzbehörde. Diese müssen nämlich nicht nur naturschutzfachlich versiert, sondern auch mit den Wechselwirkungen bei landwirtschaftlichen Produktionsabläufen vertraut sein. Gleichzeitig brauchen sie Know-how im Förderrecht, etwa um keine Fehler bei der Flächenzuweisung zu machen. Solch eine umfassende Qualifizierung ist selten. „Wir versuchen, Fehlern vorzubeugen, indem wir einmal jährlich Beraterschulungen zu bestimmten Themen anbieten. Diese werden komplett aus Landesmitteln finanziert“, führt Sandra Klingelhöfer weiter aus. „Hier behandeln wir zum Beispiel aufgetretene Defizite aus dem Vorjahr.“

Der Vertragsnaturschutz und der Naturschutzplan werden von den Landwirten in



Bild: Rainer Oppermann

Niederösterreich gut angenommen: Von insgesamt rund 25.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Niederösterreich setzen rund 7.000 Betriebe Vertragsnaturschutzmaßnahmen um, davon etwa 18 Prozent mit Naturschutzplan. „Dabei hilft uns auch der Umstand, dass die Bezirksbauernkammer eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit macht, die bei den Landwirten ankommt“, freut sich Sandra Klingelhöfer.

Auch im Nachbarland Schweiz gibt es interessante Beratungsansätze, insbesondere im Kanton Aargau (siehe LandInForm 4.2008, Seite 32-33) sowie in zahlreichen Vernetzungsprojekten auf Gemeindeebene. Das Besondere an den Schweizer Ansätzen ist, dass hier in der Regel auf betrieblicher Ebene ein Mindestflächenumfang für die Naturschutzmaßnahmen vorgeschrieben ist.

Deutsche Parallelen

Vergleichbare Ansätze in Deutschland sind bei weitem nicht so breit institutionalisiert, wie in Österreich oder der Schweiz. Am Kompetenzzentrum für Ökolandbau in Visselhövede gibt es seit 2001 eine Beratungsstelle, die Ansprechpartner in Naturschutzfragen für alle Ökolandbaubetriebe in Niedersachsen ist (www.oeko-komp).



Bild: E. Meyenhof

Ausgeräumte Agrarlandschaft, die dringend einer ökologischen Aufwertung bedarf.



de). In Rheinland-Pfalz wurde 2007 das Modellprojekt Partnerbetrieb Naturschutz ins Leben gerufen, das seit 2010 fest eingerichtet ist (www.mulewf.rlp.de/natur/naturschutz/partnerbetrieb-naturschutz). Hier werden die Naturschutzleistungen landwirtschaftlicher Betriebe öffentlichkeitswirksam dargestellt. Zudem werden die Betriebe bei der Umsetzung der Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen durch Beratung unterstützt.

Das Land Sachsen bietet seit 2008 landesweit eine Naturschutzberatung für Landnutzer im Rahmen der Richtlinie „Natürliches Erbe“ an. Die Beratungsleistungen werden wie in Österreich über Artikel 57 der ELER-Verordnung kofinanziert. Aktuell sind in Sachsen 25 Naturschutzberater tätig, die den Landnutzern auch bei auftretenden Fragen oder Problemen bei der Umsetzung der Naturschutzmaßnahmen zur Seite stehen.

Noch nicht fest institutionalisiert, aber sehr stark auf eine breite Umsetzung hin entwickelt wurde das Projekt Kulturlandplan (www.kulturlandplan.de) der Bioland Beratung, das zu Beginn vom Bundesprogramm Ökolandbau gefördert wurde. In dem Projekt werden zusammen mit den Landwirten standardisierte Kulturlandpläne erstellt und umgesetzt (siehe LandIn-

Form 4.2010, Seite 32-33). Bisher haben dies insgesamt 40 Betriebe in Anspruch genommen. Die Erstellung der Pläne erfolgt jedoch bislang nur auf Basis einzelner Förder- oder Sponsoringprojekte.

Erkenntnisse für Deutschland

Deutschland kann viel von den Erfahrungen aus Österreich, aus der Schweiz und den eigenen bisherigen Projekten lernen. Bisher mangelt es den deutschen Ansätzen an einer Reihe wichtiger Rahmenbedingungen, um in Landwirtschaft und Landschaft breit verankert zu werden. Dies kann durch folgende Punkte erreicht werden:

- Die Beratung sollte bei qualifizierten Beratern der Landwirtschaftsberatungsorganisationen, zum Teil auch der Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern, angesiedelt sein. Die Berater müssen sowohl in landwirtschaftlicher und fördertechischer Hinsicht als auch in naturkundlichen und ökologischen Belangen adäquat ausgebildet sein. Die Beratung sollte nicht nur ökologisch wirtschaftenden, sondern allen landwirtschaftlichen Betrieben offen stehen.
- Elementar sind Förderinstrumente, die es für die Landwirte attraktiv machen, sich am Naturmanagement zu beteiligen, das heißt, es muss eine adäquate Flächenförderung für die Beratung wie in Österreich geben.
- Für die Förderung der Landwirte mit der Naturschutzberatung sollte es einen Mindestflächenumfang an umzusetzenden Maßnahmen geben, damit dem Steuerzahler gegenüber dargestellt werden kann, dass sich das investierte Geld auch im konkret gemanagten Flächenumfang widerspiegelt.
- Für die Umsetzung bedarf es konkreter Handbücher und digitaler Hilfestellungen, wie sie zum Beispiel das Projekt Kulturlandplan entwickelt hat. Auch eine attraktive Aufmachung der Pläne ist förderlich, wie das Beispiel Österreich zeigt.
- Es bedarf eines Fortbildungsangebotes für die beteiligten Landwirte, wie es sich in Österreich bewährt hat.
- Nicht zuletzt müssen die Berater umfangreich geschult werden und es bedarf der

Einrichtung entsprechender Studiengänge, in der übergreifend Wissen aus Landwirtschaft und Ökologie vermittelt und vor allem praxisbezogen erprobt wird.

Lohnende Mühe

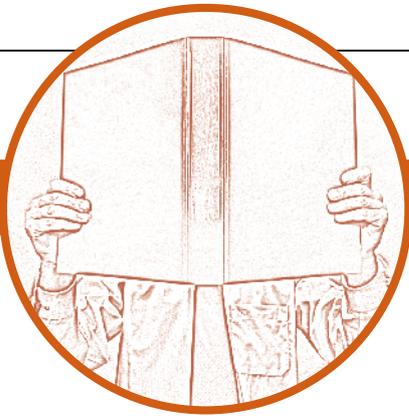
Naturmanagement zusammen mit der Landwirtschaft kann weit mehr sein als der Abschluss von einzelnen Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Betriebs- und landschaftsbezogen gemeinsam mit den Landwirten die richtigen Maßnahmen auf den richtigen Flächen zu finden und diese betrieblich gut einzubinden, bringt nämlich allen Beteiligten Vorteile: Dem Landwirt, indem er über Agrarumweltmaßnahmen zusätzliche Finanzmittel bekommt und mit den Fortbildungen mehr über Naturschutzbelange erfährt. Der Ökologie, weil mit adäquat umgesetzten Maßnahmen und einem angemessenen Flächenumfang die Naturschutzziele weitaus besser erreicht werden können als mit vereinzelt Vertragsabschlüssen. Und der Gesellschaft, indem sie durch das Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz zu einem deutlichen Mehrwert kommt, zum Beispiel einer höheren Biodiversität und Erholungsqualität der Agrarlandschaft. Ein solchermaßen aufgestelltes Konzept ist allerdings nur wirksam, wenn es breit akzeptiert wird und alle Beteiligten an einem Strang ziehen.



Mehr Informationen:

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Naturschutz
Telefon: +43 (0) 27 42 90 05 15 2 79
E-Mail: post.ru5@noel.gv.at

Dr. Rainer Oppermann
Institut für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB)
Telefon: 06 21 / 32 88 7 90
E-Mail: mail@ifab-mannheim.de
www.ifab-mannheim.de



Von der Redaktion für Sie angelesen

Die Kommune als Energieerzeuger

Von Sören Bronsert

Deutschland hat die Energiewende beschlossen, bis 2022 soll der stufenweise Atomaustritt vollzogen sein. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss die Nutzung der erneuerbaren Energieträger massiv ausgebaut werden. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Kommunen und Bürger im ländlichen Raum. Damit der Weg zur eigenständigen Energieerzeugung erfolgreich wird, müssen die Gemeinden technische, organisatorische und planerische Einflussfaktoren und Anforderungen beachten. Diese erläutert der Autor Jürgen Staab in seinem Buch „Erneuerbare Energie in Kommunen“.

In den einzelnen Kapiteln stellt Jürgen Staab die wichtigsten Etappen dar: von der ersten Idee in der Gemeinde bis zur Umsetzung der geplanten Projekte. Hierbei gibt er zahlreiche wertvolle Tipps, etwa zu Ressourcen- und Standortentscheidung, zu Rechtsform- und Technologiefragen sowie zur Art der Finanzierung und Förderung. Nach seiner Einschätzung ist besonders die Genossenschaft eine geeignete Rechtsform. Vorgestellte Praxisbeispiele untermauern diese Meinung. Das Buch ist als begleitende Lektüre zur Umsetzung von Energievorhaben sehr empfehlenswert.



Jürgen Staab, 2011: Erneuerbare Energie in Kommunen – Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten. Gabler Verlag, Wiesbaden, 185 Seiten. ISBN: 978-3-8349-2989-1



Finanzierung regionaler Entwicklung

Von Juliane Mante

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der Diskussionen um die zukünftige Ausgestaltung der EU-Förderpolitiken erhält diese Publikation eine besondere Aktualität. Die Folgeprobleme von Abwanderung und demografischem Wandel werden sich in vielen ländlichen Regionen verschärfen, während öffentliche Fördermittel knapper werden. Diesen Herausforderungen muss sich auch

Diesen Herausforderungen muss sich auch

die ländliche Entwicklung stellen: Fördermittel müssen effizienter eingesetzt und privates Kapital stärker eingebunden werden. Effizienter wird Finanzierung oft auch dann, wenn die regionalen Akteure mit ihrem Wissen über die Sinnhaftigkeit einer Projektförderung vor Ort selbst entscheiden. 18 Autoren geben in den Kapiteln „Regionalisierte Zuschüsse und Budgets“, „Fonds in der Regionalentwicklung“ und „Regionale Perspektiven“ einen Überblick über innovative Finanzierungsinstrumente, die diesen Ansprüchen näherkommen. Veranschaulicht werden sie durch Praxisbeispiele in verschiedenen Regionen. Das

Buch ist weniger für Praxisakteure geeignet, die sich umfassend über Fördermöglichkeiten im ländlichen Raum informieren wollen. Zielgruppe sind vor allem Menschen, die sich mit der zukünftigen Ausgestaltung von Finanzierungsinstrumenten für die ländliche Entwicklung auseinandersetzen.

Sebastian Elbe, Florian Langguth, 2011 (Hrsg.): Finanzierung regionaler Entwicklung oder: Geld ist schon wichtig. Shaker Verlag, Aachen, 240 Seiten. ISBN: 978-3-8440-0148-8

... angebündelt

Von Stefan Kämper

Neue Wettbewerbsrunde für Mobilität in ländlichen Räumen

Beispielhafte Lösungen für Mobilitätsangebote und -dienstleistungen sowie die entsprechende Infrastrukturversorgung in ländlichen Räumen werden beim Wettbewerb 2012 „Menschen und Erfolge“ gesucht. Hierzu lädt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit seinen Partnern Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Bauernverband und Zentralverband des Deutschen Hand-

werks ein. Gefragt sind Menschen, die mit guten Ideen, Mut zur Innovation und Bereitschaft zu neuen Partnerschaften beispielhafte Lösungen zum Thema „In ländlichen Räumen mobil!“ angestoßen und umgesetzt haben. Angesprochen sind Einzelpersonen, Vereine und Initiativen, Verwaltungen und Gebietskörperschaften sowie Unternehmen. Es stehen Preisgelder von insgesamt 20.000 Euro zur Verfügung.

Teilnahmeunterlagen und weitere Informationen zum Wettbewerb: www.menschenunderfolge.de
Einsendeschluss für Wettbewerbsbeiträge ist der 24. Februar 2012



Ländliche Räume im demografischen Wandel

Das kommende **Zukunftsforum Ländliche Entwicklung** am **25. und 26. Januar 2012** steht ganz im Zeichen der demografischen Veränderungen, die in ländlichen Räumen besonders zu spüren sind. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) lädt bereits zum fünften Mal nach **Berlin** ein, um das Zukunftsforum auf der Internationalen Grünen Woche als Plattform für Austausch und Vernetzung zu nutzen.

Neben der Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung des BMELV werden auch 2012 wieder etliche Begleitveranstaltungen interessante Anregungen und Stoff zur Diskussion bieten. Viele dieser Veranstaltungen greifen Aspekte des Leitthemas Demografie auf und lenken das Augenmerk auf den

besonderen Handlungsbedarf in ländlichen Räumen. So geht es beispielsweise um die Fachkräftesicherung in verschiedenen Bereichen, die ärztliche Versorgung, die Nahversorgung, aber auch darum, wie zukünftig das bürgerschaftliche Engagement stärker zur Sicherung der Daseinsvorsorge beitragen kann. Viele der Begleitveranstaltungen präsentieren gute Beispiele, wie Akteure vor Ort konkret mit dem Wandel umgehen (siehe auch Beitrag auf Seite 8). Erweitert wird das thematische Spektrum dadurch, dass auch die im Herbst vorgelegten europäischen Verordnungsentwürfe vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und anderer aktueller Herausforderungen erörtert werden. Aber auch die Diskussion über Innovationspartnerschaften als Instrument der ländlichen Entwicklung, die

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für Landschaftsschutz, die Perspektiven der Evaluierung ab 2014 lohnen einen Besuch in Berlin.

Anmeldeschluss für alle Veranstaltungen des Zukunftsforums ist der 15. Januar 2012.

Programm und Anmeldung zu allen Veranstaltungen sowie zum Empfang am 25. Januar: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Informationen zur Begleitveranstaltung „Demografischer Wandel vor Ort“ von DVS, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Im Mittelpunkt der Begleitveranstaltung **„Daseinsvorsorge unter Druck – Wie reagieren auf Bevölkerungsrückgang und veränderte Altersstruktur?“** am **26. Januar** steht die Frage, wie Angebote der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen angesichts des demografischen Wandels bedarfsgerecht gesichert und weiterentwickelt werden können. Die von Professor Peter Dehne von der Hochschule Neubrandenburg moderierte Veranstaltung hat zum Ziel, aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zu verbinden.

Herausforderungen des demografischen Wandels für Angebote der Daseinsvor-

sorge in ländlichen Räumen skizziert Professor Ulf Hahne, Regionalentwicklungsexperte der Universität Kassel. Mögliche Lösungsansätze stellen die Regionalmanagerin Sabine Wilke, die Verkehrsberaterin Stefanie Sittig und Dr. Oliver Koch vom Fraunhofer-Institut ISST vor. Dabei geht es um Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen des „Masterplans Daseinsvorsorge“, Personentransport-Konzepte und den Einsatz von elektronischen Diensten.

Die anschließende Podiumsdiskussion wird komplettiert durch den niedersächsischen Bürgermeister Andreas Memmert sowie die Verkehrsplanerin Melanie Herget von der TU Berlin.

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.

Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn



Termine

Von Stefan Kämper

20. bis 29. Januar	Kleine Dörfer, große Chancen Gemeinschaftsstand in der Halle 4.2 „LebensTraum Dorf“ auf der Internationalen Grünen Woche 2012 in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw	✳
25. und 26. Januar	Ländliche Räume im demografischen Wandel Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2012 in Berlin <small>Info auf Seite 55</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
25. Januar	Demografie vor Ort. Ideen, Konzepte, Beispiele Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum	✳
26. Januar	Daseinsvorsorge unter Druck – Wie reagieren auf Bevölkerungsrückgang und veränderte Altersstruktur? Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin <small>Info auf Seite 55</small>	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
8. und 9. Februar	Weiterentwicklung der GAK-Agrarumweltmaßnahmen Tagung in Göttingen <small>Info auf Seite 9</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum	✳
22. Februar	„Service im Dorf“ – für mehr Lebensqualität im ländlichen Raum Leader-Tagung am Seddiner See (Brandenburg)	Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg, Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e.V. www.lag-flaeming-skate.de	
22. und 23. Februar	Neue Wege für den landwirtschaftlichen Betrieb: Von der Geschäftsidee zum Markteintritt Workshop in Ulm <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/diversifizierung	✳
19. und 20. April	Lust auf's Land – Neue Wege im Landtourismus Tagung in Grimma, Sachsen <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landtourismus	✳

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

